

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Tabaksteuer totgeschlagen?

Die Fortsetzung der Debatte über das Steuerbudget brachte eine mehrseitige Abgabe dem Tabakzoll gegenüber. Genosse Geyer zerstückte die neue Regierungsvorlage und insbesondere die neuartigen Darlegungen des Finanzministers. In recht wirksamer Weise legte er dar, wie die Besteuerung seit Ende der sechziger Jahre in wachsendem Maße die Tabakarbeiter verelendete. Aus Sachsen, Hamburg und Bremen ist die Tabakindustrie nach kleinen Orten des Südens und Westens verpflanzt, die Arbeiter sind in die Hausindustrie getrieben und ihre Löhne außerordentlich gesunken. Im Gegensatz zu den rosigten Schilderungen der Lebenslage des Arbeiters durch den Finanzminister, wies Geyer nach, daß nach der Reichsstatistik die Löhne im Durchschnitt 500 Mark jährlich nicht übersteigen! Daß die Tabaksteuer die Industrie und die Arbeiter schwer schädigen würde, geben auch die Abgeordneten Dsel (3.), Lichtenberger und Held (beide natl.) zu. Letzterer meinte sogar, die Tabaksteuer sei totgeschlagen. Diese optimistische Hoffnung vermögen wir nicht zu teilen. Aus den Reden der sämtlichen bürgerlichen Abgeordneten — außer den bereits Genannten sprachen heute noch Werner (Antif.) und Niff (deutsche Pp.) — klang das verlegene Geständnis heraus, daß die Steuern mit Ausnahme der Erbschaftsteuer vornehmlich die arbeitende Klasse treffen werden. Nach den Kommissionsberatungen wird es anders lauten, wenn die Arbeiterklasse sich durch solche Zugeständnisse in Sicherheit wiegen lassen würde. —

Die rheinischen „Auch-Bauern“ gegen die Erbschaftsteuer.

Der Rheinische Bauernverein ist mit der Stellungnahme des Zentrums zu der Reichserbschaftsteuer nicht einverstanden. Der Präsidialvorschlag, auch die Abgaben, die den einzelnen Erben fallende Erbschaftsmasse den Wert von 100 000 M. übersteigt, paßt den „Auch-Bauern“, die den Verein leiten und für ihre politischen Zwecke ausnutzen, nicht in ihre Centropolitik. Zwar dürfte es nur recht wenige wirkliche Bauern geben, deren Gut den Wert von 100 000 M. übersteigt, zumal der Wert bei der Versteuerung nicht nach dem Verkaufspreis, also nicht nach der Summe, die das Gut bei freiem Verkauf erzielen würde, sondern nach dem sogenannten Reinertrag bemessen werden, d. h. um 50 oder 60 Proz. niedriger eingeschätzt werden soll, als der tatsächliche Wert beträgt. Aber selbst wenn der bauerliche Besitz nach dieser Ertragswertberechnung den Wert von 100 000 M. übersteigt, soll nach dem Vorschlage des Abg. Freyten von dem Nachlaß nur dann Erbschaftsteuer bezahlt werden, wenn er ungeteilt einem einzigen Erben zufällt; teilen sich dagegen mehrere Söhne und Töchter in die Masse, so haben diese nur dann eine Steuer von ihrem Anteil zu entrichten, wenn dieser für sich allein den Wert von 100 000 M. übersteigt.

Der Vorschlag des Zentrums trifft also die Bauern gar nicht, selbst nicht die Großbauern; er trifft nur den großen „ritterschaftlichen“ Besitz. Wenn es aber der Regeneration von staatlichen Erbschaften und Vorteilen oder einer Reduktion der Steuern gilt, fühlen sich jedoch bekanntlich auch die Herren Rittergutsbesitzer als „notleidende“ Bauern; und so haben sie denn in ihrer Eigenschaft als „Auch-Bauern“ den wirtschaftspolitischen Ausschuss des Rheinischen Bauernvereins zur Annahme einer langen Resolution zu bewegen gesucht, die energisch gegen die Vorschläge des Zentrums zur Reichserbschaftsteuer Front macht. Es heißt in dieser Resolution nach der Mitteilung der „Germania“:

„Die Erbschaftsteuer erfasst den Grundbesitz stärker als das Kapital. Diese Ungleichmäßigkeit ist um so weniger zu rechtfertigen, als a) das Kapital sich der Steuer leicht ganz oder teilweise entziehen kann, während das beim Grundbesitz völlig ausgeschlossen ist, b) die Abteilung eines Vermögensstückes zugunsten des Staates sich beim Kapital leichter vornehmen läßt, als beim Grundbesitz, der in der Regel zur Aufbringung der Steuer seine Hypothekenslast zu vergrößern gezwungen ist, c) das Grundvermögen trotz seiner geringeren Ertragsfähigkeit auch schon von seinem Einkommen eine doppelt so hohe Besteuerung erleidet, als das höher verzinsliche Kapital. Der Tod der Eltern bedeutet fast stets für den Hof eine Krise, und es wäre ein schwerer Fehler, in diesem Augenblicke jene Krise zu verschärfen und den durch die französische Gesetzgebung am Rhein schon so weit vorgeschrittenen Prozeß der Güteraufteilung noch weiter zu beschleunigen.“

Aber auch bei der Begrenzung der Steuer auf Erbportionen von 100 000 M. bleiben, soweit der Grundbesitz getroffen wird, die geltend gemachten Bedenken im Prinzip bestehen und tritt die Verschärfung hinzu, daß nach einmaliger Durchbrechung des Prinzips später eine Verschiebung der Steuergrenze nach unten leichter vorgenommen werden kann.

Bei der geringen Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens ist aber ferner zu beachten, daß ein in demselben angelegtes Vermögen von 100 000 M. noch keineswegs als „großes“ zu bezeichnen ist, vielmehr bei einer Reineinnahme von zirka 2500 M. als mittleres zu bezeichnen ist.

Falls bei der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die engere Familie die Tendenz maßgebend gewesen ist, gerade die großen Vermögen zu treffen, so ist diese Tendenz an sich nur zu billigen, es bleibt aber zu beachten, daß die Reichserbschaftsteuer nicht der zweckdienlichste Weg hierzu ist, vielmehr eine Reicheinkommensteuer dies in nachhaltigerer und gerechterer Weise erzielen würde.

Die Heranziehung des Grundbesitzes zu der gerade ihn schärfer erlassenden Erbschaftsteuer entspricht endlich auch insofern nicht der Billigkeit, als die Landwirtschaft nicht die Veranlassung zu den Aufwendungen gegeben hat, welche das Reich in die jetzigen Finanzschwierigkeiten geführt haben, Marine und Kolonien vielmehr anderen Erwerbszweigen vornehmliche Vorteile bieten.“

Die Gründe sind so fadenscheinig, daß sich ein Eingehen auf sie nicht lohnt; nur der letzte Absatz, daß die Aufwendungen für die Marine und Kolonien vornehmlich anderen Berufsgruppen als der Landwirtschaft zu gute gekommen sind, hat eine gewisse Berechtigung. Aber noch weit weniger, als die Landwirtschaft, hat die Arbeiterklasse von diesen Aufwendungen profitiert, und doch verlangt dieselbe agrarische Presse, die den Standpunkt des Rheinischen Bauernvereins ganz korrekt findet, daß die Arbeiter sich zur Unterstützung einer von ihnen verurteilten Politik bereitwillig ihre notwendigen Genußmittel verteuern lassen. Die Herren Großgrundbesitzer fühlen sich trotz der Riesensummen, die der Staat ihnen alljährlich in Gestalt von Liebesgaben und durch Forderungsbüßen auf Agrarprodukte in den Schoß wirft, absolut nicht bewogen, den geringsten Betrag auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. — Der Arbeiter aber hat nach ihrer Ansicht die patriotische Pflicht freudig zu bleichen, mag auch seine Familie darben. —

Deutsches Reich.

Seltames Truppenaufgebot.

Die „Tägliche Rundschau“, die gestern von allerlei politischen und militärischen Vorbereitungen für die Wahrscheinlichkeitsdemonstration am 21. Januar zu berichten wußte, setzt ihre Enthüllungen unter Bezugnahme auf die „Korrespondenz Blätter“ fort. Sie schreibt:

Die Absperrenmaßnahmen wegen des Ordensfestes in der Nähe des Schlosses und der Straße Unter den Linden werden strenger wie sonst durchgeführt. Die gesamte Polizei Berlins und der Vororte, soweit sie königlich ist, befindet sich in Alarmbereitschaft. Das Militär der Garnisonen Berlin, Schneberg und Charlottenburg darf von Sonnabendabend 9 Uhr nicht die Kasernen verlassen; alle Soldaten, die Bürgerquartier haben, haben dieses für die fragliche Zeit mit Kasernenquartier zu vertauschen. Von Sonntag früh 5 Uhr stehen die Truppen in Alarmbereitschaft und haben von 10 Uhr vormittags ab auf den Kasernenhöfen feierlich-mäßig und mit scharfen Patronen ausgerüstet zum Abmarsch bereit zu stehen. Die militärischen Wagen werden verstärkt und erhalten ebenfalls scharfe Munition. Zum Schutze des Schlosses ziehen am Sonnabend 12 Kompagnien auf Schloßwache. Für den Notfall haben sich das Alexander-Regiment und das zweite Garde-Regiment zur Säuberung der dem Schlosse benachbarten Straßen bereit zu halten. Sollten die Demonstranten, die etwa gegen 2 Uhr nachmittags die Versammlungen verlassen sollen, den Anordnungen der Polizei keine Folge leisten und Demonstrationen veranstalten wollen, so ist sofort das Militär zur Hilfe herbeizurufen. Die Polizei hat dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungsorte sich ohne Störung entleeren und daß sich keine Gruppen auf den Straßen bilden können. Wird bei Schluß der Versammlungen die Absicht klar, daß Demonstrationen veranstaltet werden sollen, so hat die Polizei dafür Sorge zu tragen, daß die Demonstranten sofort, wenn nicht anders möglich, durch Gewalt zu zerstreuen sind und die Gegend um das Schloß nicht erreichen. Reichen die Kräfte der Polizei vor den 80 Versammlungsorten nicht aus, so ist auch hier schon Militär zu requirieren.“

Die geplanten Maßnahmen erscheinen als so ungeheuerlich, daß man sich nicht des Eindrucks zu erweichen vermag, gewisse reaktionäre einflussreiche Kreise würden es gerne sehen, wenn sich Anlaß zum Einschreiten und zur Verwendung dieser Truppenmacht böte. Unsere Gegner müssen sich in ihrer Aufregung allen Ernstes einbilden, es seien von der Parteileitung nach Schluß der Versammlung große Vorbildungsläufe in den Straßen Berlins beabsichtigt; denn sonst hat doch dieses Riesenaufgebot von Militär absolut keinen Zweck. Die ganzen Maßnahmen sind lediglich geeignet, im Auslande nicht nur Befremden, sondern auch Hohn und Spott hervorzuheben. Die englischen und französischen Botschafter dürften sich die Gelegenheit zu allerlei schönen Bildern kaum entgehen lassen. Keulich vertrat konservative Blätter die Ansicht, ein Zeufant mit einem Zug Infanterie genüge, um die ganzen sozialistische Revolutionäre in Schach zu halten, und nun hält man allein für Berlin ein Armeekorps für nötig. —

„Halbe Sozialdemokraten“.

Freisinnige Parlamentarier, die sich zu fordern erließen, daß man endlich der Freisinn einmal irgend etwas für die Umgestaltung des Dreiklassenwahlrechts tun müsse, werden von ihrer eigenen Welle als „halbe Sozialdemokraten“ gebremst. So schreibt das Danziger Organ der Freisinnigen Vereinigung, die „Danziger Zeitung“:

„Wir können die Antwort auf jene Frage geben. Seit Jahrzehnten hat der Liberalismus ein Wahlrecht verlangt, welches den Parlamenten eine der wirklichen Volksstimme entsprechende Zusammensetzung sichert, also allen Volksklassen eine freie und gleiche Wahl verbürgt. Er wird denselben Standpunkt auch in Zukunft vertreten. Ueber die Zeit und Art seines Vorgehens aber läßt er sich keine Vorschriften machen, weder von ganzen noch von halben Sozialdemokraten. Insbesondere ist die durch Drömel, Pachnide u. a. vertretene Richtung nicht der Ansicht, daß es einer selbständigen Partei wohl anstehe, gerade dann zu tanzen, wenn eine andere Partei den Taktstock schwingt. So wenig Reiz die Rolle eines Schleppenträgers der Reaktion hat, ungefähr so wenig Reiz hat die Rolle eines Schleppenträgers der Sozialdemokratie.“

Besonders töftlich ist die Bemerkung, daß es des Freisinnes unwürdig sei, nach dem Taktstock der Sozialdemokratie zu tanzen. Vorbildung für eine Abänderung des Wahlrechts wäre danach also erst der vollständige politische Todeschlag der entrechteten Klassen!

Das Blatt des Herrn Müller-Sagan vermerkt diese Ferkelungsphantome innerhalb der freisinnigen Vereinigung mit erschütterlichem Schreie. Offenbar rechnet es mit einer baldigen Ablösung des „Drömel-Pachnidischen“ Flügels und seiner Verschmelzung mit der freisinnigen Volkspartei. Diese beiden Richtungen sind auch in der Tat einander würdig. Die Müller-Sagan und Eichhoff stehen in der Plottenfreudigkeit hinter den Drömel und Pachnide nicht mehr zurück, und die letzteren scheinen — nach dem Zeugnis der „Danziger Zeitung“ — den traurigen Ehrgeiz, Schleppenträger der Reaktion zu sein, vollauf zu teilen! —

Sächsische Justiz.

Dresden, den 11. Januar.

Wieder ein deakonisches Urteil der Dresdener Justiz gegen einen Wahlrechtsdemonstranten. Wie wir gestern schon kurz berichteten, hatte sich der 1872 zu Großsch bei Leipzig geborene Fabrikarbeiter Bernhard Ewald Pauli am Donnerstag vor der fünften Strafkammer des Dresdener Landgerichts wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, öffentlicher Beamteneileidung und Uebertretung der Verleumdungsordnung der Stadt Dresden zu verantworten. Der Angeklagte, der früher Schuhmann in Rügeln war, soll sich an dem Sonntag, den 3. Dezember, stattgefundenen Straßendemonstration in strafbarer Weise beteiligt haben, obwohl er von ihr gar keine Kenntnis gehabt haben will. Nach seiner Behauptung begab sich P. am genannten Tage nach dem Stadthorn, um sich die Parademusik anzuhören. Dabei führte ihn sein Weg über den Altmarkt, wo sich eine diebstahlartige Menschenmenge angesammelt hatte, die Parade auf die Sozialdemokratie und das allgemeine, gleiche Wahlrecht ausbrachte. Die Gendarmen hatten Befehl erhalten, die Menge vom Altmarkt zu vertreiben und zu zerstreuen. Ihre Aufforderungen an die Versammelten, weiterzugehen, sind nach den Aussagen der Zeugen (zwei Schuppleute) mit Hohn und Schimpfworten beantwortet worden; doch gelang es, die Menge von der Löwenapotheke bis zur Schaffelstraße zurückzudrängen. Als hier der Gendarm Weidel erneut zum Weitergehen aufforderte, rief der Angeklagte, indem er den Schuhmann ansprach: „Na, bestimm Dich man anständig gegen diese Leute, Du bist auch mal Rekrut gewesen!“ Infolge dieser Aeußerung, die sich daraus erklärt, daß der Angeklagte früher mit dem genannten Gendarmen in einer Kompagnie gedient und damals als Unteroffizier ihr ausgebildet hat, wurde P. von dem Beamten arrestit. Darauf rief der Angeklagte der Menge, die für ihn

Partei ergriff, wiederholt zu: „Kommt alle mit!“ Ein Zug der Demonstranten folgte dem auch bis vor das Stadthorn.

Der Angeklagte stellte den Sachverhalt wesentlich anders dar. Er behauptete, sich ruhig verhalten zu haben, von einem Teilnehmer der Demonstration aber vom Fußweg auf den Fahrdamm gestoßen worden zu sein, wobei er den Gendarmen getroffen habe. Hierüber ärgerlich, habe er geschimpft, worauf ihn der Schuhmann angefahren habe mit den Worten: „Halten Sie die Schnauze!“ Das habe ihn derart geärgert, daß er die ihm zur Last gelegte Aeußerung getan habe. Unmittelbar nach seiner Verhaftung hätte sich einer aus der Menge erboten, mitgehen zu wollen, um als Zeuge zu dienen. Darauf habe er zu diesem gesagt: „Na, da kann nur mit!“

Gendarm Weidel stellte natürlich in Abrede, den Angeklagten beschimpft oder gereizt zu haben. Das Gericht hielt auf Grund der Zeugenvernehmung für nicht erwiesen, daß P. sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht habe, hielt vielmehr nur Beamteneileidung und Verleumdung für erwiesen, erkannte aber auf die strenge Strafe von drei Monaten Gefängnis und eine Woche Haft. —

Der „Schweiß“ des polnischen Rekruten.

Wie allgemein bekannt, bilden die aus den östlichen Provinzen stammenden Rekruten polnischer Zunge oft die Zielscheibe der Robeiten militärischer Germanisatoren; und ebenso bekannt ist, daß diese Unglückseligen mit unaussprechlichen Namen edle Vorurtheile in Empfang nehmen, ohne von ihrem „Beschwerderecht“ Gebrauch zu machen. Auch der polnische Rekrut Sch. von der 7. Kompagnie des 31. Infanterieregiments (Altona) hat erfahren müssen, daß die Ehre, des Königs Rock tragen zu dürfen, oft gewisse Unannehmlichkeiten im Gefolge hat. Wegen seines gebrochener, etwas drollig klingenden Deutsch wurde Sch. von seinen Stubengenossen oft gehänselt, doch ertrug er zunächst widerspruchslos seine Leiden. Am Nachmittag des 5. November 1905 wurden die Betten umgestellt, jeder Stubenbewohner erhielt einen anderen Platz. Als Sch. sich am Abend noch an seinem Spinde zu schaffen machte, erhielt er von seinem militärischen Erzieher und Stubenältesten, dem Gefreiten Gustav Müller, den Befehl, sich ins Bett zu schieben. Er verwehrt aber sein eigenes Bett und wollte sich in ein anderes legen, was ihm seitens der Stubengenossen eine gehörige Portion Klopfschindeln eintrug; dann taumelte er in ein anderes, ihm ebenfalls nicht gehörendes Bett, worauf dieses unter dem toben Gelächter der „Kameraden“ umgeworfen wurde, ohne daß der Stubenälteste intervenierte. Diese Prozedur wiederholte sich an mehreren Abenden. Als der Mißhandelte mit Anzeige drohte, sagte Müller zu ihm: „Dann geht es Dir schlecht!“

Am dritten Abend mußte Sch. an der als Träger dienenden Stubensäule wie ein Affe hinauf- und herunterklettern, wobei er genugsam „unterkühlt“ wurde. Nachher mußte er solange „Auf und Nieder“ üben, bis er bewußtlos zusammenbrach. Dann stellte der Gefreite „Wiederbelebungsvorwürfe“ an, indem er dem Bewußtlosen Stöße gegen Brust und Gesicht versetzte, so daß der Vermisste heftig aus der Nase blutete. Jetzt bekam es Müller mit der Angst. Er wusch dem Rekruten das Blut aus dem Gesicht, und als Sch. das Bewußtsein erlangte, gab ihm R. eine Mark und forderte ihn auf, seine Meldung von den Vorgängen zu erstatten. Sch. meldete sich krank, worauf die Brutalität zur Anzeige gelangte.

Der Gefreite Müller hatte sich gestern vor dem Kriegsgericht der 18. Division wegen dorkristwidriger Behandlung und Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Der „Vorgefekte“ Müller will nur als Stubenältester und „Kamerad“, aber keineswegs als Vorgesetzter gehandelt haben, und sucht die Verhältnisse als harmlos hinzustellen. Er behauptet, der Rekrut habe nicht geblutet, sondern nur stark aus der Nase — geschwitzt. Der Anklagevertreter geißelte scharf das Verhalten des Angeklagten und hob hervor, dieser habe unter Mißbrauch seiner Befehlsgewalt die Dienstunfähigkeit des Rekruten ausgenutzt. Antragsgemäß wird der Angeklagte zu sechs Wochen Mittelhaft verurteilt.

Ob dieses gelinde Strafmaß abschreckend auf andere rohe Soldatenschinder wirken wird? —

Som südwestafrikanischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 12. Januar. Nach den letzten Meldungen des Oberst Dame war die Bande Morengas am Dransesfluß bei Hartbeestmond und Bioldrift festgesetzt worden. Ihnen gegenüber standen, unter dem Kommando des Majors v. Horst, die Abteilung des Hauptmanns v. Erdert südlich Warmbad, die Abteilung des Hauptmanns v. Lettow-Vorbeck südlich Nammas. Eine dritte Abteilung unter Hauptmann Heud sperrt etwa in Linie Dainigal-Dajaur die Ostgrenze.

Hauptmann v. Lettow-Vorbeck griff am 5. Januar früh bei Duurdrift (70 Kilometer östlich Warmbad) mit 62 Gewehren eine etwa gleich starke Hottentottenbande an. Das Gefecht endete mit dem Abzug des Gegners nach Norden. Er ließ drei Tote auf dem Platz, darunter Morengas Bruder Matthias. 44 ausgerüstete Reittiere wurden den Hottentotten abgenommen. Auf deutscher Seite fiel ein Unteroffizier. Hauptmann v. Lettow (früher Regiment Elisabeth), Leutnant Ling und ein Mann wurden schwer verwundet, 6 Mann leicht verwundet.

Gegen Cornelius, der sich in die Krabbberge zurückgezogen hatte, ist erneut eine Streifabteilung in Marsch gesetzt worden.

Die Abteilung des Majors v. D. Heyde drängte bei Gubnom (umweit Aminuis) Simon Copperleute zurück und erbeutete einige Gewehre.

Bis 1. Januar haben sich in Gibeon 1400 Hottentotten gestellt, darunter 500 Männer, die 192 Gewehre abgaben. Infolge des Aufstufes des Gouverneurs an die Generals vom 1. Dezember vorigen Jahres stellten sich bis Ende Dezember in Omaruru, Omburu und Otjohandena 737 Hereros, darunter 190 Männer mit 23 Gewehren. Säwändere Hererotrups griffen immerhin in der Nähe von Windhof Ende Dezember noch Farmen an, wurden jedoch zurückgeschlagen.

Ein Telegramm aus Windhof meldet: Unteroffizier Artur Lenz, geboren am 18. 1. 78 zu Breslau, am 5. Januar beim Angriff auf Hererowache bei Hysted gefallen. Reiter Wilhelm Heine, geboren am 27. 12. 84 zu Vorbeck, am 5. Januar im Feldlazarett Lüderbüsch an Typhus gestorben. Reiter Emil Thienemann, geboren am 25. 7. 80 zu Schöningen, am 6. Januar 1906 im Lazarett Warmbad an Typhus gestorben. Reiter Otto Veder, geboren am 28. 10. 82 zu Königslutter, seit 17. Dezember bei Krabb vermisst.

Kindstüffe. Eklische „liberale“ Blätter suchen sich zurzeit in Albernheiten zu überbieten. Das ehemals von Eugen Richter geleitete Blatt, das jetzt auf den Herrn Müller-Sagan gekommen ist, hatte den genialen Einfall, einen Druckfehler des „Vormärts“ aufzustecken, der die Sozialdemokratie für das „allgemeine gleiche direkte und öffentliche Wahlrecht“ eintreten ließ. Da der „Vormärt“ die Scherzrede des „Madderdatich“ zu ihm war, erließen der Herr Müller-Sagan gerade geistreich genug, dem politischen Teil der „Freien Deutschen Presse“ zur Zierde zu werden. Daß es aber noch anpruchsvollere Gemüter gibt, bewies alsbald die „National-Ztg.“ dadurch, daß sie ihrerseits den kümmerlichen Einfall des freisinnigen Blattes in ein spaltenlanges Gewäsch von beängstigender Geisteslosigkeit einwickelte. Erfreulicherweise tut das freisinnige Blatte-Blatt in dieser Konkurrenz der Armutigkeit nicht mit. Es verpflichtet uns vielmehr zu aufrichtigem Dank durch seine Bemühungen, unseren mangelhaften Teil zu verbessern. So besetzt es uns, daß es unrichtig ist, zu sagen: „eine Denunziation der Sozialdemokratie an die Adresse der Schammasse“, es müsse „den Schammasse“ heißen. Wenn wir die Bezeichnung in diesem Falle auch nicht akzeptieren können, so wissen wir doch den guten Willen aufrichtig zu schätzen. —

Sächsisches.

In Sachsen greifen die sogenannten maßgebenden Kreise in steigendem Maße zu drakonischen Maßnahmen gegen die Wahlfreiheitsbewegung. Wie unser Leipziger Teubnerblatt berichtet, ist gegen seinen verantwortlichen Redakteur, den Genossen Heinig, wegen fünfzehn verschiedener Artikel, die zwischen dem 4. Dezember und den ersten Januar Tagen in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen sind, Anklage erhoben worden.

Zugleich wissen die „Dresdener Nachrichten“ zu melden: Wie schon bekannt, wird am Schlusse des gegenwärtigen Landtages der Minister v. Meißner aus dem Amte scheiden. Wir erfahren aus absolut zuverlässiger Quelle, daß zu seinem Nachfolger der bisherige sächsische Gesandte am Berliner Hofe, Graf Hohenthal und Bergen, ernannt worden ist, der nach dem Rücktritt des Ministers v. Meißner die Führung der Geschäfte in den Ministerien des Innern und des Aeußern übernehmen wird. —

Zu den deutsch-englischen Beziehungen.

Die englischen Zeitungen werden, wie das Wolffsche Telegraphenbureau offiziell aus London meldet, heute zwei Briefe veröffentlicht, welche die englisch-deutsche Annäherung fördern sollen. Der erste trägt die Unterschriften von 41 der hervorragendsten deutschen Vertreter der Wissenschaft, Kunst, Literatur und der gelehrten Berufsstände, und wendet sich an das hochentwickelte Verantwortungsbewußtsein der englischen Presse, um der wachsenden Häufigkeit von Meldungen zu begegnen, welche Deutschland übelwollende Pläne gegen England zuschreiben. In dem Briefe wird erklärt, daß in Deutschland jetzt keine Verstimmlung gegen England bestehe, es sei denn die, die gelegentlich durch solche falsche Darstellungen hervorgerufen würde. Die Unterzeichneten glauben, daß der Fortschritt der europäischen Kultur in der Zukunft zum großen Teil von den Beziehungen zwischen England und Deutschland abhängen wird und wenden sich an die englischen Männer der Wissenschaft, Künstler und Denker, ebenso wie an die Presse, dem Vorurteil entgegenzutreten, welches ohne Veranlassung jede Verächtigung der deutschen Politik verdächtigt.

Der zweite Brief ist von 41 maßgebenden Vertretern der englischen Gesellschaftsklassen unterzeichnet. Die Unterzeichneten bitten darin, daß man ihnen glauben möge, daß sie nicht weniger unangenehm durch die kriegerische Haltung einiger englischer Zeitungen berührt worden seien als jene. Der Brief erwähnt die jüngsten Zeichen der englischen Zuneigung gegen Deutschland auf den Gebieten der Literatur, der Wissenschaft und der Kunst und schließt, ein englisch-deutscher Krieg würde ein Unglück für die Welt sein. Die Leichtfertigkeit, mit welcher gewisse Journalisten gelegentlich eine solche Möglichkeit erörterten, sei ein Wahnsinn für ihre große Unkenntnis der wirklichen Gefühle der englischen Nation. —

Die Beschränkung des Versammlungswortes, wie sie sich zurzeit die Polizei in Dresden gestattet, wird in der Zweiten Kammer Sachsens zur Sprache kommen. Von den freisinnigen Abgeordneten Günther, War und Koch ist folgende Interpellation eingebracht worden:

Nach übereinstimmenden Berichten in der Tagespresse hat die Igl. Polizeidirektion die vom liberalen Verein in Dresden und Umgegend für Mittwoch, den 10. Januar, angemeldete öffentliche Versammlung verboten. Die Unterzeichneten erklären in diesem Verbot eine der polizeilichen Willkür entsprungene Maßregel, die geeignet ist, das Vereins- und Versammlungsrecht für die Staatsbürger illusorisch zu machen. Wir richten an die königliche Staatsregierung die Anfrage, welche Maßnahmen sie anzuordnen gedenkt, um solche polizeiliche willkürliche Verbote in Zukunft unmöglich zu machen.

Die freisinnige „Fraktion“, bemerkt dazu die „Leipziger Volkszeitung“, nimmt, wie man sieht, nur Bezug auf das Verbot der liberalen Versammlung in Dresden. Daraus wäre man zu schließen berechtigt, daß die Freisinnigen zu dem Verbote der sozialdemokratischen Versammlungen nichts zu sagen haben. Da aber ein Vertreter unserer Partei im Landtage sitzt, ist dafür gesorgt, daß die sächsische Polizeipraxis eine gründliche Beleuchtung erfährt. —

An der Reichstags-Erwahl in Bonn-Rheinbach, die am 17. Januar stattfindet, werden die Nationalliberalen, wie sie erklären, sich nicht beteiligen. Der „galvanisierte Reichtum“ meidet jede Anstrengung und überdies könnte auch der „Liberalismus“ einen willigeren Jäger, als es der Zentrumskandidat Dr. Spahn ist, nicht präsentieren. Der Kampf wird also ganz allein ausgekämpft werden zwischen Sozialdemokraten und Zentrum, wobei den Liberalen in diesem fast völlig landwirtschaftlichen und katholischen Wahlkreise der „Sieg“ allerdings von vornherein sicher ist. Leider verfügt unsere Partei in dem Kreise nicht über Versammlungskolonne. Es sind daher unsere Parteigenossen lediglich auf die schriftliche Agitation angewiesen. —

Ein Bild aus den Kolonien.

Eine Schädenerkrankung, die ein ehemaliger Angestellter der Kolonialverwaltung gegen das Auswärtige Amt richtet, wurde am Freitag vor der vierten Zivilkammer am Landgericht I verhandelt. Der Kläger, Kaufmann A., war durch Vertrag als Gouvernements-Lagerverwalter in Herbertshöhe in Neu-Guinea angestellt. Er ist verheiratet und hatte eine Dienstwohnung inne, welche sich mit dem Bezirksgefängnis in ein- und demselben Hause befand. A. gibt an, der Bezirksrichter, Affessor Kornmeier, habe eine aus Japan stammende Prostituierte, die von einer Geschlechtskrankheit heilt werden sollte, im Gefängnis untergebracht, weil angeblich das Lazarett überfüllt war. Die Prostituierte habe sich auf der Veranda des Hauses, wo auch die Frau des Angestellten A. sich aufhielt, so unständig bewegt, daß Frau A. sich im höchsten Grade verletzt fühlte. Der Gouverneur Dr. Kahn habe die Unterbringung des Frauenzimmers neben der Wohnung des Angestellten zwar gemilligt, als aber V. zu seinem Kollegen über diese Angelegenheit sprach und das Verhalten des Bezirksrichters in dieser Hinsicht als skandalös bezeichnete, habe der Gouverneur, dem die Weigerung hinterbracht wurde, den V. zu sich beschieden und ihm erklärt, er sei wegen Verletzung des Bezirksrichters sofort entlassen und habe innerhalb acht Tagen seine Dienstwohnung zu räumen. Vergebens habe V. dem Gouverneur vorgebracht, daß er unmöglich in acht Tagen eine Wohnung in der Kolonie finden könne, er werde dann, wenn er die Wohnung so schnell räumen solle, auf der Straße bleiben müssen. Die Vorstellung habe aber nichts genützt, der Gouverneur habe seine Anordnung aufrecht erhalten und V. habe seine Dienstwohnung am 1. Februar 1904 räumen müssen. Ein anderes Unterkommen habe er nicht gefunden, er sei deshalb auf Veranlassung des Gouverneurs als mittellose Fremder per Schiff nach Hamburg befördert worden. Von Hongkong ab habe er mit Frau und Kind die Reise im Zwischendeck eines Klobdampfers machen müssen. Verpflegung und Unterkunft im Zwischendeck seien sehr schlecht gewesen, dazu komme noch, daß die Familie A. nur leichte Tropenkleidung besaß, so daß sie während der Reise auch durch die kalte Witterung im Februar zu leiden hatte. Unter dem Einfluß dieser Verhältnisse sei Frau A. schwer erkrankt und gegenwärtig noch nicht völlig wieder hergestellt. Wegen des Schadens, den V. durch die Krankheit seiner Frau erlitt, klagt er gegen das Auswärtige Amt auf Ersatz von 2000 M. — Der Anwalt des Auswärtigen Amtes erhebt den

Einwand, das Gericht sei nicht zuständig, da V. als Beamter zu gelten habe. Der Anwalt des Klägers bestritt den Beamtencharakter seines Klienten. Da die Zuständigkeitsfrage noch näher geprüft werden soll, so kam die Klage noch nicht zur Entscheidung.

V. hat seit seiner Entlassung aus dem Kolonialdienst noch keine Stellung wieder gefunden. Als er nach seiner Heimkunft aus Neu-Guinea beim Auswärtigen Amt über das Verhalten des Gouverneurs Beschwerde führte, stellte sich das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, V. habe als Angestellter des Gouvernements Anspruch auf Rückbeförderung zweiter Klasse gehabt. Es wurden ihm deshalb die Leberfahrtskosten zweiter Klasse abzüglich des Zwischenbed-Zahpreises vergütet. Außerdem wurde ihm eine Abfindungssumme von einem Monat zugezahlt und ihm ein Monatsgehalt gezahlt. Mit diesem Gelde hat sich die Familie V. bis jetzt kümmerlich durchgeschlagen und nun hängt es von der Entscheidung des Gerichts ab, ob ihm der aus der Krankheit der Frau erwachsene Schaden vergütet werden wird.

Husland.

Ungarn.

Die Koalition kriecht zu Krenze.

Wenn die Zeichen nicht trügen, so droht den bisherigen Erfolgen der ungarländischen Arbeiterschaft eine große Gefahr, da die Führer der Koalition daraus bereits kein Geheimnis machen, daß sie wieder das selbständige Meer noch die magyarische Kommandosprache und das selbständige Zollgebiet fordern würden, falls der König sie mit der Regierung betraut und die Rechte des Landes anerkennt, wenn diese Rechte nicht sofort geltend gemacht würden! Diese Zugeständnisse seitens des Herrschers dürften jedoch nur dazu dienen, der „Nation“ den schändlichen Rückzug der vereinigten Opposition nicht in seiner wirklichen Blöße merken zu lassen. Um diese „Erfolge“ zu erreichen, war es aber keinesfalls nötig, das Land dem Ruin auszuliefern und die sonst schon so starke Auswanderung noch zu vergrößern.

Was die Koalition zu diesem skandalösen Rückzug bewegt, verdient eine nähere Betrachtung: Die lokale Agitation unserer ungarländischen Genossen für das allgemeine Wahlrecht ist bekannt. Ebenso der Umstand, daß die hervorragendsten Gelehrten und viele Tausende uneigennützig Bürger eine Liga gründeten, die gleichfalls rasche Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts fordert. Diese beiden Faktoren brachten es bis heute so weit, daß es außer den Merkmalen und den Feudalen in Ungarn niemand gibt, der nicht für das allgemeine Wahlrecht eintritt. Dies hat die Koalition völlig konterfirt. Und da sie sieht, daß der Boden unter ihr im Sinken begriffen ist, entsagt sie bereitwilligst den „nationalen Forderungen“, ist sie geneigt, auf der Waise — wie seinerzeit Graf Stefan Tisza — die Regierung zu übernehmen, doch fordert sie, daß der König von der Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts abstehe möge! Daß die Koalition bislang zweifellos vollstündlich gesinnt war, ist entschieden bewiesen, und was daher die ungarische Arbeiterschaft — da sie der vereinigten Opposition im Kampfe nicht behilflich war — von ihr, falls sie zur Regierung gelangen sollte, zu erwarten hat, das bedarf keiner näheren Erörterung.

Die Erregungskräfte, daß die Koalition nunmehr, mit dem Grafen Stefan Tisza vereint, gegen die Volksrechte loszieht, ändert an der derzeitigen Situation gar nichts. Ebensovienig jener Umstand, daß die Koalition sich im ganzen Lande neuerdings organisiert. Wenn die Koalition der Meinung ist, daß sie auf diesem Wege die unglückliche Krise beilegen und einen anhaltenden Frieden zwischen „Nation“ und König schaffen kann, so möge sie nur ihren Weg gehen, doch eines ist gewiß: daß die zielbewusste Arbeiterschaft Ungarns ihren Rechten keinesfalls entsagen wird. Somit ist es nicht ausgeschlossen, daß ihre lokale Agitation bereits bald die erste Feuerprobe zu bestehen haben wird.

Während die Führer der Koalition in Wien mit der „gehähten“ Kamarilla an einem Kompromißaufstande eifrig beschäftigt sind, führen zu Hause die Koalitionshelden ihr bekanntes Spiel noch weiter auf. An der Spitze der Stadt Debreczin steht ein Regierungskommissar mit seinem Gefolge; desgleichen einer in der Stadt Ungvár. Diese „Ehre“ ist ferner in Aussicht gestellt sogar der Haupt- und Residenzstadt Budapest und der Stadt Selmecsbánya. Hieraus ist zu ersehen, daß die Koalition der Regierung gegenüber machtlos ist. Um so schärfer muß die Gewissenlosigkeit der Koalitionshände beurteilt werden: Die aus der kommissarischen Verwaltung entstehenden Launen dem Volke aufzubürden, das doch den Machinationen der Koalition ganz fern sieht. —

Frankreich.

Wahl des Präsidenten.

Paris, 12. Januar. (W. T. B.) Der Ministerrat beschloß, daß die Wahl des Präsidenten der Republik am 17. d. Mts. stattfinden soll. Das betreffende Dekret wird morgen im Amtsblatt erscheinen. —

Senat.

Paris, 12. Januar. (W. T. B.) Fallières übernimmt das Präsidium und hält eine Ansprache, in welcher er die Aufgabe des Senats und den Wunsch desselben, das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, betont. (Beifall.) Nächste Sitzung Donnerstag. —

Italien.

Kommunale Abgabenreform.

Rom, den 9. Januar. (Fig. Ver.)

Das kommunale Abgabensystem Italiens stellt eine treffliche Karikatur rationalen Belastungswesens dar. Es hat seinen Schwerpunkt in den indirekten Steuern, die den Massenkonsum und in vielen Städten sogar die Rohstoffe der Industrie treffen; auch fehlt den wenigen direkten Steuern nicht nur jede Progressivität, sondern auch jede Proportionalität. Von der Willkür der herrschenden Clique abhängig, treffen sie den Reichen nur in lächerlich schonender Weise, während sie den Armen weit über ihre Tragkraft belasten. Die häufigen Volksaufstände in den südlichen Provinzen gehen stets auf die kamorristische Art der städtischen Abgabenverteilung zurück.

Die italienische Regierung hat sich nun endlich bewegen gefunden, ein organisches Reformprojekt in dieser zweifellos außerordentlich schwierigen Frage auszuarbeiten. Seitens ist in der Kammer der Gesetzesentwurf über das kommunale Steuerwesen verlesen worden, den der bei der jüngsten Krise ausgeschiedene Finanzminister Majorana ausgearbeitet hat. Da der Entwurf auch vom Ministerpräsidenten unterzeichnet ist, nimmt man an, daß ihn das neue Kabinett als Regierungsentwurf betrachten wird. Die beiden Grundgedanken, die das Projekt gradweise zu verwirklichen strebt, sind die Erhebung der indirekten Abgaben durch direkte und die Verlegung der Lasten vom Konsum auf das Einkommen. Es ist hier zu bemerken, daß bisher der Staat selbst die Gemeinden auf die Versteuerung der Lebensmittel verwies, indem er das Einkommen aus der Zahl der kommunalen Steuerquellen ausschloß.

Im einzelnen legt der Entwurf zunächst die Abschaffung der Erb- und Familiensteuer fest, die in fast gleichem Maße alle Bewohner einer Gemeinde trifft und eigentlich einen Ueberrest des feudalen Abgabensystems darstellt. Ferner beschränkt er die kommunale Zusatzsteuer auf Grund und Boden auf 50 Hundertstel der Staatssteuer. Für die aus diesen Bestimmungen sich ergebenden Ausfälle werden die Gemeinden entschädigt durch eine Einkommensteuer, die das Projekt euphemistisch „leicht progressiv“ nennt, und die allerdings das Prinzip der progressiven Belastung in sehr verdünnter Form anwendet. Die Einkommen bis zu 2000 Lire werden nach Abrechnung von 150 Lire mit 1/2 Proz. besteuert, die

Einkommen bis 3500 Lire nach Abzug von 300 Lire mit 1 Proz., bis 6000 Lire nach Abzug von 500 Lire mit 1 1/2 Proz., bis 9000 Lire nach Abzug von 1000 Lire, der nun für alle höheren Stufen in dieser Höhe beibehalten wird, mit 2 Proz. Die Einkommensteuerklasse von 10—20 000 Lire wird mit 3 Proz. getroffen und so fort. Bis der höchste Satz mit 5 Proz. bei den Einkommen von über 200 000 Lire erreicht wird.

Die unterste Grenze für die Heranziehung zur kommunalen Einkommensteuer wechselt je nach der Einwohnerzahl der Gemeinden. In Orten bis 5000 Einwohnern wird sie auf 800 Lire festgesetzt, bis 10 000 Einwohnern auf 1000 ufm. In Städten von über 100 000 Einwohnern — Italien hat zurzeit deren 12 — sind Einkommen unter 2500 Lire frei von städtischen Steuern.

Von dieser Steuer werden nicht betroffen a) die diplomatischen Vertreter fremder Staaten, b) die Konsuln der Staaten, die den italienischen Konsuln gleiche Freiheit gewähren, c) die Verbände, die ihre Einnahmen ausschließlich der Pflege, Erziehung, den Elementarunterricht, der Unterkunft und Verpflegung der Armen oder der gegenseitigen Hilfeleistung unter Mitgliedern zuwenden, d) die Ausländer, während des ihrer Leberstempelung folgenden Kalenderjahres.

Da diese neue Steuerquelle in der ungeheuren Mehrzahl der Fälle viel ergiebiger sein wird als die bisherige Erb- und Familiensteuer sowie die über die Marginalgrenze hinausgehende Zuschlagsteuer, legt der Entwurf fest, daß der nach Bedung des Ausfalls bleibende Ueberüberschuss zur Herabsetzung der kommunalen Verbrauchsabgaben bis zur Abschaffung des Oktrois zu verwenden ist, und jeder weitere verbleibende zur Verminderung der Zuschlagsteuern auf Grund und Boden, zur Abschaffung der Viehsteuer und zu der der Gewerbesteuer.

Um weiter die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde zu verbessern, wird für die Steuer auf *Caupläye*, die bisher in der Höhe von 1 Proz. des Wertes zulässig war, der höchste Satz auf 5 Proz. erhoben.

Im ganzen — auf die Einzelheiten werden wir Gelegenheit haben zurückzukommen — sind es also moderne Gesichtspunkte, von denen der Entwurf ausgeht und seine Annahme würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, geradezu den ersten Schritt, den das einzige Italien auf dem Wege einer demokratischen Finanzreform tätete. Wir haben leider schweren Zweifel daran, daß sich ein Ministerium und eine Kammer finde, die die Kraft und den Willen haben, die Art an die Wurzel eines Abgabensystems zu legen, das zu dem schamhaftesten und widerwärtigsten Europas gehört. Entwürfe hat man ja schon viele vorgelegt, aber noch hat keine italienische Regierung die Kraft gehabt, die arbeitenden Klassen zu entlasten, um den besitzenden eine gerechte und billige Besteuerung für die Erhaltung des Gemeinwesens zuzumuten. —

Spanien.

Die sozialistische Partei Spaniens im Jahre 1905. Der „Socialista“ bringt einen Rückblick auf das Jahr 1905, dem wir folgende Einzelheiten über die Partei und deren Wirken im vergangenen Jahre entnehmen: Die Partei, so heißt es dort, hat während des ganzen Jahres trotz ihrer verhältnismäßig geringen Mittel eine lebhaftige Agitation entfaltet. Zwei große Probleme waren es vor allen, bei denen die Partei mit ihrer Agitation einsetzte, nämlich die Verbilligung der hauptsächlichsten Lebensmittel durch Herabsetzung der Zölle und die Beseitigung des in Spanien noch üblichen Oktrois; sodann war die Tätigkeit der Partei besonders gerichtet auf die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Die Zahl der für diese beiden Zwecke einberufenen Versammlungen war eine sehr große und ihr Verlauf ein imponanter; sie waren von mehr als 100 000 Arbeitern besucht! Diese von unseren Genossen einberufenen Versammlungen haben in der großen Masse des Volkes starke Sympathien für die Partei erweckt.

Ueber die Waisener wird gesagt: In seinem Jahre ist die Arbeitstätte am 1. Mai eine so allgemeine gewesen wie in dem verfloffenen. An den Demonstrationen nahmen circa 30 000 Arbeiter teil. — Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage im verfloffenen Jahre hat die sozialistische Partei auch numerisch eine bedeutende Steigerung erfahren. Wenn eine solche Zunahme in einem Jahre des höchsten Glanzes zu verzeichnen ist, so läßt dies einen günstigen Schluß auf kommende bessere Jahre zu. — Auch die Solidarität hat sich unter den Arbeitern im Kampfe mit dem Unternehmertum aufs Beste bewährt. Noch großartiger zeigte sich die Sympathie mit den russischen Arbeitern im Kampfe gegen den Jarmismus. Die Sammlung für jene Tapferen hat circa 4000 Pesetas ergeben, was in Anbetracht der großen Armut der spanischen Arbeiter gewiß ein glänzendes Beispiel von Ueberzeugungstreue und Solidarität darstellt.

Der Ausgang der Wahlen, sowohl der Legislativen als der kommunalen, ist für die Partei zwar nicht sehr günstig gewesen, immerhin gelang es, in einige der Stadtparlamente einzubringen; so wurden u. a. drei Sozialisten, unter denen sich Jalefias befindet, in den Rat der spanischen Hauptstadt gewählt. Hier wird der Partei zum erstenmal Gelegenheit gegeben werden, energisch für die Interessen des Volkes einzutreten, und dadurch wird sie sicherlich an Ansehen und Vertrauen bei den Massen gewinnen. Die jammervolle Lage, in der sich die große Masse des spanischen Volkes befindet, die schwache Entwicklung der Industrie erschwert die Arbeit unserer spanischen Parteigenossen ungeheuer, und die Erfolge sind zunächst sehr bescheidene: immerhin läßt sich nicht verkennen, daß ein langsamer aber stetiger Fortschritt auch in diesem kulturell rückständigen Lande zu verzeichnen ist. —

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Unternehmer als „Streikheker“.

Eine mehr als eigentümliche Rolle spielte kürzlich vor Gericht der Millionär und Fahrstuhlunternehmer W. K i e t s c h. Genannter Herr hatte eine Privatklage wegen Verleumdung gegen den Vorsitzenden der Berliner Filiale des Bauhilfsarbeiter-Verbandes, Genossen Karl Heidemann, sowie gegen den Fahrstuhlunternehmer Herrn Valentin anhängig gemacht, die vor dem Moabiters Schöffengericht ihre jedoch für den Privatkläger nichts weniger wie erfreuliche Erledigung fand.

Der Sachverhalt war folgender: In der Nr. 249 des „Vorwärts“ vom 24. Oktober v. J. hatte der Genosse H e i d e m a n n eine Annonce unter der Signatur „Mätung, Fahrstuhlarbeiter!“ veröffentlicht, worin bekannt gegeben wurde, daß über einen dem Unternehmer Mathews gehörigen Bau zu Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 75, vom Zweigvereinsvorstand die Sperre verhängt worden sei. Begründend wurde in der Annonce darauf hingewiesen, der Unternehmer Valentin, der den Bau bis dahin ausführt, habe dem Zweigvereinsvorstand versichert, daß der Vorarbeiter und Kolonnenführer J ö l l m a n n durch eine V e r e t h u n g den Bau an die Firma K i e t s c h gebracht habe. Da nun die Firma K i e t s c h im Gegenzug zur Firma Valentin in keinem Tarifvertragsverhältnis zu den Bauhilfsarbeitern stehe, und auch bedeutend niedrigere Löhne zahle wie alle anderen ähnlichen Firmen, so hätten die Fahrstuhlarbeiter durch jene Schiebung einen Schaden erlitten, weshalb sich die Sperre rechtfertige.

Durch diese Bekanntmachung und den darin enthaltenen Vorwurf der Verleumdung fühlte sich der Unternehmer K i e t s c h w e r b e l e i d i g t. Er klagte deshalb gegen Heidemann als der Unterzeichner der Annonce und gegen Valentin als den Urheber jenes Vorwurfs.

Die Beweisaufnahme gestaltete sich nun äußerst interessant. Zunächst berief sich der Beklagte Heidemann durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, auf den Schutzparagraphen 193, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Denn dadurch, daß die Firma Rietsch dem Tarifvertrag mit dem Bauhilfsarbeiter-Verband nicht beigetreten sei, hätte die Gruppe der Fahrstuhlarbeiter ein erhebliches Interesse daran gehabt, den fraglichen Bau durch eine tariffreie Firma ausführen zu lassen. Als Angeklagter der Bauhilfsarbeiter habe er, Beklagter, aber nur die Interessen seiner Verbandsmitglieder wahrgenommen und daher auch selbst in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Ueberdies aber wolle er an einem effektanten Fall beweisen, daß der Privatkläger Rietsch tatsächlich die verwegentesten Bestechungsversuche unternimmt, wenn er seinen selbstsüchtigen Unternehmerinteressen damit zu dienen glaubt. Herr Rietsch habe sich nämlich nicht gescheut, ihm selbst, dem Beklagten, schon einmal 500 Mk. Bestechungsgelder anzubieten, damit er die Arbeiter bei anderen Konkurrenzfirmen zum Streik bewegen möge. Infolgedessen habe er auch keinen Anlaß gehabt, an der Mitteilung des Herrn Valentin zu zweifeln, daß Herr Rietsch durch Bestechung des Kolonnenführers Böllmann den Charlottenburger Bau an sich gebracht habe; zuzutragen sei Herrn Rietsch auf diesem Gebiete schon etwas.

Als erster Zeuge wurde darauf der Kolonnenführer Böllmann vernommen. Dieser stellte es eidl ich in Abrede, für die Zuschreibung des Baues 50 Mk. von Herrn Rietsch erhalten zu haben. Er sei einfach als Vorarbeiter bei Valentin, wofür er früher tätig war, ausgetreten, und mit seiner Kolonne zu Rietsch übergegangen. So sei auch der Bau an Rietsch gekommen. Freilich habe er, Zeuge, sich wiederholt damit gerühmt, daß Rietsch ihm für den Übergang 50 Mk. gegeben habe. Doch müsse er gesehen, daß er damit gelogen habe. Er habe nur rennommiert. In Wirklichkeit sei es nicht wahr, daß Herr Rietsch ihn bestochen wolle. Mit dieser Aussage mußte der Charlottenburger Bestechungsvorwurf als unerwiesen betrachtet werden.

Ein geradezu vernichtendes Beweisergebnis für den Kläger aber hatte der vom Beklagten Heidemann angeführte Bestechungsvorwurf mit den 500 Mk. Hierzu wurden die beiden Brüder Büxmann als Zeugen vernommen, die seinerzeit bei Herrn Rietsch in Arbeit standen. Sie bekundeten: Anlässlich der Tarifbewegung unter den Fahrstuhlarbeitern habe Herr Rietsch sie eines Tages gebeten, doch den Organisationsbevollmächtigten Heidemann zu ihm zu bringen. Dies sei geschehen. Nach einer Aussprache über Lohn- und Arbeitsverhältnisse habe Herr Rietsch dann in ihrer Gegenwart zu Heidemann wörtlich etwa folgendes gesagt: „Wenn Sie es schaffen, daß Sie die Arbeiter bei meinen Konkurrenzfirmen in den Streik bringen und dadurch bewirken, daß die Firmen von der Bildfläche verschwinden, so zahle ich Ihnen bare 500 Mark.“

Angeht diese Aussage schien es Herrn Rietsch doch etwas unbehaglich zu Mute zu werden. Er suchte die Sache dann so darzustellen, als habe er das Versprechen mit den 500 Mark als eine Art Wette aufgesetzt, dergestalt, daß er nicht glaube, Heidemann könne es gelingen, unter den Fahrstuhlarbeitern überhaupt einen Streik herbeizuführen. Und im Anschluß hieran will er gesagt haben, 500 Mark zahle er, wenn Heidemann es dennoch schafft, daß die Fahrstuhlarbeiter streiten würden. — Die beiden Zeugen versicherten demgegenüber jedoch mit aller Bestimmtheit, daß von solcher Auffassung, wie sie Herr Rietsch geäußert habe, gar keine Rede sein könne. Sie seien beide von Anfang bis zu Ende bei der Unterredung zugegen gewesen. Auch zu ihnen habe Herr Rietsch gesagt, es solle ihr Schade nicht sein, wenn Heidemann das fertig brächte, die Fahrstuhlarbeiter bei den anderen Firmen zum Streik zu bewegen. Zum Schluß der Unterredung aber habe sich Herr Rietsch sogar mit einer bezeichnenden Geste die Hand vor den Mund gehalten und den beiden zinkend zugerufen: „Im übrigen habt Ihr nichts gehört!“

Nach diesen Bekundungen wies der Richter den Privatkläger darauf hin, daß es doch wohl besser für ihn sei, sich noch vor der Urteilsfällung mit den Beklagten zu einigen. Herr Rietsch beherzigte denn auch diesen wohlgemeinten Rat. Nur wünschte er, daß Heidemann bezüglich des Bestechungsvorwurfs hinsichtlich des Kolonnenführers Böllmann eine zurücknehmende Erklärung abgeben möge. Heidemann erklärte sich hierzu auch bereit. Damit gab sich Herr Rietsch zufrieden und nahm im übrigen seine Klage zurück.

Hoffentlich beherzigen auch die übrigen Unternehmer, selbst wenn sie noch so vielfache Millionäre sind, die Lehren dieser Gerichtsverhandlung. Mit ihren Zudasgehern mögen sie wohl charakterlose Lumpen zu ehelosen Handlungen verlocken, nicht aber Leute, die schon viele Jahre lang in der Arbeiterbewegung bewiesen haben, daß sie Proletariatslehre im Leibe haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Die für Sonntag, den 14. d. Mts., angesetzte Versammlung fällt aus.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Dannenberg.

Au die organisierte Arbeiterkraft Berlin!

Die Kontrollkarte ist folgenden Geschäften entzogen: Rende, Schullstr. 117; Holz, Reinholdsdorferstr. 61; Buchholz, Oberbergerstr. 31; Herzberg, Friedenstr. 60; Kritschke, Mühlenerstr. 4 und Kutsche, Reichenbergerstr. 171.

Bewilligt hat in Ehrer: Grasses, Vahnhoffstr. 4. Achtet auf die Kontrollkarten als Ausweis dessen, daß die Forderungen der Geschäfte bewilligt sind. Dieselben sind nur gültig, wenn sie laufend gestempelt sind.

Verband der Freisevergehälten Deutschlands. Der Vorstand. J. A.: Paul Hiere.

Der Streik bei der Firma Berliner Glühlampenfabrik, Neue Jakobstr. 6, ist zugunsten der Arbeiter beendet.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Husland.

Passive Resistenz über die Buchdrucker in der Weichsel aus, weil die Unternehmer den Wegfall der bisherigen Arbeitsstunde von 5 bis 6 Uhr an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen infolge

des neuen Sonnabend-Gesetzes an den anderen Wochentagen wieder einbringen wollten. Die Arbeiter sangen nun am Morgen erst um 8 Uhr statt um 7 Uhr wie bisher an. Dieses Stück „direkter Aktion“ dürfte die Unternehmer wohl bald zum Verzicht auf ihr arbeiterfeindliches Vorhaben veranlassen.

Ein Gewerkschaftshaus in Kristiania.

Die vereinigten Gewerkschaften der norwegischen Hauptstadt streben schon seit einer Reihe von Jahren danach, sich ein eigenes Heim zu gründen, und bereits in den achtziger Jahren erwarben sie einmal ein Grundstück in der Brogade, daselbst ein Haus, was jetzt noch „Social-Demokraten“ Lokale liegen; es mußte aber nach kurzer Zeit wieder aufgegeben werden, weil die nötigen Gelder fehlten. Noch einigen Jahren wurden jedoch von neuem Sammlungen zur Gründung eines Volkshauses veranstaltet und endlich gelang es auch, ein ausreichendes Kapital zusammen zu bringen. Nun, am 10. Januar, wurde ein in der Youngsgade, im Zentrum der Stadt, gelegenes Grundstück mit einem großen solide gebauten Hause erworben. Der Kaufpreis beträgt 200 000 Kronen. Die nötigen Umbauten und Neubauten werden 170 000 Kronen erfordern. Das neue „Volkshaus“ wird einen großen Festsaal erhalten, der 1400 Personen Raum gibt, einen kleineren Saal für 400 Personen, eine Anzahl anderer Versammlungslokale sowie 45 Bureauräume. Außer den Gewerkschaften werden auch „Social-Demokraten“ sowie die Arbeiterpartei und die Arbeiter-Aktiendruckerei in dem Volkshaus ihr Heim erhalten.

Das Volkshaus soll bis zum 1. August 1907 zur Einweihung fertig sein, so daß der Anfang desselben Monats stattfindende skandinavische Arbeiterkongreß und die internationale Gewerkschaftskonferenz dort tagen können.

Verfassungen.

Arbeitervertreter-Verein. In der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung sprach Nob. Schmidt über die Mitwirkung der Arbeiter bei der Ausführung der Sozialgesetze. Der Redner bemerkte, in den Reihen der Arbeiter, selbst der organisierten, herrsche im Allgemeinen wenig Interesse für die Mitwirkung, welche ihnen im Rahmen der sozialpolitischen Gesetze zusteht. Auch ein Verständnis für diese Aufgaben mangle es. Das möge seinen Grund darin haben, daß ja die Rechte, welche den Arbeitern hinsichtlich ihrer Mitwirkung in der Ausführung der sozialpolitischen Gesetze zustehen, sehr beschränkt sind. Aber auch in den Krankenkassen, wo die Arbeiter verhältnismäßig den weitgehendsten Einfluß ausüben könnten, nützen sie ihre Rechte nicht genügend aus. Selbst in Distrikten mit lebhafter Arbeiterbewegung zeigte sich wenig Interesse für diese Dinge. Von Bedeutung sei die Vertretung der Arbeiter insofern, als es sich darum handelt, in der Verwaltung der Kassen die Grundzüge zu vertreten, welche die Interessen der Versicherten wahrnehmen, soweit es im Rahmen der Gesetze möglich ist. Besonders müsse auch die Zentralisation der Krankenkassen mit größerer Eifer betrieben werden, als es bisher der Fall war. Es sei zu bedauern, daß Berlin in dieser Hinsicht noch weit zurück sei. Es gebe hier noch viele sehr kleine und deshalb weniger leistungsfähige Kassen. Man sollte doch zunächst den Anfang machen mit einer Zusammenlegung der Kassen nach Industriezweigen, um dann später zur allgemeinen Zentralisation zu kommen. Im weiteren besprach der Redner die Aufgaben der Arbeitervertreter in der Alters- und Invalidenversicherung. Hier stelle es vor allem, das vorübergehende Verfahren in möglichst weitem Umfange zur Anwendung zu bringen. In der Rechtsprechung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung müßten die Arbeitervertreter auf gründliche Verhandlung der Klagesachen hinwirken. Zurzeit sei es oft so, daß die Verhandlungen die Gründlichkeit ganz vermissen lassen. Bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung komme es nicht selten vor, daß mehr als 40 Sachen in einer Sitzung erledigt werden. Bei solcher Schnelligkeit der Erledigung könne von einer Verhandlung gar keine Rede sein. Die Vertreter könnten sich unter solchen Umständen kein Bild von der Sachlage machen, so daß die Ansicht des Vorsitzenden, der die Sache aus den Akten kennt, immer durchdringen werde. Bei eingehender Verhandlung zeige sich aber ein Fall oft in anderem Lichte, als wie ihn der Vorsitzende ansieht. Es müsse dafür gesorgt werden, daß mit den Vertretungen nur solche Arbeiter beauftragt werden, welche das erforderliche Verständnis für diese Dinge haben und fähig sind, ihre Meinung sachlich zu vertreten. — Ferner besprach der Redner die Vertretungen, welche das Handwerkergesetz den Arbeitern zubilligt. Dann vertrat er die Forderung der Arbeiter: Mitwirkung bei der Gewerbeinspektion und schließlich gebachte er der Vertretungsgörperschaften, welche sich die Arbeiter selbst geschaffen haben; der Arbeitersekretariate. Diesen sei zu rathen, daß sie ihre Tätigkeit nur auf diejenigen Gebiete beschränken, die sie wirklich beherrschen können, das sei in der Hauptsache das Gebiet des Arbeiterrechts.

Die Notwendigkeit der Zentralisation der Krankenkassen Berlin wurde auch von mehreren Diskussionsrednern betont und darauf hingewiesen, daß die Arbeiten zur Verwirklichung der Zentralisation, die schon seit 10 Jahren im Gange seien, immer noch betrieben werden. Es sei zu wünschen, daß die Organe der Partei die Zentralisationsbestrebungen mit Nachdruck zu fördern suchen. — Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde an diesen Stellen aus der Praxis gezeigt, daß sowohl in den Schiedsgerichten wie im Reichsversicherungsamt die Tendenz erkennbar sei, die Ansprüche der Versicherten nach Möglichkeit herabzudrücken.

Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, wählte die Versammlung drei Redatoren: Tschernig, Reßlein und Lempsch.

Eine allgemeine Uhrmacher-Versammlung in den Armishallen hörte ein Referat von Max Schütte über die russische Revolution mit großem Interesse. In der Diskussion wurde auf die Versammlungen am 21. Januar hingewiesen. Unter Vertretungsangelegenheiten wurde ein Antrag angenommen, in kürzester Zeit eine Versammlung sämtlicher in der Tagemetierbranche beschäftigten Arbeiter einzuberufen.

Die Werkzeugmacher (Metallarbeiterverband) hielten am Donnerstag in den „Musiker-Fejsalen“ ihre Brandversammlung ab. Den Bericht der Agitationskommission gab der bisherige Vizepräsident H. M. Demnach sind außer den öffentlichen und außerordentlichen Versammlungen während der verflochtenen dreiviertel Jahre 140 Bestatigungen abgegeben worden; ein Beweis für die Wirksamkeit, mit der die Agitation in den einzelnen Fabriken betrieben worden ist. Es kam auch mehrfach zu Arbeitsniederlegungen mit mehr oder minder gutem Erfolg. Die meisten Lohnforderungen hatten jedoch ein positives Ergebnis, ohne daß es zu Arbeitsniederlegungen zu kommen brauchte. — In der Diskussion wurde bemängelt, daß infolge von Beeinflussungen durch den Verbandsbeamten Lehrend der Beschluß, nach der Aussperrung bei der Firma Siemens u. Halske die Ueberstunden zu verweigern, nicht innegehalten worden ist. — Hierauf wurde Peterdorff als Vizepräsident neu gewählt, worauf dann die definitive Wahl von Damm, Geißler und Kupper in die Agitationskommission erfolgte. — Es wurde noch besonders betont, daß der hauptsächlich in den „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ (Ludwig Löwe) domizilierende „Blauer“ Werkzeugmacher-Verein, der auch Vergütungen in gesperrten Lokalen abbitt, mit dem Metallarbeiterverband angehörigen Vizepräsidenten der Werkzeugmacher Leineswegs identisch ist. — Von einer Diskussion über den vorläufigen Vortrag des Genossen Ströbel betreffend den Massenstreik wurde Abstand genommen, weil der Referent durch anderweitige Inanspruchnahme am Erscheinen verhindert war.

In einer öffentlichen Versammlung der Anwaltsangehörigen, welche der Zentralverband der Bureauangestellten Deutschlands einberufen hatte, referierte Gustav Bauer über die sozialen Kämpfe der Bureauangestellten. Der Redner behandelte in kurzen Zügen die Entwicklung der bestehenden Verhältnisse. Diese Verhältnisse haben es zuwege gebracht, daß wir im Zeichen der Organisation stehen. Die Bureauangestellten sind aber nicht dem Beispiel der Arbeiter anderer Berufe gefolgt, sondern verharren vielmehr in den Ansichten des Philisteriums. Es besteht bei ihnen die Ansicht, daß in ihrem Berufe keine Arbeiter und keine Arbeitgeber im Gegenseitigen existieren. Besonders ist diese Ansicht in dem Leipziger Verband vertreten. Nun hat es sich aber gerade bei der Regulatorbewegung im vorigen Jahre gezeigt, daß die Arbeitgeber der Bureauangestellten denselben Probenstandpunkt einnehmen, wie die Arbeitgeber in der Industrie. Sie erklärten mit derselben Rücksichtslosigkeit: „Ihr steht viel zu tief unter uns, als daß wir mit Euch verhandeln könnten.“ Die Lehre hieraus brauchte gar nicht ausgesprochen werden. Jeden Kollegen müßte das Gefühl veranlassen, mit diesen Zuständen aufzuräumen zu helfen. Jedoch hat der Barloß in Berlin auch fruchtbringend in den anderen Städten Deutschlands gewirkt. Als vor zehn Jahren der Zentralverein an die anderen Berufsverbände herantrat, eine Petition an den Reichstag, in der eine gesetzliche Regelung unserer Berufsverhältnisse gefordert wurde, mit zu unterschreiben, lehnten diese es mit der Bemerkung ab, daß dadurch nur die Unzufriedenheit in die Reihen der Kollegen getragen würde. Wie ganz anders jetzt. Heute ist auch in diesen Kreisen zum großen Teil das Interesse geweckt. Sie stellen in ihren Petitionen an den Reichstag Forderungen auf, wie sie bereits vor Jahren seitens des Zentralverbandes gefordert worden sind. Wenn nun die Regierung auch diese Petitionen nicht erfüllt, so muß es den Kollegen klar werden, daß nur eine starke Berufsorganisation, die klar und zielbewußt eine Besserung erkämpft, und nicht darum bittet und bettelt, das erreichen kann, was andere Berufsgruppen schon seit langem besitzen. Wenn die anderen Berufsvereine noch immer die Frau in unserem Berufe als Konkurrenz betrachten, so ist das eine uralte Auffassung. Durch die Einführung der Schreibmaschine, eine technische Entwicklung unseres Berufes, hat genau wie in den anderen Berufen das Kapital die Frau ins Joch gespannt. Nicht als Konkurrenz ist sie zu betrachten, denn die Statistik stellt fest, daß die Frau besser entlohnt wird, als die Männer im Berufe, sondern die Bureauangestellten haben danach zu trachten, die Frau für unsere Organisation zu gewinnen, aus ihnen kassendehnte Kämpferinnen zu erzeugen. Die fortwährende Steigerung der Mieten und die durch die Höhe erhöhten Lebensmittelpreise haben zur Folge, daß man jetzt mit 100 Mk. schlechter lebt, als vor 10 Jahren mit 75 Mk. Die Arbeiternehmer der anderen Berufe haben es durch Kampf mit ihren Arbeitgebern dahin gebracht, daß die Mehrausgaben durch Erhöhung des Lohnes teilweise ausgeglichen wurden. Darum hat jeder Kollege die Pflicht, wenn er nicht in den Tagen der Not den Vorwurf auf sich ruhen lassen will, daß er selbst schuld an seinem Elend ist, sich der Organisation, dem Zentralverband der Bureauangestellten, anzuschließen. — In der Diskussion entwickelte Armbracht, Mitglied des Leipziger Verbandes, seine rückständigen Ideen. Unter allgemeiner Heiterkeit und ironischem Beifall beendete der Redner seine Philippika. Weitere Gegner meldeten sich trotz Aufforderung des Vorsitzenden nicht. Es war dem Referenten Bauer in seinem Schlusswort ein Leichtes, mit dem Diskussionsredner abzurechnen. Der Vorsitzende macht noch bekannt, daß am 2. Februar in Paderborn Mühlhaus, Landbergerstraße 39 eine Frauenversammlung stattfindet, in der Frau Ida Altmann das Referat übernommen habe. Viele Aufnahmen waren als Erfolg der Versammlung zu verzeichnen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Polizei im Kampf für die Klassenherrschaft.

Berlin, 12. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Polizei beschlagnahmte heute hier 25 000 Flugblätter, die sich gegen den Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts richteten.

Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe.

Bielefeld, 12. Januar. (W. L. B.) Heute haben die allgemeinen Neuwahlen zum Landtage des Fürstentums Schaumburg-Lippe stattgefunden. Die Sozialdemokraten beteiligten sich zum erstenmal an der Wahl mit eigenen Kandidaten in sechs von den vorhandenen zehn Wahlkreisen. Gewählt sind heute endgültig sechs bürgerliche Kandidaten, in den übrigen vier Wahlkreisen haben Stichwahlen stattgefunden, bei zweien ist die Sozialdemokratie beteiligt.

Gegen die Verfassungsvorlage.

Magdeburg, 12. Januar. (W. G.) Der hier stattgehabte sächsisch-anhaltische Städtetag nahm im Verlauf seiner heutigen Verhandlungen einstimmig eine Resolution gegen das Schulunterhaltungsgesetz bezüglich der Verkürzung der Rechte der Gemeinden an.

Gründung eines deutschen Monistenbundes.

Jena, 12. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Unter Ehrenvorsitz von Professor Ernst Haeckel gründete im Zoologischen Institut eine Versammlung von hervorragenden Vertretern monistischer Weltanschauung den seit einiger Zeit vorbereiteten „Deutschen Monistenbund“ und wählte einen Ausschuß von zwölf Personen. Erster Vorsitzender wurde Professor Dr. A. Reikhsch, Vizepräsident: Ernst Haeckel, Generalsekretär: Dr. Heinrich Schmidt.

Ablehnung der Befestigung Antwerpens.

Brüssel, 12. Januar. (W. G.) In der heutigen Kammer Sitzung lehnte die Kammer mit 79 gegen 70 Stimmen, also mit Stimmenmehrheit, bei 4 Enthaltungen den Antrag des Abg. Brulle betreffend der Antwerpener inneren Festungsanlagen ab, obgleich die Regierung sich für diesen Antrag ausgesprochen hatte. Hierauf wurde über Artikel 1 der Regierungsvorlage abgestimmt. Derselbe wurde ebenfalls mit 66 gegen 66 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Dieses Ergebnis, welches die Regierung mit 30 Stimmen in Minderheit gebracht, wurde von der gesamten Linken mit frenetischem Beifall aufgenommen. In den Wandelgängen der Kammer heißt es, daß trotz dieser Niederlage die Regierung doch nicht beabsichtigt sich zurückzugeben, sondern nur der Kriegsminister seine Demission geben werde. Das Ende der Sitzung verlief äußerst stürmisch.

Reichstag.

18. Sitzung vom Freitag, den 12. Januar 1906, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Frhr. v. Stengel. Das Strafverfahren gegen den Abg. v. Verlach (fr. Wg.) wegen Vergehen wider das Urheberrecht wird ohne Veratung für die Dauer der Session eingestellt.

Hierauf wird der Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden in erster und zweiter Beratung ohne Debatte angenommen, ebenso der Vertrag mit der Schweiz über die Errichtung deutscher Zollabfertigungsstellen auf den linksrheinischen Bahnhöfen in Basel.

Kommitté wird die Generaldebatte über die Reichsfinanzreform und die Steuergesetze fortgesetzt.

Abg. Werner (Ant.) hofft, die Regierung werde sich endlich entschließen, eine Reichseinkommensteuer einzubringen, die ebenso gut durchführbar sein würde, wie eine Reichserbschaftsteuer. Es ist nicht möglich, wie der Abg. Böning meinte, die Nachkosten des Bieres von den Trinkgebern für die Keller abzugeben oder dergl. Auch die Tabaksteuer und die Fabrikantensteuer ist mittelstandsfeindlich. Kann eine Steuer aus dieser umfangreichen Vorlage ist annehmbar. Der Kommission steht eine schwere Arbeit bevor; ich frage, wann sie nun endlich einmal zusammentreten wird. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Osel (B.): Den hier im Hause gemachten Vorschlag der Einführung einer Weinsteuern muß ich auf entschiedenste befürworten. Nach der Reichsverfassung ist eine Besteuerung des Weins durch das Reich nicht zulässig, diese Steuer vielmehr den Einzelstaaten überlassen, die Weinbau betreiben. Das Zentrum hat bisher nichts getan, was die Bemerkung des Reichsfinanzsekretärs: das Zentrum lasse den Art. 8 des Bismarckgesetzes ebenso auf wie er, rechtfertigt. Vielleicht kann auch bei der Schaumweinsteuer die Steuerkränze noch einmal angezogen werden. Die Tabaksteuer würden die Händler auf die Produzenten abwälzen. Die Zigarettensteuer ist mehr eine Papiersteuer, die der Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnet. (Sehr wahr! im Zentrum.) Einen Zoll auf Tabak könnte ich nur dann für annehmbar halten, wenn es gelänge, die höheren Tabakarten als solche zu erkennen, was heute technisch unmöglich ist. Bei der Brauerei bilden das Surrogatverbot und die Staffeln zweifellos eine Verbesserung. Mit der allgemein abfälligen Beurteilung der Verlehrssteuern bin ich durchaus einverstanden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Meyer (Soz.):

Ehe ich mich meiner eigentlichen Aufgabe, der Kritik der Tabaksteuervorlage, zuwenden, muß ich mich mit einigen Bemerkungen gegen den preussischen Finanzminister wenden. Herr v. Rheinbaben versuchte, die Pläne des Reichsfinanzsekretärs dadurch zu unterstützen, daß er behauptete, die Arbeiter seien noch immer zahlungsfähig genug, um erhöhte Steuern entrichten zu können. Dabei ließ er die Absicht merken, der sozialdemokratischen Opposition ein auszuweichen, indem er dem Budget eines Mündigen Arbeiters nachrechnete, daß dieser nicht weniger als 86 M. jährlich an die sozialdemokratische Parteiabgabe gezahlt habe. Gegenüber diesen illokalen Berechnungen des preussischen Finanzministers (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Sie dürfen bei einem preussischen Minister nicht von illokalen Berechnungen sprechen.

Abg. Meyer (fortfahrend): Ich bedauere, daß der preussische Finanzminister nicht anwesend ist, um sich durch meine Ausführungen belehren zu lassen, wie er dieses Arbeiterbudget zu verwickeln gesucht hat. In diesem Budget findet sich eine Position: Kassegeld an Organisationen 88 M. und davon gefordert: für den sozialdemokratischen Verein monatlich 25 M., gleich jährlich 8 M. (Wohlgem. hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das macht in der Tat zusammen 86 M. Der Finanzminister aber behauptete, daß diese ganze Summe an die sozialdemokratische Organisation bezahlt worden sei. Wie konnte er zu einer solchen Behauptung kommen, während ausdrücklich ein besonderer Posten für den sozialdemokratischen Verein in dem Budget vorhanden ist? Herr v. Rheinbaben wirft alle Organisationen der Arbeiter in einen Sad und bezeichnet sie als sozialdemokratische, um dann behaupten zu können, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter mit jährlich 86 M. besteuert! Ich will ihm erklären, wofür diese Beiträge aufgebracht worden sind. Unter dem Kassegeld an Organisationen sind die Beiträge an Kranken- und Invalidenversicherungen sowie an die Gewerkschaften zu verstehen. In Münden hat ein Arbeiter pro Jahr für die Krankenversicherung etwa 47, für die Invalidenversicherung etwa 10 M. aufzubringen, und die Gewerkschaftsbeiträge eines Arbeiters betragen im Durchschnitt 47 M. Das ergibt ungefähr die im Budget angegebene Summe, die der Finanzminister als Beiträge für die sozialdemokratische Organisation bezeichnet! Angenommen der Arbeiter, um den es sich handelt, wäre ein Buchdrucker — das könnte er bei seinem verhältnismäßig hohen Gehalt sein — so hätte der preussische Finanzminister behauptet, daß die Beiträge für die Buchdruckerorganisation ebenfalls für sozialdemokratische Zwecke gezahlt würden. Was erstrebt aber die Gewerkschaft und was erhält der Arbeiter in ihr? Die Gewerkschaft gewährt ihm Rechtsaufsicht, Krankenzuschuß, Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Umzugsgeld, Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen. Daß alle diese Beiträge für die Gewerkschaften nicht für sozialdemokratische Zwecke gezahlt werden, das müßte doch selbst der preussische Finanzminister wissen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Weiß er auch!) Aber der Finanzminister ist so daran gewöhnt, den Etat zu verschleiern, damit man seine Wirtschaft nicht durchschauen kann, daß er gar nicht merkt, daß das einfache Budget eines soliden Arbeiters viel leichter zu durchschauen ist als das Treiben eines Finanzministers. Es wäre doch interessant, von Herrn v. Rheinbaben zu erfahren, ob er auch die vom Reich gewährten Zuschüsse für die Versicherungen als Beiträge für die sozialdemokratischen Organisationszwecke ansieht. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind ja an die Art und Weise, in der der preussische Finanzminister die Sozialdemokratie bekämpft, schon gewöhnt und werden ja stets von jener Seite aller möglichen Schändlichkeiten geziehen. Aber es war doch nötig, diese Feststellungen hier zu machen, weil man uns eine Agitation gegen die Steuervorlagen als unaufrichtig hinzustellen suchte.

Was nun die Steuervorlagen betrifft, so ist ja die Tabakindustrie in den letzten Jahren wiederholt beunruhigt worden. Die Schatzsekretäre haben es sich im letzten Jahrzehnt nicht verlagern können, immer wieder auf die stärkere Heranziehung des Tabaks hinzuweisen. Graf Posadowsky hat in den Jahren 1893/94 und auch 1895 als Schatzsekretär die Tabakfabriksteuer vertreten. Damals gab es nach Ansicht der Regierung kein besseres System, um höhere Beträge aus dem Tabak herauszupressen als das der Fabriksteuer, und die Haltung der Regierung war so klar und prägnant, daß man sich wundern muß, wenn heute die Regierung in stärkstem Widerspruch gegen ihre damalige Haltung sich gegen die Einführung der Fabriksteuer wendet. Schon dieser Widerspruch müßte das Haus veranlassen, die Vorlage a limbo abzulehnen; denn die Regierung es nicht für notwendig erachtet, die Veränderung ihres früheren Standpunktes aus nur mit einem Worte zu begründen. Miquel, der Vater der Fabriksteuer, erklärte 1894 im Reichstage, eine Steigerung der Einnahmen des Reiches aus dem Tabak sei nur von der Einführung der Fabriksteuer zu erwarten. Graf Posadowsky erklärte ebenfalls, es bliebe nur die Wahl zwischen Monopol oder Fabriksteuer. Die Regierung war damals der Meinung, daß die Tabakindustrie durch die Fabriksteuer nicht so stark getroffen werden würde wie durch die Gewichtsteuer, die jetzt von der Regierung vorgeschlagen wird. Als vor drei Jahren bei der Beratung des

Zolltarifs von Freiherrn v. Heyl und anderen ein höherer Zoll für den Tabak befürwortet wurde, erklärte Graf Posadowsky, die Regierung denke nicht daran, eine höhere Belastung des Tabaks vorzuschlagen. Wir hatten gegen diese Erklärung Mißtrauen, und wie berechtigt das Mißtrauen war, zeigt die spätere Kränkungen des Schatzsekretärs Freiherrn v. Thielmann, der erklärte, daß, wenn man nicht andere Deckungsmittel habe, man Bier und Tabak stärker belasten müsse. Diese Erklärung hat damals in der ganzen Tabakindustrie einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unternehmer und Arbeiter der Tabakindustrie sind sich einig in der Verurteilung des Rücksichtslosen und widerspruchsvollen Vorgehens der Regierung. Die Regierung hat jetzt dem alten System der Gewichtsteuer ein neues System hinzugesetzt, nämlich das der Stückzahl: Die Zigaretten sollen ja nach der Zahl versteuert werden. Ich muß mir erlauben, dieses letztere System in erster Linie einer Verprechung zu unterziehen, weil es ebenfalls schwere Widersprüche enthält. Die Widersprüche liegen in dem Verhältnis dieser Zigaretten-Stückzahl zur Kohltabaksteuer. Namentlich die Motive erregen hier die Entrüstung der Tabakindustriellen. Die Regierung weist zunächst den großen Aufschwung der Zigarettenindustrie nach, der in der Tat besteht. Aus kleinen Anfängen hat es die Zigarettenindustrie in zehn Jahren auf eine Produktionshöhe von 1 bis 1 1/2 Milliarde jährlich gebracht. Die Regierung läßt daran die Betrachtung, es handle sich um einen teilweisen Uebergang von der Zigarette zur Zigarette, wie sich vor einem Menschenalter der Uebergang von der Pfeife zur Zigarette vollzog. Dieser Uebergang soll nun nach den Regierungsmotiven zur Zigarettensteuer eine schwere Schädigung für die Zigarettenindustrie bedeuten. Ferner sollen auch landwirtschaftliche Interessen, nämlich die der Kohltabaksteuer, durch die Zigarettenindustrie geschädigt werden, weiter der Kohltabakhandel, auch hat die Regierung große Sorge um die Gesundheit der Tabakarbeiter. Endlich sei ein großer Aufschwung der Zigarettenindustrie zu konstatieren. Aber mit der Zunahme der Bevölkerung ist auch die Zigarettenindustrie nicht so sehr in den Hintergrund gedrängt worden, wie es die Regierung erkennen lassen will. Die Regierung hat den Konkurrenzweid, der zwischen der Zigarette und der Zigarettenindustrie bestand, beseitigt, um beide Zweige stark zu belasten. Das sehen jetzt die Unternehmer ein, haben ihre Konkurrenz bei Seite gestellt und belämpfen gemeinsam die Vorlage. Eine Zeitlang schien es, als ob die Tabaksteuer die Regierung unterstützen wollten, aber es ist ihnen durch die öffentliche Darlegung der Verhältnisse der Star gestochen worden, und sie wissen jetzt auch, daß sie keinen Vorteil von der Vorlage haben. Von der Fürsorge der Regierung um die Gesundheit des Arbeiters sind wir ja sehr gerührt. Wenn aber die Regierung den Tabak wirklich für so gesundheitsgefährlich hält, warum greift sie da nicht zu der Zeit zurück, wo es ein direktes Verbot des Tabakrauchens gab? Das wagt sie nicht, schon deshalb, weil sie selbst große Einnahmen aus dem Tabak hat. Ich komme jetzt zu den Kontrollbestimmungen. Glaubt die Regierung wirklich, daß diese Kontrollbestimmungen jemals durchgeführt werden können? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die hier vorgeschlagenen Bestimmungen bedeuten nichts weiter als eine Geschäftsschnüffelei ärgster Art. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diejenigen, die Zigarettenpapier fabrizieren oder im Detail verkaufen, sollen verpflichtet sein, jeden Augenblick der Steuerbehörde Einblick in ihre Geschäftsbücher und in ihr Lager zu gewähren. Dabei sind die Strafen horrend; ein Verstoß gegen dieses Gesetz würde mit Strafen bestraft sein. Gegen ein solches Gesetz muß ich selbstverständlich die ganze Industrie erheben, und sie hat es auch getan. Die Interessenten betonen in ihren Petitionen, daß die Durchführung dieses Gesetzes eine vollständige Verdrängung der 1 Pf.-Zigarette bedeuten lasse. Die 1 Pf.-Zigarette kostet heute billiger als 5-7 M.; werden darauf noch Steuern gelegt, so ist natürlich ausgeschlossen, daß sie weiter verkauft werden kann. Aber gerade die 1 Pf.-Zigarette wird heute von den Winderbemittelten gekauft. Wer während der Arbeit irgend Gelegenheit hat, ein paar Augenblicke sich entfernt von der Arbeitshütte aufzuhalten, der gönnt sich den „Genuß“ der 1 Pf.-Zigarette. Wer 2 Pfennig für die Zigarette bezahlt, soll statt bisher 1 Pfennig, der wird es sich erst sehr überlegen, ob er sie kauft. Daher fürchten die Zigarettenfabrikanten einen Geschäftsrückgang um 50 Prozent! So ist es um die Wirkung dieses Gesetzes bestellt. Aber wir sind auch noch aus einem anderen Grunde dagegen: Wenn in Zukunft die schon oben genannte Geschäftsschnüffelei etabliert sein wird, wird die Regierung sagen: Die Tabakfabriksteuer wurde im Jahre 1895 vom Reichstage abgelehnt, weil man diese intime Kontrolle für unmöglich hielt. Jetzt aber erweist sie sich in der Zigarettenindustrie als möglich. Folglich wollen wir sie auch für die Zigarettenindustrie einführen. Ich warne daher die Herren Abgeordneten, die draußen vor den Wählern sich gegen die Fabriksteuer, hier im Reichstage aber für die Zigarettensteuer, gegen die genau die gleichen Bedenken vorliegen, ausgesprochen haben, auf demselben Wege fortzufahren. Die Regierung will offenbar auf dem Umwege der Zigarettensteuer zur Kohltabaksteuer und dadurch zum Tabakmonopol vordringen! Denn die für die Zigaretten vorgeschlagene Kontrolle ist schlimmer als die Kontrolle in den Monopolstaaten. Und, ich gebe es zu, sie muß strenger sein, da eine über das ganze Land verstreute große Industrie sich schwerer kontrollieren läßt, als wenige Staatsmonopolfabriken. Aber gerade die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft sollten gegen jeden Versuch, die Privatindustrie durch Schnüffeleien und Schikanen mürbe zu machen, um das Monopol vorzubereiten, energisch Front machen.

Die Regierung hat in ihrer Begründung zu der Steuervorlage von sozialpolitischen Rücksichten gesprochen, die bei dieser Vorlage genommen worden seien. Bei der Tabaksteuer ist diese Rücksicht jedenfalls nicht zu entdecken. In der Begründung wird gesagt, daß die Erkenntnis, der Tabak sei zu einer stärkeren Belastung geeignet, trotz manchen Widerspruchs immer weiter in die öffentliche Meinung eindringe. Diese Behauptung hat die Regierung nicht bewiesen, und auch der Schatzsekretär hat kein Wort davon gesagt, wie tief diese Erkenntnis in das Volk eingedrungen ist. Er könnte sich für die Behauptung höchstens auf Behauptungen von Mitgliedern der Rechten beziehen, die nicht die weiten Volkstreffen vertreten, von denen in der Begründung gesprochen wird. In diese Kreise ist die Erkenntnis immer tiefer eingedrungen, daß die Regierung durch die ewige Verunruhigung der Tabakindustrie dieser eine besondere sozialpolitische Rücksichtlosigkeit bewiesen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Durch die befürchteten Drohungen seitens der Regierung ist die Entwicklung der Tabakindustrie außerordentlich beeinträchtigt worden, und darunter haben besonders die Tabakarbeiter zu leiden gehabt, deren Löhne nach den Feststellungen des kaiserlichen Statistischen Amtes zu den niedrigsten gehören. Der Schatzsekretär meinte, die Löhne seien gestiegen. Das wissen wir besser, Herr Schatzsekretär, die wir am eigenen Leibe gespürt haben, was die Regierung 1879 mit der Erhöhung der Tabaksteuer der Tabakindustrie angetan hat. Die Zahl der Tabakarbeiter ist zurückgegangen. Genosse v. Elm hat Ihnen seinerzeit geschrieben, wie infolge der höheren Belastung damals zahlreiche Konkurse in der Tabakindustrie eingetreten sind. Und das will man jetzt glauben machen, daß die früher erteilte höhere Belastung des Tabaks dieser Industrie keine Wunden geschnitten habe! Zahllose Tabakarbeiter mußten damals ihr Vorkommen verlassen, weil sie in ihrer Heimat durch ihre Arbeit nicht weiter fortkommen konnten. So sieht es auch mit der jetzigen Vorlage der Regierung. Nicht wie vor zehn Jahren bei der Tabakfabriksteuer hat die Regierung einen Rückgang des Konsums in Berechnung gezogen und nur in einer lächerlichen Bemerkung der Begründung angedeutet, daß der Rückgang des Konsums etwa 5-6000 Arbeiter freisetzen könnte. Aber die Regierung hat die Berechnung durch die Steuererhöhung ganz falsch berechnet. Sie gibt die bisherige Ver-

lastung der Zigarette durch den Zoll auf 0,5 Pf. an, dabei ist sie leicht zu berechnen, daß — da der Doppelzentner Tabak 85 M. Zoll beträgt, das also 85 Pf., und zu einem Mille Zigaretten 8 Kilo gehören — der Aufschlag pro Mille Zigaretten 6,80 M., pro Zigarette also nicht 0,5 sondern beinahe 0,7 Pf. beträgt. Und wenn künftig der Zoll um 40 M. pro Doppelzentner aufgeschlagen wird auf 125 M. pro Doppelzentner, so wird der Aufschlag pro Mille Zigaretten rund 10 M. betragen. Eine solche Verteuerung eines Fabrikats um rund 25 bis 30 Proz. ist eine unerträglich schwere Belastung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann die Regierung eine Industrie so schwer belasten, die schon jetzt dem Staatsfiskus jährlich 70 Millionen einbringt und ihm bei der fortschreitenden Bevölkerungsziffer und der Entwicklung der Tabakindustrie bald das neunte Sämannchen von rund 100 Millionen zugeführt hätte! Die Tabakindustrie hat sich alle Mühe gegeben, den Reichstag über die wirkliche Lage und die Gefahren dieser neuen Steuer aufzuklären. Sie hat ganz andere Berechnungen aufgestellt, als die Regierung vorgibt aus sachmännischen Kreisen erhalten zu haben. Und die Regierung wird doch wahrlich nicht behaupten können, daß die ganze Industrie regierungsfeindlich gestimmt sei. Die Verschlechterung der Existenzbedingungen der Tabakindustrie muß auch dazu führen, daß die Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden immer mehr erweitert wird. Der Klassenkampf, den Sie so sehr verabsäumen, muß durch solche Steuerexperimente geführt werden; denn die Unternehmer suchen jeden Schaden durch Lohndruck auf die Arbeiter abzuwälzen, und die Arbeiter müssen sich gegen eine weitere Herabdrückung ihrer Löhne wehren. Aber das alles kümmert die Regierung nicht, die vorgibt, durch sozialpolitische Rücksichten auf die Zigarettenindustrie zu ihrem Vorgehen veranlaßt zu sein. Das sind schöne sozialpolitische „Rücksichten“, aus denen heraus man einer ganzen Industrie einen so schweren Schlag versetzt und den Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern noch verschärft. Die Regierung behauptet: die beteiligten Kreise übertrieben die Folgen und Wirkungen des Tabaksteuergesetzes. Sie bestreitet auch die Verschlechterung der Fabrikation. Aber die Tatsachen sprechen gegen sie. Nach der Belastung des Tabaks im Jahre 1879 suchte selbstverständlich das Unternehmertum soviel zu retten als möglich und verlegte deshalb die Fabrikation aus den Zentren im Norden nach dem Süden und aus den Großstädten in die kleinen Städte und Dörfer. So wurden Bremen und Hamburg gleich den großen Städten Sachsens zugunsten der kleinen Dörfer Westfalens, Sagens und Württembergs geschädigt.

Mit der Verlegung der Industrie auf das platte Land ist auch die Heimarbeit gefördert worden. Diese bedeutet sozusagen eine Degeneralisierung der Arbeiter. Die Unternehmer werden dadurch in die Lage versetzt, die Löhne noch mehr zu drücken. Sie beeinflussen die Arbeiter bei der Ablieferung der Waren in der unerkennbarsten Weise und spielen den einen gegen den anderen aus, nur um die Löhne noch mehr herabzusetzen. Viele Arbeiter verdienen im Jahre nicht mehr als 300 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst einer der reaktionärsten konserverbaren Abgeordneten, der verstorbenen Abg. Kernermann, war der Meinung, daß bei einem Einkommen unter 300 M. ein menschenwürdiges Dasein nicht möglich sei. Nun sagt die Regierung, die Löhne in der Tabakindustrie seien erheblich gestiegen; das trifft auch für Süddeutschland nicht zu. Die Organisation der Tabakarbeiter gibt sich alle Mühe, die süddeutschen Tabakarbeiter zu organisieren, damit sie ihre Löhne erhöhen. Es gelingt aber nicht, weil durch Verlegung der Fabriken in die Dörfer die Heimarbeit um sich gegriffen hat. So schädigend die Zigarettensteuerpolitik für die Zigarettenindustrie, so schädigend wäre die Zollerhöhung für die Zigarettenindustrie und zwar noch mehr, weil dort noch mehr Handarbeit ist. Durch einen Rückgang des Konsums würden 40-50000 Arbeitskräfte in der Tabakindustrie freil. (Hört! hört! h. d. Soz.) Die Regierung hätte es in der Hand, sofort mehr Mittel auf anderem Wege zu beschaffen, wie hier in den letzten Tagen gemulmelt von den verschiedensten Rednern betont worden ist. Aber die Reichen schont man, und die Vermis der Armen laßt man immer mehr zu quälen. Die Reichsfinanzreform spult schon seit einem Jahrzehnt, seit jener Zeit, als der ehemalige Finanzminister Dr. v. Miquel eine Finanzministerkonferenz nach Frankfurt a. M. zusammenrief, um — wie damals anerkannt wurde — Steuern auf Vorrat zu schaffen. Der gegenwärtige Reichsfinanzsekretär aber will nur das Defizit bekämpfen. Aber eine Reform ist am ganz verkehrten Ende angepackt. Statt nämlich die Hebung der Steuerkraft des Volkes ins Auge zu fassen, schmälert man sie auf jede Weise. Denn wenn die Waren teurer werden, kann das Volk nur wenig davon laufen, die Industrie wird also geschwächt, und die ganze Volkswirtschaft gerät ins Stagnieren. Alle indirekten Steuern schwächen die Kaufkraft des Volkes. Wir sind schon aus diesen prinzipiellen Gründen gegen die Tabaksteuervorlage. Aber neben diesen prinzipiellen Gründen haben wir noch die besonderen, von mir angeführten, um die Vorlagen abzulehnen.

Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen: Die Finanzreform bedeutet keine Reformierung, sondern eine Reformierung des Steuerrechts. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1894 und im Jahre 1895 hat der Reichstag jedes Fabriksteuer-Projekt abgelehnt. Wenn Sie noch dieselben Gründe wie damals geltend lassen wollen, müssen Sie auch die gegenwärtige Vorlage ablehnen. Die Wähler derselben Wahlkreise, in denen die Tabakindustrie stark vertreten ist, haben ihre Abgeordneten (zur Rechten gewandt) darüber interpelliert, wie sie sich zu diesen Steuerprojekten stellen. Nun haben erfreulicherweise mehrere Abgeordnete der Rechten sich entschieden gegen sie ausgesprochen. Das ist sehr gut; denn durch solche Anfragen bei Abgeordneten werden diese doch gelegentlich daran erinnert, daß sie Volksvertreter sind. Andere aber haben sich zwar gegen die Kohltabaksteuer, aber für die Importzölle und für die Zigarettenfabrikationssteuer ausgesprochen. Diesen rufe ich eine ernste Warnung zu. Ich schreibe mit den Worten, daß es die Befestigung der Vorlagen dem Reichstage leicht macht, sie abzulehnen. Tun Sie das nicht, dann nehmen Sie die Verantwortung auf sich, ein Gesetz durchgebracht zu haben, das für die deutsche Volkswirtschaft die schwersten Schäden und insbesondere für die beteiligten Industrien fast den Ruin herbeiführen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lichtenberger (nall.): Die Vorlage von 1879 ist viel besser als die heutige. Auch diese Vorlage belastet aber den Kohltabak schon zu sehr. Die Industriellen haben sich geholfen durch eine Qualitätsverminderung. Statt nun dieses wirtschaftlich schädliche und sozialpolitisch bedenkliche Gesetz zu reformieren, schlägt man uns eine Erhöhung der Steuern vor. Warum soll gerade der Tabaksteuergel mit 400 Prozent seines Wertes besteuert werden? Dieser Stengel, Herr v. Stengel (Pellerle!) ist doch gerade die Würge der Zigarette. Wir können diesen avonländischen Juchan nun doch einmal nicht einbrecken. Durch die Zollerhöhung von 1879 ist eine ganz bedeutende Abnahme des Konsums hervorgerufen worden. Die größten Bedenken habe ich gegen die Besteuerung des Zigarettenpapiers, namentlich mit Rücksicht auf die damit verbundene Kontrolle. Ich persönlich möchte den Wunsch nach Einführung einer Reichsvermögenssteuer aussprechen.

Abg. Niff (fr. Wg.): Meine Freunde aus Elb-Lothringen sind ohne Rücksicht auf ihre Parteigehörigkeit einzig in ihrer Stellungnahme gegen die Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer auf die Deszendenten. Als im Jahre 1871 Elb-Lothringen als ein selbständiges Finanzwesen konstituiert wurde, wurde die französische Erbschaftsteuer beibehalten. Wir Elb-Lothringer sind gern bereit, Opfer an das Reich zu bringen, aber nicht in höherem Grade als die anderen Glieder. Nun haben wir aber bereits die Erbschaftsteuer auf Deszendenten. Würde eine solche Deszendentensteuer vom Reich eingeführt, so würden wir ein viel stärkeres Opfer bringen als die Bundesstaaten — Elb-Lothringen ist ja jetzt noch kein Bundesstaat — In Elb-Lothringen bildet die Besteuerung der Einkünfte und Erbschaften einen wesentlichen Teil der Einnahmen aus der Erbschafts-

Neuer. — Etwas so Unvollkommenes, wie der Zigarettensteuerentwurf, ist mir noch nicht vorgekommen. Von den 18 Paragraphen, die nicht lediglich Strafbestimmungen enthalten, überlassen 15 dem Bundesrat die endgültige Regelung! Eine so unfertige Vorlage müßte der Reichstag a limbo abweisen. Der zweite Grund, der für mich gegen die Zigarettensteuer spricht, ist der, daß sie ohne veratorische Maßregel schärfster Art unmöglich durchführbar ist. (Dravo! links.)

Gebührer Halle: Unsere Brauereier ist etwa so hoch wie die jetzt für die Brauereiergemeinschaft geplante. Kommt sie zustande, so haben wir an einer eigenen Landessteuer kein Interesse mehr. Beschließen Sie dagegen niedrigere Sätze, so müssen wir bitten, von unserer Einbeziehung in die Brauereiergemeinschaft abzusehen.

Abg. Dold (nall.): Abweichend von meinem Fraktionsgenossen Küling habe ich die größten Bedenken gegen die Besteuerung der Erbschaften von Deszendenten und Affinenten. Namentlich die Erbschaften der Ehegatten zu besteuern wäre für die vielen Ehen des Mittelstandes mit Erwerbsgemeinschaft unzutraglich. Frühestens von 100 000 M. Erbschaft an dürfte diese Steuer Maß greifen. Ueberhaupt ist die Erbschaftsteuer ungerecht; sie trifft nicht die großen Einkommen, die verzehrt, sondern die, die gespart werden. Die Lage der Tabakindustrie ist erst jetzt, 26 Jahre nach der letzten Tabaksteuererhöhung, wieder erträglich geworden. Vielfach können trotz besten Willens die Arbeitgeber ihren Arbeitern ausreichende Löhne noch kaum zahlen. Schon aus sozialen Interessen erwäge ich die Ablehnung der Tabaksteuervorlage. Ich halte eine Wehrsteuer für sehr zweckmäßig, die nach der Leistungsfähigkeit der Einzelnen bemessen werden müßte. Allerdings dürfte die Wehrsteuer keine fiskalische Steuer werden, sondern nur eine Ausgleichsteuer. Jedenfalls muß der Grundlag bei den Steuerbewilligungen maßgebend sein: Schonung der Schwachen, Belastung der Stärkeren. (Beifall.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung; Gesetzentwurf über die Erhöhung der Naturalverpflegungsgelder.)

Parlamentarisches.

Im Seniorenkongress machte der Präsident gestern die Mitteilung, daß der Reichsanwalt dem Verlangen des Reichstages: eine Kommission zur Untersuchung der geschäftlichen Manipulationen der Landgesellschaften in Südwest-Afrika einzusetzen, Folge gegeben hat.

Der Reichsanwalt hat ferner acht Kolonialhochverständige zu Mitgliedern dieser Kommission berufen und auch bestimmt, daß acht Vertreter von Kolonialgesellschaften an den Sitzungen — ohne Mitgliedsberechtigung — teilnehmen können. Der Seniorenkongress verständigte sich darüber, daß vom Reichstage 14 Mitglieder in diese Kommission geschickt werden sollen, deren Wahl den Fraktionen nach ihrem Stimmverhältnis überlassen bleibt.

Im weiteren verständigte sich der Präsident mit dem Seniorenkongress über die Reihenfolge der Beratung des Reichstages vorliegenden Materials.

Nach dem Vorschlage des Präsidenten wurde vereinbart, daß nach Abschluß der Steuerdebatte (vermutlich am nächsten Montag) die Zentrum-Interpellation (Duellanfrage) zur Besprechung gelangt.

Alle dem Reichstag ausgegangenen Regierungsvorlagen sollen in erster, eventuell auch zweiter Lesung im Plenum erledigt werden, bevor das Plenum in die zweite Beratung des Etats eintritt. Bei der Unmöglichkeit, den Etat zum 1. April zur Verabschiedung zu bringen, hält es der Seniorenkongress für wichtig, die Beratung der betr. Vorlagen nicht zu lange hinauszuschieben. Von dieser Abmachung ausgehend, sollen zunächst die mit dem Etat in Zusammenhang stehenden Vorlagen in Angriff genommen werden. Es sind dies die Gesetzentwürfe über die Naturalleistung für die Armee im Frieden, die Vorlage wegen der Serbis- und Klassen-einteilung, das Gesetz betr. den Wohnungsgeldzuschuß, sowie das Gesetz betr. die Entlastung des Invalidentfonds.

Vorher würden noch die Vorlage betr. die Einfuhrschemine für Getreide sowie das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs, denen sich die Verhandlung über die beiden Nachtragsetats für 1906 für Ost- und Südwestafrika anschließen würden, zur Beratung gelangen. Auch die Vorlage betr. die Garantie des Reiches für eine Eisenbahn in Kamerun soll ebendort zur Beratung gestellt werden. Die Militärpensionsgesetze, der Entwurf für das Vau-geverbe, der Versicherungsgesetzentwurf usw. sollen daran anschließend im Plenum zur Verhandlung gelangen.

Wenn alle diese Vorlagen die erste Beratung durchlaufen haben, wird die zweite Lesung des Etats begonnen werden. Man hofft bis zur dritten Lesung des Etats die Steuerentwürfe soweit gefördert zu haben, daß der Reichstag ihren eventuellen Einfluß auf die definitive Feststellung des Etats für 1906 beurteilen kann.

Von allgemeiner Bedeutung ist die auf Anregung der Sozialdemokraten unter Zustimmung des Präsidenten erfolgte Vereinbarung des Seniorenkongresses: von nun an, ohne Rücksicht auf andere Vorlagen, jede Woche einen Tag für die Beratung der Initiationsanträge zu benützen. Man glaubt dadurch die sogenannten Etatsresolutionen zu verringern, wenn die Sicherheit gegeben wird, daß Anregungen und Anträge aus dem Hause nicht unter den Tisch fallen, sondern im Laufe der Session zur Beratung gelangen. Ebenso ist die ebenfalls von sozialdemokratischer Seite angeregte Vereinbarung bemerkenswert, wonach der Vorsitz in den Kommissionen unter den Fraktionen wechseln und nicht — wie bisher — zu einer Art Monopol für die Zentrum-, konservative und national-liberale Fraktion benutzt werden soll. Auf Grund dieser Abmachung wird das Zentrum den Vorsitzenden in der Steuerkommission stellen.

Die Budgetkommission des Reichstages behandelte gestern den Etat der Reichseisenbahnen. Dabei äußerte sich auf eine Anfrage Staatsminister v. Budge über den gegenwärtigen Stand der Personentarifreform und der angestrebten Verkehrs-mittelgemeinschaft. Von einer preussischen Reform zu reden, wie es geschehen sei, sei unflüchtig. Preußen denke gar nicht daran, die Bahnen der anderen Bundesstaaten zu „verpreußen“; eine Reform könne nur das Ziel eines Kompromisses zwischen den Einzelstaaten sein. Die festigen und unaufrichtigen Angriffe, denen er (der Minister) ausgesetzt war, könnten ihm beinahe alles verleben. Unwahre sei es auch, daß Preußen überall die Einführung der IV. Wagenklasse verlange. Weil aber die „Notwendigkeit“ sich ergeben habe, die pro Kilometer auf 3 Pf. in der III. Klasse, 4,5 Pf. in der II. Klasse und 7 Pf. in der I. Klasse projektierten Fahrpreise um je einen Pfennig zu erhöhen, müßte Preußen darauf dringen, daß im Interesse des armen Mannes eine Klasse, die billiger ist als die dritte, geschaffen wird, sofern sie nicht besteht. Bayern erklärte, die IV. Klasse nicht einzuführen, aber für die Passagiere, die mit dem langsam fahrenden Zügen reisen, soll eine Klasse, etwa IIIb, mit dem Preis von 2 Pf. pro Kilometer eingeführt werden. Preußen will auch die Abschaffung des Zuschlages für Schnellzüge, und der preussische Eisenbahnrat, der im Prinzip der Reform zustimmte, wünschte, daß auch der Gepäcker tarif verbilligt werde. Ob dieser Wunsch sich realisieren lasse, könne heute noch nicht gesagt werden. Alle Leute, die wissen, welchem schändlichen, burokratischen Zwang das reisende Publikum beim heutigen Personentarif mit den Rückfahrkarten nur zu oft unterworfen sei, würden freudig der Reform zustimmen; denn das Publikum werde viel besser dabei wegkommen. Darum habe ihn die Hege im vorigen Sommer so befreundet. Ob es überhaupt gelingen werde, die Tarifreform zustande zu bringen, siehe noch dahin. Bayern und Sachsen werden zustimmen; Württemberg und Baden machen die Betriebsmittelgemeinschaft zur Bedingung. Der Vorschlag auf Einführung einer Betriebsmittelgemeinschaft, die ungefähr eine Erparnis von 10 1/2 Millionen Mark bedeutet, stamme von Württemberg. Wenn die Erparnissumme für Preußen, mit seinem Eisenbahnetat von 1 1/2 Milliarden Mark, auch keine allzu große Bedeutung habe, so wolle Preußen doch den sächsischen Staaten entgegenkommen. Unter Betriebsmittelgemeinschaft sei zu verstehen: gemeinsame Benutzung der Personen-, Gepäcker- und Güterwagen, gemeinsame Vergütung, Veseitigung der

jetzigen Uebergangsstationen mit ihren vielen Schreibern. Preußen werde auch dann ausschlaggebend sein, wenn eine Art oberster Eisenbahnrat gebildet wird mit dem Abstimmungsmodus nach der Größe des Bahnetzes. Die Maßnahmen eines solchen Eisenbahnrates müßten naturgemäß die Budgetrechte der Parlamente in den Einzelstaaten beeinträchtigen, wie von mehreren Ministern in einer Konferenz betont worden ist. Bei dem föderativen Charakter des Reiches sei das aber nicht angängig. Bayern habe jetzt Vorschläge gemacht, nach denen die West-, Ost-, Ausgabe- und Güter-wagen-gemeinschaft etc. nicht eingeführt werden solle. Ob der hagerische Vorschlag angenommen werde, könne er zurzeit nicht sagen. Man habe ihn aber in Süddeutschland (Württemberg und Baden) heftig angegriffen, weil er die hagerischen Vorschläge nicht strikte ablehnte. Jeder Bundesstaat müsse aber doch das Recht haben, Vorschläge zu unterbreiten. Preußen handele in dieser Angelegenheit streng loyal; zu einer Demütigung sei gar keine Ursache vorhanden.

Abg. Prinz v. Arnberg erklärt das Freizeigeld für einen Unsinn. **Abg. Singer** wünscht schneller Ausbau des Streckennetzes, wiewohl im Interesse der Betriebssicherheit. Da solle nicht falsche Sparbarkeit geübt werden. Das Unglück in Spremberg diene zur Warnung. **Minister v. Budge** betont, er kenne nichts Höheres als die Betriebssicherheit; die gehe ihm über alles. Deutschland habe die besten Sicherheitsvorrichtungen und die geringsten Unfallsziffern. Das Spremberger Unglück sei auf eine schwere Bummellei in der Betriebsverwaltung zurückzuführen, für die in erster Linie die Vorgesetzten verantwortlich gemacht werden müßten. Er habe daher alle die harten Angriffe ruhig hingenommen, gebe aber die Versicherung, daß Remedur geschaffen wird. Er bitte daher auch, zu ihm und seinem ersten Vorgesetzten Vertrauen zu haben. — Die Kommission stimmt gemäß den Vorschlägen des Referenten, **Abg. Sadekum**, dem ganzen Etat ohne jede Aenderung zu. — Nächste Sitzung Dienstag, den 16. Januar.

Aus der Partei.

Stänker.

Einige Parteiblätter, welche es immer als unangenehme Schulmeistererei zu empfinden vorgeben, wenn an irgendwelchen Vorkommnissen in der Partei oder an der Haltung der Parteipresse prinzipielle Kritik geübt wird, benutzten jeden Anlaß, ihrer persönlichen Sympathie oder Antipathie Ausdruck zu geben, auch wenn sie den Vorwand dazu an den Haaren herbeiziehen mußten.

Unser Festblatt, in dem wir das Erreichen der Hunderttausend Auflage ankündigen konnten, hat den Berliner Genossen fast überall die Glückwünsche und die Anerkennung der Parteipresse eingetragen. So unglaublich es aber erscheinen mag: einige Parteiblätter standen hämisch abseits; sie fanden keine Worte ungetrübter Freude, sondern erinnerten an die „edlen Sechse“ oder an das Genie **Eisners**, unter deren oder unter dessen Tätigkeit der Aufschwung sich vollzogen habe.

Die „**Bremer Bürgerzeitung**“ meint dazu: „Man merkt die Absicht! Viel charakteristischer für die gegenwärtige Situation in der Partei wäre die Bemerkung gewesen, daß auch nach und trotz Ausscheiden der „edlen Sechse“ nicht etwa der vielfach von den Freunden der ausgeschiedenen Redakteure angenommene Rückschritt, sondern im Gegenteil ein sprunghafter Fortschritt in der Abonnentenziffer des „Vorwärts“ zu verzeichnen ist.“

Wenn man denselben Maßstab anlegt, wie die Parteiblätter, deren Verhalten wir gleich unserem Bremer Organ zu kritisieren genötigt werden, könnte man zu diesem Schluß kommen. Wir haben ihn beiläufig nicht gezogen.

Aber die Aufschwungs-Perioden des „Vorwärts“ knüpfen sich nie an den Eintritt oder Austritt irgend einer Person, immer dagegen an wichtige politische Ereignisse, die Massen aufrührende Vorkommnisse an! — Die Verhältnisse sind mächtiger als die Menschen!

An den Eintritt des Genossen **Bloch** in die „Vorwärts“-Redaktion knüpft ein Parteiblatt folgende Bemerkungen:

„Da Genosse **Bloch** von der „Sächsl. Arbeiterzeitung“ mit zu den offensten und tapfersten Kritikern des Parteivorstandes bei der „Vorwärts“-Affäre gehörte, so begrüssen wir sein Eintreten in die Redaktion unseres Zentralorgans ganz besonders. Er dürfte diesen Eintritt nach seinem ganzen bisherigen Verhalten nicht vollzogen haben, ohne seine Bedingungen zu stellen.“

In der Tat hat Genosse **Bloch** natürlicherweise keinerlei Bedingungen für seinen Eintritt in die „Vorwärts“-Redaktion gestellt, sondern lediglich sich davon überzeugt, daß die Angriffe gegen Parteivorstand und Berliner Funktionäre aus Anlaß des bekannten Konfliktes unbedeutend waren. —

Jeder Genosse, dem die Partei höher als die Person steht, freut sich darüber, wenn über solche wenn auch historisch notwendigen, so doch nichts weniger als angenehmen Vorkommnisse langsam das Gras zu wachsen beginnt. Bei gewissen Parteiblättern ist das offenbar nicht der Fall. Wenn man ihnen dann mit raschem Wesen ihre dufenden Produkte wieder zuehrt, beschweren sie sich über schlechte Umgangsformen. Deswegen muß man gelegentlich feststellen, wo die Parteistänker und Krakeeler zu suchen sind!

Nachmals Richard Hamm.

Richard Hamm, alias Stern, auch Wilson genannt, sendet uns folgende Schriftstück als „Verichtigung“ im Sinne des Preßgesetzes: „An die Redaktion des Vorwärts.“

Ersuche Sie auf Grund des Gesetzes über die Presse § 11, um folgende Verichtigung und zwar an der selben Stelle, an welcher Sie, Dienstag den 9. Januar 1906, in N. 8 Ihrer Zeitung, betreffenden Artikel:

„Achtung! **Richard Hamm**, auch Stern genannt, ist wieder in Berlin.“

Es ist unwahr, daß ich jetzt wieder in Berlin bin. Wahr ist, daß ich seit 1899, in Berlin bin.

Es ist unwahr, daß ich als lästiger Ausländer je aus Preußen ausgewiesen wurde.

Es ist unwahr, daß ich in Riesa i. S. war.

Es ist unwahr, daß meine Verurteilung, beim Parteivorstand, Geld für mich loder zu machen, mißlang.

Wahr ist, als ich, nach Neujahr 1891 von Würzen zurück kam, 30 Mark vom Kassierer. (Webel) bekam.

Es ist unwahr, daß ich einen Brief des Bononer Korrespondenten der Autonomie der Polizeikommission von Wobungen vorlegte, in welchen die Bitte sein sollte, sie sollen doch jetzt Dynamit nach Berlin schicken.

Es ist unwahr, daß ich Postspindelien geleistet habe.

Es ist unwahr, daß ich Leute zu überreden suchte, bei der Fabrikation von Bomben behülflich zu sein, ich werde alles bezahlen.

Es ist unwahr, daß im Jahre 1897 beim Ottafinger Bezirksgericht in Wien, auf eine Klage von mir, gegen den Schlosser **Orandi**, meine Vergangenheit aufgerollt wurde.

Wahr ist, daß auf meine Klage bei obgenannten Gerichte, gegen **Orandi**, nachdem letzterer den Deutschen Abgeordneten **Wilhelm Liebnecht** als Zeugen laden ließ derselbe aber ein Schreiben an das Bezirksgericht sandte, in welchen Liebnecht betonte nichts zu wissen, wurde die Klage durch die Abbitte **Orandi**, von mir zurückgezogen.

Berlin den 12. Januar

Richard Hamm
Güttler.

Ersuche nochmals diese Verichtigung, auf Grund des Preßgesetzes in Ihrer nächsten Nummer aufzunehmen.“

Die vorstehende Zusendung haben wir wortgetreu aufgenommen, zumal sie geeignet ist, den **Richard Hamm** zu charakterisieren:

Selbstredend sind sämtliche von uns gebrachten Mitteilungen durchaus zutreffend: Der Polizeialtkorrespondent **Richard Hamm** hat uns nach dem Erscheinen unseres Artikels aufgesucht und gebeten, ihm die Gründe zu sagen, weshalb der „Vorwärts“ jetzt wieder an ihn erinnere. Auch ein Verbrechen verjähre doch, was er denn jetzt wieder getan haben solle, er halte sich jeglichen Vereinen fern usw., es sei wohl die Veröffentlichung im Hinblick auf den 21. Januar erfolgt usw. Natürlich lehnten wir ab, mit ihm uns über die Gründe der Veröffentlichung zu unterhalten. Er drohte dann mit einer Verichtigung und weiteren Schritten. Diese Drohung hat er nun wahr gemacht. Daß er ein Polizeialtkorrespondent war, gab er in einem Atemzuge zu, um mit dem nächsten sein Eingeständnis mit der Frage zu befreiten: „Wie wollen Sie denn das beweisen?“ Natürlich schüßten wir uns nicht veranlaßt, Hammes Neugierde zu befriedigen. Aus der Unterredung entnahm auch Hamm, daß uns keine Anwesenheit in Berlin und Umgebung seit Jahren bekannt ist. Er wußte anfänglich in Steglitz. Wir wollen ferner, da er sich in seinem Schreiben als Gärtler bezeichnet, mitteilen, daß **Richard Hamm** seit einigen Jahren als Korbweber tätig ist. Zuletzt war er bei der Firma **Erbsi** u. Co. beschäftigt. Dort hörte er kurz vor dem Erscheinen unseres erinnernden Artikels auf. Hamm gehört der gewerkschaftlichen Organisation nicht an, weil er von ihr nicht aufgenommen wurde. Wiederholt ist er in letzter Zeit durch sein Auftreten aufgefallen. Er liebte es zum Beispiel, hervorzuheben, daß die Anstreicher nicht scharf genug vorgingen usw. Etwa 14 Tage vor dem Erscheinen unseres Artikels wurde er infolge seines Verhaltens aus einem Lokal hinausgeschickt. Hamm besitzt auch einen kleinen Zigarrenladen im Nordosten.

Nachmals: Achtung vor Hamm!

Einer von den alten Garde wurde dieser Tage in **Crimmitschau** zu Grabe getragen. Es ist der Färbereiarbeiter **Karl Fickert**. Von seiner frühesten Jugend an wirkte er für die Partei. Schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in den Anfängen der Arbeiterbewegung, zählte **Fickert** zu den Kämpfern. Von Haus aus arm, hat sich der lang entlohnte Färbereiarbeiter sein Leben ähnerst kümmerlich durchschlagen müssen. Trotz alledem hat er sich immer betätigt. Nichts konnte den stillen, bescheidenen Genossen zurück-schrecken. Während der ganzen gefahrvollen Zeit des Sozialisten-gesetzes stellte er seinen Mann. Wenn es irgend ein Flugblatt zu verbreiten gab, wenn es der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ unter den Arbeitslosen galt, wenn es galt, dieses in Listen nach **Crimmitschau** kommende Parteiorgan in die verschiedensten Teile Deutschlands zu versenden oder sonst der Polizei ein Schnippchen zu schlagen; immer war **Fickert** dabei. Er war kein Redner. Nur stehend brachte er wenige Worte hervor. Aber als im Jahre 1884 die damals noch sehr schändlichen Färbereiarbeiter und die Hilfsarbeiterinnen **Crimmitschau** in den Streik gingen, ließ er sich widerpruchslos auf Wunsch der Genossen zum Leiter der zahlreichen Streikversammlungen wählen. Nützlich ging er den Streikenden voran, nicht achtend der polizeilichen Schikanen, und tat seine Pflicht, so gut er es konnte. Seit Mitte der 90er Jahre hinderte den geplagten Proletarier Krankheit, sich in der Weise zu betätigen. Aber wenn irgend etwas los war, da stand der arme und nun kranke **Fickerts-Karl** bescheiden abseits und horchte gespannt, was die Genossen erst beschließen möchten. Nur ist der brave zu Grabe getragen, aber die alten **Crimmitschauer** werden den liebenwürdigen Genossen nicht vergessen. Er war einer von denen, deren Arbeit sich öffentlich nicht bemerkbar macht, die in stiller Agitationsarbeit Tag für Tag seit Beginn der Arbeiterbewegung ihre Pflicht gewissenhaft getan haben. Ihre feinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eid gegen Eid.

Genosse **Fride**, der frühere verantwortliche Redakteur der **Dortmunder „Arbeiterzeitung“** hatte sich am Donnerstag vor der **Dortmunder Strafkammer** wegen angeblicher Verleibung **Essener** Polizeibeamten zu verantworten. Die Verleibung soll geschehen sein durch einen Gerichtsbericht von der **Essener Strafkammer**, den Genosse **Fride** unter Quellenangabe einem bürgerlichen Blatte, dem **Essener „Allg. Beobachter“** entnommen hatte. In dem Bericht war die Aussage des damaligen Angeklagten, eines Arbeiters, objektiv wiedergegeben, welche dem Sinne nach lautete, er sei von den Polizisten auf der Polizeiwache mißhandelt worden. Ueber die erlittenen Verletzungen hatte sich der Mann ein ärztliches Attest verschafft. Die Polizisten bestritten damals die Mißhandlung und der Angeklagte wurde wegen Widerstand usw. verurteilt. Durch die Wiedergabe der Aussage des Angeklagten in dem Bericht fühlten sich die Beamten beleidigt; sie stellten deshalb Strafanklage gegen **Fride**. Wegen den Redakteur des „Allgemeinen Beobachter“ stellten sie ebenfalls Strafanklage; das Verfahren schwebt aber noch. In diesem Prozeß, in dem übrigens schon mehrere Termine stattgefunden haben, traten nun neben den Polizisten auch der damalige angeklagte Arbeiter als Zeugen auf. Der letztere befuhr ganz bestimmt, daß er von den Polizisten durch Schläge gezwungen worden sei, das „Vater unser“ und das „Ave Maria“ zu beten, während die Polizisten unter Eid bestritten, den Mann angerührt zu haben. Das Gericht glaubte den Aussagen der Polizisten und verurteilte **Fride** zu 100 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt. Bezüglich des Arbeiters nahm das Gericht an, daß er sich seine Verletzungen bei einer früheren Prügelei zugezogen habe.

Aus Industrie und Handel.

Zur Erinnerung.

Technische Verhältnisse, wie die in unserer gestrigen Nummer vom Kohlenmarkt besprochenen, herrschen zurzeit auch wieder auf dem Eisenmarkt. Die Preise werden höher und höher gedrückt, dabei erwecken die verschiedensten in die Presse lancierten Mitteilungen den Anschein, als ob die Hochofenindustrie kaum in der Lage sein werde, in der nächsten Zeit allen Anforderungen zu genügen. Es wird damit eine Stimmung erweckt, wie man sie auch 1900 so trefflich zu schüren und — auszunutzen verstand. Bei den Werken regnete es große Aufträge zu Rekordpreisen. Hauptächlich war es die Mitteilung des **Roheiseninhalts**, daß die gesamte Produktion auf längere Zeit bereits eingefordert sei, die Abnehmer zu langfristigen Deckungen zu veranlassen. Glücklicherweise schickte der Verbraucher so von dieser Seite vor Kalamitäten geschützt, da stellten sich die Verlegenheiten von der anderen Seite ein: man hatte **Roheisen**, aber keine Aufträge; die Spezifikationen der Händler, auf die man gerechnet hatte, blieben aus. Viele Werke waren gezwungen, große Posten des teuer eingelaufenen **Roheisens** zu bedeutend niedrigeren Preisen wieder abzugeben, um selbst den Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Andere Unternehmer verweigerten die Übernahme der vertraglich abgeschlossenen Mengen. Die liefernden Werke stellten die Posten aber zur Disposition, es kam zu Zwangsverkäufen zu Klagen gegen die betreffenden Werke auf Zahlung der Differenz zwischen den bei den Verkäufen erzielten Summen und den Vertragspreisen. Von diesen Prozessen schweben noch einige. In einer Sache hat das Oberlandesgericht in Hamm dieser Tage ein Urteil gefällt. Es handelt sich um die Klage des **Vergischen Gruben- und Hüttenvereins** in **Hochdahl** gegen die Firma

Hunte u. Elbers in Hagen. Die Firma Hunte u. Elbers hatte eingewandt, daß ihr durch die für 1900 ausbedungene Haussellkaufel und die feinerzeit gemachte Streichung an den für 1900 abgehandelten Mengen ein größerer Schaden seitens des Syndikats zugefügt worden sei. Die Kammer für Handelsfachen in Hagen hat ersteren Gegenanspruch für berechtigt angesehen und den Vergifteten Gruben- und Hüttenverein in Hochdahl mit der Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht in Hamm dagegen hat das Urteil erster Instanz aufgehoben und die Firma Hunte u. Elbers verurteilt, den oben erwähnten Preisunterschied zu bezahlen.

Mit diesem Urteil ist auch das Verfahren, Nachlieferungen zu verweigern, als rechtlich einwandfrei sanktioniert. Die Syndikate können zu ihren Gunsten Verträge brechen, die Abnehmer müssen die drückendsten, unter äussersicheren Umständen eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Der Koloß auf — Pump! Das muß man den russischen Finanzdiplomaten lassen, in einer Beziehung sind sie modern. Das Pumpen verstehen sie aus dem H. Sie fähren sich zunächst mit einer kleinen Schuld ein, in der Erwartung, der Kreditgeber werde den Kunden nicht gern zur Konturrenz laufen lassen. Mit solchen Geschäftsmagazinen fallen die meisten kleinen Krämmer herein. Und Ausland scheint die meisten europäischen Staaten zu den „weitläufigen“ Gläubigern zu zählen. Demnach soll eine neue 400 Millionen Rubel-Anleihe aufgelegt werden. Das als Sicherheit hierfür fürzlich erlassene Garantiefgesetz halten die Käufer jedenfalls selbst für nicht zugkräftig genug, es ist ja schließlich auch nur eine Sicherheit als wie wenn Kreditaktien als Deckung gegeben werden. Nun wollte man wohl den Appetit etwas reizen durch ein jetzt perfekt gewordenen Vorschlagsgeschäft, das in Paris abgeschlossen worden ist. Antilich wird dazu beauftragt gegeben:

Die französische Bankwelt übernahm die Begebung von russischen Schatzscheinen bis zum Betrage von 266 1/2 Millionen Frank — 100 Millionen Rubel zu 5 1/2 Proz. mit einer Kommission von 1 Proz., von welcher letzterer den Käufern der Schatzscheine 1/2 Proz. überlassen werden soll, so daß dieselben auf die Schatzscheine ein Erträgnis von 6 Proz. erzielen. Das Geschäft wird keine Goldausfuhr aus Frankreich zur Folge haben, da das Kapital in den Pariser Banken zur Disposition der russischen Regierung bleibt. Eine besondere Bürgschaft wird nicht geboten.

Sechs Prozent, das ist gerade kein Bombengeschäft — aber: wer nicht mehr als 6 Proz. zahlen will, muß noch nicht ruiniert sein. Auf solche Kalkulation spekuliert man drüben. Darum, Frechheit, siehe mir bei! Zunächst hieß es, Rußland habe für diesen Vorschlag die Einnahmen einer Eisenbahn verpfändet. Prompt, als habe man auf das Austausch solcher Verpfändung gewartet, kam das Dementi. Stolz ließ ich den Spanier! Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärte, Rußland habe kein Pfand gegeben. Das muß imponieren. „Ein Kunde, der es unter seiner Würde hält, ein Sicherheitspfand zu geben — das kommt öfter bei Leuten vor, die nichts mehr zu verpfänden haben — muß noch die im Golde sitzen.“ So denkt der brave Gläubiger und pumpt weiter. Wenn Bitte noch einige solche Tricks ausführt, braucht man sich gar nicht zu wundern, wenn die 400 Millionen Rubel-Anleihe kräftig überzeichnet wird.

Höhere Preise. Das Roheisensyndikat erhöhte die Preise für Gießereirohisen um 8 bis 10 M. Um die Nachfrage stabil zu halten, ist vorläufig aber nicht die ganze Erzeugungsmenge für den Verkauf freigegeben. Ab 30. Juni will das Siegerländer Roheisensyndikat höhere Preise einfordern. — Das Deutsche Gas- und Siederohrensyndikat in Düsseldorf hat die Rabattfrage für sämtliche Sorten Gas- und Siederrohren um 1 1/2 Proz. ermäßigt. Es bedeutet dies einen Preisausschlag von 4 bis 5 Proz.

Ein deutsches Syndikat, das niedrigere Preise stellte als die englischen Waggonfabriken, erhielt den Auftrag auf Lieferung von

440 Wagen für die Stadtbahn in Birmingham. Der Auftrag repräsentiert allein an Arbeitslöhnen 5 Millionen Mark.

Große Bestellungen in Rücksicht auf die neuen Handelsverträge. In welcher außerordentlich starker Weise bei den jetzigen Exportziffern die neuen Handelsverträge bestimmt sind, belegt u. a. folgende Nachricht aus Washington: Der Kabinettssekretär für Ackerbau Wilson hat erklärt, wenn der Kongress nicht schleunigst 135 000 Dollar für eine Vermeidung der Fleischbeschlager bewilligt, so würden für über 50 Millionen Dollar deutsche Bestellungen auf Rind- und Schweinefleisch, welche die Amerikaner noch vor Inkrafttreten des neuen deutschen Zolltarifs auszuführen bemüht seien, wahrscheinlich nicht erledigt werden können.

Flott beschäftigt. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, stellte man auf der in Hagen in Westfalen abgehaltenen Versammlung von reinen Feinblechwalzwerken und einigen gemischten Werken fest, daß die Werke für die nächsten vier Monate ausverkauft und sehr gut beschäftigt sind. Die Versammlung sprach sich für einen Verkaufspreis von 135 Mark pro Tonne, Frachtgrundlage Dortmund, aus.

Überall Preissharaberei. Nach dem „Berliner Tageblatt“ beschloßen die der Hallenser Preisvereinigung angehörenden Braunkohlenwerke ab 1. April die Preise für Bricketts und Brechsteine um 5 Mark per 200 Zentner zu erhöhen, gleichzeitig werden auch die Kohlohlen teilweise um eine Kleinigkeit erhöht werden.

Das Wasser närrt. Die Charlottenburger Wasserwerke erzielten im letzten Geschäftsjahre nach Abschreibungen von 182 830 Mark einen Gewinn von 2 477 054 Mark, woraus eine Dividende von 15 1/2 Prozent, wie im Vorjahre, zur Verteilung gelangt.

Gut geölt. Der Aufsichtsrat der Cello-Wiege-Aktiengesellschaft für Erbdölgewinnung beschloß, bei reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 15 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre in Vorschlag zu bringen.

Russisches Budget für 1906. Ueber das neue Staatsbudget werden durch die Petersburger „L.A.“ folgende Angaben veröffentlicht:

In Ordinarium sind die Einnahmen auf 2 027 838 774 und die Ausgaben auf 2 018 076 550 Rubel festgelegt. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um 9 762 224 Rubel; im Extraordinarium betragen die Einnahmen 2 Mill. und diejenigen aus bevorstehenden Kreditoperationen 451 114 001 und die Ausgaben 492 898 225 Rubel. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben balanzieren mit 2 510 972 775 Rubel. An Einnahmen werden erwartet in runden Millionen: Direkte Steuern 148, indirekte 424, Gebühren 108, Staatsregalien 641, Staatseigentum und Kapitalien 58, Abzahlungszahlungen 35, Ertrag von Ausgaben der Reichsrentei 80, verschiedene Einnahmen 5. Von ordentlichen Ausgaben entfallen in runden Millionen: für Zahlungen für die Staatsschuld 334, für höchste Staatsinstitutionen 5, Schod 29, Hofministerium 18, Auswärtiges 5, Krieg 374, Marine 104, Finanzen 342, Handel und Industrie 37, Agrarwesen und Landwirtschaft 36, Inneres 181, Volkswirtschaft 44, Verkehrswege 477, Justiz 52, Reichskontrolle 9, Reichsgesundheitswesen gegen 2. Außerordentliche Ausgaben und mit dem russisch-japanischen Krieg verbundene Ausgaben 405 375 775, Ausbau von Eisenbahnen 42 335 250, Unterstufungen an die Bevölkerung der von Mithwas betroffenen Gouvernements 30 Millionen, Darlehen zur Wiederherstellung der Rappthawerke 15 Millionen, Darlehen für Begebauunternehmungen 155 200.

Flottenkoffer als Angel für Schutzpolitik. Zur Frage des britischen Reichszollverbandes erklärte der Schatzsekretär Hylop gestern abend in einer Rede, die Regierung von Natal wünsche Jolligung für die südafrikanischen Industrien, verbunden mit Vorzugsbehandlung britischer Erzeugnisse, einerlei, ob aus Großbritannien selbst oder aus den Kolonien stammend. Er würde wünschen, daß

im ganzen britischen Reich ein Zoll von 5 Proz. auf ausländische Waren erhoben werde, dessen Erträgnisse zum Unterhalt der britischen Flotte zu verwenden wären.

Japan will für die verstorbenen Krieger sorgen. Der japanische Finanzkommissar Takahashi in New York teilt mit, Japan werde binnen kurzem im Zulande Staatsschuldverordnungen in Höhe von 215 Millionen Dollars ausgeben. Die Summe soll zur Verrückung von durch den Krieg entstandenen Ausgaben dienen; 75 Millionen davon sollen zu Verlohnungen für während des Krieges geleistete Dienste verwendet werden. — Das „dankbare“ deutsche Vaterland hat für seine lahmen verkrüppelten Krieger niemals genügend Kleingeld — aber für die Großen reichlich großes.

Eingegangene Druckschriften.

„**Plutus**“. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernbard.) Abonnements einschließlich der Plutus-Beilage vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., Kreuzband 4 M. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.
D. Kalatan. Die Sozialdemokratie und das jüdische Proletariat. 63 Seiten. Buchhandlung Brüder Sushitzky, Wien X, Replerplatz 4.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Sonntag, den 14. ds. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Soeter, Weberstraße 17. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Bericht von der Kalenderverbreitung, 4. Verlesenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 14. Januar, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathhaus, Saal 109, Chingang Adenstraße: Versammlung, Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schulaula, St. Franziskusstr. 6: Vortrag des Herrn Adolf Stern: „Nichts ist und die Biederkeit aller Dinge.“ — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein für Gesundheitschutz des Volkes, Berlin (Moabit). Die Frühpartei am Sonntag, den 14. Januar findet wegen der Flugblattverbreitung nicht statt.
Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (C. D. 29.) Hamburg, Filiale Berlin 10. Sitzung Sonntag, den 14. Januar, vormittags 10 Uhr, bei M. Haber, Stephanstraße 11.

Verein ehemaliger Wägenhüter zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sonntag, den 13. Januar, abends 9 Uhr, findet im Ruffershaus, Kaiser Wilhelmstraße 16a, eine Generalversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand.

Witterungsübersicht vom 12. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer | | | Wetter | Temperatur | | |
|-------------|-----------|------|------------|--------|------------|----------|----------|
| | mm | Wind | Windstärke | | h. u. p. | h. u. p. | h. u. p. |
| Wilmersdorf | 762 | SW | 4 bedekt | 2 | 0 | 1 | —3 |
| Hamburg | 761 | SW | 6 bedekt | 3 | 1 | 1 | —3 |
| Berlin | 765 | SW | 2 bedekt | 2 | 0 | 1 | 3 |
| Königsberg | 768 | SW | 3 bedekt | 2 | 1 | 1 | 9 |
| München | 772 | SW | 4 halb bb. | —2 | 1 | 1 | —4 |
| Wien | 772 | SW | 1 heiter | 1 | 1 | 1 | — |

Wetterprognose für Sonnabend, den 13. Januar 1906.
 Etwas wärmer, teilweise anflarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften nordwestlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 11. Januar. Elbe bei Haffig + 0,90 Meter, bei Dresden — 0,38 Meter, bei Magdeburg + 1,97 Meter. — Uhr bei Strausfurt + 2,30 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,64 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,18 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,70 Meter, bei Frankfurt + 1,61 Meter. — Weichsel bei Braunsdorf + 3,81 Meter. — Warthe bei Posen 0,00 Meter. — Rege bei Hlsh + 1,41 Meter.



Jacques Cohn's



Müllerstr. 182-183 **Wedding** Sellerstr. 35

Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „NORDEN“.

Von den zu unseren berühmten 95 Pfennig-Tagen zum Verkauf gestellten Waren sind noch sämtliche Abteilungen unserer bekannt großen Warenlager reichlich sortiert. Der Verkauf dieser Artikel findet

nur noch kurze Zeit

| | | |
|---|---|---|
| <p>Cheviot schwarz und farbig, reine Wolle . . . Meter 95</p> <p>Karierte Kleiderstoffe für Blusen u. Kinderkleider Frühjahrs-Neuheiten, Meter 95</p> <p>Seiden-Alpakka schwarz u. elfenbein, doppeltbreit Meter 95</p> <p>Ballstoffe crème mit Seidenglanz, doppeltbreit, Meter 95</p> <p>3 Meter Velourbarchent für Blusen und Kleider für 95</p> <p>1 Normal-Herrenhemd Ia Vigogne, verschiedene Größen für 95</p> <p>1 Herren-Futterhose für 95</p> <p>2 Paar Herren-Socken Wolle meliert für 95</p> <p>2 Paar Frauen-Strümpfe Wolle imit., meliert für 95</p> <p>1 Kinder-Trikot in verschiedenen Größen für 95</p> <p>1 Umschlage-Tuch für 95</p> <p>1 Damen-Unterrock aus schwerem Stoff, mit Blende garniert für 95</p> | <p>1/4 Dtzd. Handtücher 48/105 lang, in Drell oder Gerstenkorn für 95</p> <p>1/4 Dtzd. Wischtücher rein Leinen, mit Inschrift, gesäumt für 95</p> <p>2 Rolltücher halbleinen, 80/120 lang für 95</p> <p>1 Tisch Tuch Drell, 100/125 groß für 95</p> <p>2 Meter Inlett 80 cm breit, rot gestreift für 95</p> <p>1 Bettlaken gesäumt für 95</p> <p>1 Meter Dimite Bettbreite für 95</p> <p>1 Dimite- oder Barchent-Jacke mit Steh- oder Umlegekragen für 95</p> <p>1 Barchent-Beinkleid für 95</p> <p>1 Empire-Korsett für 95</p> <p>1 Dtzd. Taschentücher Prima Leinen für 95</p> <p>1 Knabenbluse für 95</p> <p>1 Bettvorleger Perser imitiert für 95</p> <p>1 Damen-Bluse elegant verarbeitet für 95</p> | <p>8 Meter Seiden-Spitze schwarz, 10—15 cm breit für 95</p> <p>9 Meter Tüll-Spachtel-Spitze für 95</p> <p>1 Meter Spachtel- oder Valenciennestoff für 95</p> <p>5 1/2 Met. Valencienn-Spitzen u. -Einsätze für 95</p> <p>2 Meter Seiden-Chiffon doppeltbreit für 95</p> <p>8 Stück Stickerei-Colareis für 95</p> <p>1/2 Zoll-Frd. Excellent-Strickgarn für 95</p> <p>1 Spachtel-Pelerinenkragen für 95</p> <p>9 Meter Stickerei für 95</p> <p>2 Paar Gummi-Hosenträger für 95</p> <p>3 seidene Herren-Krawatten für 95</p> <p>12 Stück Haarbänder für 95</p> <p>1 eleg. Kinderkleid in verschied. Größen für 95</p> |
|---|---|---|

Verkauf eines Fabrik-lagers in Schürzen für Damen und Kinder, schwarz, weiß und couleur, **staunend billig.** 1 u. 2 Stück für **95.**

Trotz des billigen Preises geben wir noch die üblichen **5 % Rabatt** oder **Norden=Marken**.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9979.
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Montag, den 15. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Moabit, bei Peters, Dielestr. 24.

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeitsbericht und Neuwahl der Bezirksleitung. 2. Fortsetzung der Diskussion über die Auslieferung in der Elektro-Industrie. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 NB. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Montag, den 15. Januar 1906, abends 7 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen u. Umgegend

im Lokale von G. Lange, Königs-Wusterhausen, Verlierstraße.
 Tages-Ordnung: 110/13
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. — Zahlreicher Besuch dieser Versammlung wird erwartet.

Zur Beachtung!

In nachgenannten Lokalen wurden neue Jahrestellen errichtet, auf die wir hiermit besonders aufmerksam machen:

- im Restaurant Neumann, N. Weidmstr. 28,
 - Waldowstr. N. Reinholdenborferstr. 40,
 - Burg, SW. Lindenstr. 3,
 - Groß, Schöneberg, Sedanstr. 16,
 - Roos, Tempelhof, Verlierstr. 9.
- Die bisher im Lokale von Obdt. Schöneberg, Weiningerstr. 8, befindliche Jahrestelle wurde nach dem Lokale von Schilling, Schöneberg, Rühlhauerstr. 16, verlegt.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 14. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher usw.

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegierten von der Bürstenmacher-Konferenz. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission und Neuwahl derselben. 4. Branchenangelegenheiten. [77/19] Die Branchenkommision.

Tegel.

Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins

im Lokale von Hob. Schmidt, Schlieperstraße 64.
 Tages-Ordnung: 222/3
 1. Bericht von der Generalsversammlung des Wahlvereins-Verbandes. 2. Offenbericht. 3. Bezirksaufteilung und Wahl zweier Bezirksführer. 4. Gemeindevorsteher-Wahlen und Wahl eines Komitees. 5. Vereinstätigkeiten. — Der wichtigsten Tagesordnung wegen ersucht um zahlreiches Erscheinen.
 Der Vorstand.

Wahlverein der Liberalen für den Wahlkreis Teltow - Zeeskow - Storkow - Charlottenburg.

Sonntag, den 14. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, in der Berliner Anstalt-Brauerei, Hasenheide.

Öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
 „Gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht.“
 Referent: Herr Dr. Theodor Barth. 285/12
 Freie Aussprache. Gäste — Männer und Frauen — willkommen.

Verband deutsch. Gastwirtsgehülfen (Ortsverwaltung Berlin).

Das Lokal „Pracht-Säle des Ostens“ (Inhaber: Gastwirt Kranz) Frankfurter Allee 151/152

ist für organisierte Gastwirts-Gehülfen wegen Nicht-
 anerkennung des kostenlosen Arbeitsnachweises des Verbandes

gesperrt.

Die seitens des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission angebotene Einigung ist, wie bereits im „Vorwärts“ berichtet wurde,

gescheitert.

S. V. F. Braun.

Ausnahme-Angebot!



Während der nächsten Zeit werden zum Verkauf gestellt:
 5000 Stück Werkzeugarten Nr. 990, enthaltend: 1 Bohrwinde nebst 4 Bohrer, 1 Haushammer, 1 Feilzange sowie 1 Laubfähe, nur prima Ware, unentbehrlich für jeden Haushalt, alles zusammen fein auf Karton aufgedruckt, nur 3.— M., sowie 5000 Stück Laubfähegarnturen Nr. 631, enthaltend: 1 Laubfähebogen nebst 12 Stück Laubfägen, 2 Stück Laubfähefeilen, 1 Hänge, 1 Aufraubschäkel, 1 Schraubenzieher, 1 Drillbohr, 1 Laubfähehammer, 1 Laubfähefischchen sowie Laubfähevorsagen, nur prima Ware, alles zusammen fein auf Karton aufgedruckt, nur 2.50 M. Versand gegen Nachnahme, Porto 50 Pf. und Verpackung 20 Pf. für jedes Paket gratis. Kontant zu erhalten, daher kein Risiko.
 Wer verlangt unmont. und postfrei den neuesten Hauptpreis-Katalog mit ca. 1000 Gegenständen über Handhaltungsgüter, Laubfägen und Kerbschnitzerei, Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Weisen, Zigarrenspitzen, Seilen, Harmonikas, Pfeifchen, Uhren, Urketten, Gold- und Silberwaren sowie vielen Neuheiten und geschätzten Artikeln von der bekanntesten und sehr leistungsstärksten Firma:

Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik und Versandhaus Wald bei Solingen. Rotkäppchen.

TUMA-ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.
 Blitz-Schnell
 kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Umhüllt:
 1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
 auch für korpulente Herren passend.
 Dieselben sind von feinen Kapazitäten und Meßenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 570129
 Fahrgeld wird vorgütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Dr. Lell Rosenthaler-Strasse 26, II. Homöopath und Spezial-Arzt für Haut-, Nerven- und Geschl.-Leiden. 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

An das Personal der Bade-Anstalten, Sanatorien und Wasserheil-Anstalten. Sonntag, den 14. Januar 1906, abends 7 Uhr:

Große öffentl. Versammlung in Voigts Ritterstr. Ritterstraße 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Aufgaben der Organisation bezüglich der Arbeitsvermittlung. Referent: Gewerkschaftsleiter Albin Mohs. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Ehrenpflicht aller Kollegen und Kollegen ist es, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. 255/11
 Kein Angestellter darf fehlen.
 Verband der Gemeindegewerkschafter.
 Allen werten Freunden, Bekannten und Parteigenossen empfehle mein Weiß- und Bierschmier-Lokal. In jeder Zeit warme und kalte Speisen. Gut geputzte Bier- 2 Vereinszimmer mit Piano, 40 und 60 Personen fassend, sind noch einige Tage frei. 56882
 Hermann Stamer, Goltzstr. 3, Ziemensstraße 3.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66

Unser Angebot* für Sonnabend, den 13. Januar

„ Montag, „ 15. „ so lange
 „ Dienstag, „ 16. „ Vorrat.“

Kolonialwaren

| | | |
|--|--|---------------------------------------|
| Erbsen klein Pfund 13 Pf. | Bohnen klein Pfund 18 Pf. | Reis Bruch Pfund 14 Pf. |
| Erbsen Viktoria Pfund 14 Pf. | Linsen mittel Pfund 28 Pf. | Reis Rongoon Pfund 17 Pf. |
| Erbsen geschält Pfund 18 Pf. | Linsen groß Pfund 32 Pf. | Reis Java Pfund 21 Pf. |
| Erbsen grün Pfund 14 Pf. | Linsen extra groß Pfund 38 Pf. | Reis Patna Pfund 25 Pf. |
| Erbsen halb Pfund 14 Pf. | Gries gelb Pfund 18 Pf. | Graupen mittel Pfund 17 Pf. |
| Bohnen lange Pfund 20 Pf. | Gries weiß Pfund 16 Pf. | Graupen fein Pfund 17 Pf. |

| |
|--|
| Haferflocken Pfund 23 Pf. |
| Reisflocken Pfund 25 Pf. |
| Hafermehl Knorr Paket 38 Pf. |
| Eier-Nudeln Paket 37 Pf. |
| Faden-Nudeln Paket 37 Pf. |

Gebrannter Kaffee

Unsere Marken sind der vorzüglichsten Qualität wegen allseits bevorzugt.

| | | | |
|------------|----|-----|---------|
| Mischung V | IV | III | II |
| Pfund 78 | 90 | 110 | 130 Pf. |

| |
|---|
| Maccaroni deutsch Pfund 33 Pf. |
| Maccaroni italienisch Pfund 41 Pf. |
| Maccaroni franz. Schwalbe Pfund 43 Pf. |
| Honig in Gläsern, garantiert rein Pfund 1.00 M. |
| Zucker-Honig 10 Pfund-Eimer 2.95 M. |

Wir machen ganz besonders auf unseren **Inventur-Verkauf** aufmerksam. Die Preise für fast sämtliche Artikel an den verschiedenen Lägern sind **derartig ermäßigt**, daß es lohnend ist, von diesem **günstigen Angebot** ausgiebigen Gebrauch zu machen.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Eine Flugblattverbreitung

Auf morgen, Sonntag, in Berlin und den Kreisen Teltow-Beeskow und Niederbarnim vorgenommen werden. Es versteht sich von selbst, daß kein organisierter Genosse bei dieser Arbeit fehlt. Bei jeder Flugblattverbreitung ist die Arbeit eine ganz geringfügige, wenn alle Parteigenossen erscheinen und eingreifen. Ueberläßt man es aber, wie so oft, einer kleinen Anzahl arbeitsfreudiger Männer, die Bezirke zu belegen, so werden diese Freunde überlastet. Das muß vermieden werden. Wir hoffen, daß bei der wichtigen Aktion, welche durch das Flugblatt eingeleitet wird, jedermann, der sich Genosse nennt, zur Stelle ist, dann wird die Verbreitung spielend bewältigt werden. Die Genossen wollen sich an folgenden Stellen einfinden:

- im 1. Kreis bei Seiler, Neue Friedrichstr. 20, Weihnacht, Grünstr. 21, Glaue, Krausenstr. 18, Radtke, Flöndburgerstr. 24, Raetius, Mittelstr. 48, Weifert, Krausenstr. 30, den bekannten Stellen.
im 2. Kreis Schnieber, Admiralstr. 31, Krüger, Raunstr. 54, Dunkel, Simeonstr. 25, Sacharowski, Brandenburgstr. 40, Stramm, Ritterstr. 123, Höfke, Drantenstr. 113/114, Schneider, Sebastianstr. 7, Moschinski, Michaelstr. 9, Biberstein, Adalbertstr. 61, Radtke, Neue Jakobstr. 1, den bekannten Stellen des Ostens und des Südostens.
im 3. Kreis Kausch, Wilsstr. 12, 1. Abt., Winter, Georgenkirchstr. 24, 2. Abt., Züscher, Georgenkirchstr. 48, 2. Abt., Andrich, Hirtenstr. 10, 3. Abt., Wohlfaß, Rosenhaldenstr. 57, Hof, 4. Abt., Birtz, Auguststr. 51, 5. Abt., Wittchow, Elbasserstr. 68, 6. Abt., Weier, Luisenstr. 26, 7. Abt., den bekannten Stellen.
im 4. Kreis
im 5. Kreis
im 6. Kreis

In Teltow-Beeskow und Niederbarnim treffen sich die Genossen an den ihnen schon bekannt gegebenen Stellen. Folgende Orte erschaffen uns um besondere Bekanntheit:

- Nieder-Schönhausen. Flugblattverbreitung am Sonntag, den 14. Januar, 1/2 8 Uhr, bei Düder, Eichenstr. 70. Alle Parteigenossen haben pünktlich zu erscheinen.
Tegel. Vormittags 8 Uhr treffen sich die Genossen im Restaurant Gehlhair, Berlinerstr. 92.
Neuenhagen. Die Ausgabe des Materials erfolgt am Sonntag abend 8 Uhr im Lokal von A. Bänich, Bahnhofstr. 27.
Waldmannslust und Umgegend. Sonntag 8 Uhr für Vorsigtalbe bei Kube; Wittenau bei Müller, Oranienburgerstr. 14; Waldmannslust an der bekannten Stelle; Hermsdorf bei Dümke; Hohen-Neuendorf bei Herrmann, Stolperstraße 6; Schönfließ bei Zimmerer Behrend; Bergfelde bei August Wille. Jeder Ort muß selbst die Kräfte für die Verbreitung am Ort stellen.
Weißensee. Die Flugblattverbreitung für den Ort Weißensee findet am Sonntag früh 1/2 5 Uhr von den bekannten Abteilungslokale aus statt. Für die Verbreitung in den ländlichen Bezirken ist der Treffpunkt morgens 1/2 8 Uhr beim Genossen Schmutz, Königs-Chaussee 38.
Grünau. Die Flugblattverteilung findet vom Lokal des Genossen Franz („Grüne Ede“), Köpenickerstr. 88, aus statt.
Königs-Wusterhausen. Die Genossen werden ersucht, sich am Sonntag an der Flugblattverbreitung recht zahlreich zu beteiligen.
Mariendorf-Mariensfelde. Der Treffpunkt für die sich an der Flugblattverbreitung beteiligenden Genossen ist für Mariendorf bei Reichardt, Chausseest. 16, für Mariensfelde bei Fritz Greulich, Berlinerstraße 78. In beiden Ortsteilen um 1/2 8 Uhr.
Straßau. Die Genossen wollen sich zur Parteiarbeit am Sonntag im Lokale P. Schöpf, Alt-Straßau 17, zahlreich einfinden.
Wilhelmsruh. Achtung! Zur Flugblattverbreitung am Sonntag haben alle Genossen zur Stelle zu sein bei Barth, Prinz Heinrichstraße. Beginn 1/2 10 Uhr.
Pantow. Die Flugblattverbreitung am 14. d. M. findet morgens 1/2 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus statt. Die Genossen, welche nach Zerpenschleuse und Groß-Schönebeck fahren, treffen sich 1/2 8 Uhr morgens bei Wolf, Wollanstr. 28.
Schöneberg. Zu der am Sonntag früh stattfindenden Flugblattverbreitung wollen sich die Parteigenossen in folgenden Lokale einfinden: Lehmann, Rollendorferstr. 30; Schilling, Kyffhäuserstraße 16; Krüger, Vorbergstr. 9; Döring, Merleburgerstr. 7; Döb, Reiningerstr. 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Grise, Siegfriedstr. 3; Reimer, Hohenfriedbergstr. 26; Sellner, Gothenstr. 51; Knobloch, Sedanstr. 53; Hoffmann, Magstr. 25, Ede Ebersstraße; Wago, Wenzelstr. 4.
Trepow-Baumshulenkweg. Die Flugblatt-Verbreitung findet morgen (Sonntag) früh 8 1/2 Uhr von folgenden Lokalen aus statt: für Trepow bei Mohlau, Kiehlhofstraße, Ede Eisenstraße, und bei Preuß (Neu-Tiboli), Neue Krug-Allee 59. Für Baumshulenkweg: 1. Bezirk bei Schäfer, Baumshulenkstr. 7; 2. Bezirk bei Christ, Marienhalerstr. 13; 3. Bezirk bei Wislitz, Baumshulenkstr. 84; 4. Bezirk bei Kleinmager, Baumshulenkstr. 67. Bei der großen Wichtigkeit dieses Flugblattes, ist es Ehrenpflicht der Parteigenossen, sich an der Verbreitung zu beteiligen.

Gerichts-Zeitung.

Formales Recht auf die Spitze getrieben. Nach § 370 der Strafprozessordnung ist, wenn der Angeklagte bei dem Beginn der Hauptverhandlung nicht erschienen und das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt ist, seine Verurteilung zu verurteilen. In außerordentlich rigoroser Weise ist diese Bestimmung in einem Falle am Freitag vom Landgericht II angewendet worden. Der Angeklagte war wegen Körperverletzung vom Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Er war schon einige Zeit vor der Terminsstunde vor dem betreffenden Gerichtssaale erschienen und wartete auf den Aufruf seiner Sache. Als dieser erfolgte, war der Angeklagte nicht gleich zur Stelle. Die anwesenden Jurgen, einschließlich des Verlesers, teilten dem Gerichtshof mit, daß der Angeklagte zur Stelle gewesen sei und sich nur einen Augenblick entfernt habe, um seinen Verteidiger, den Rechtsanwalt Dr. Karl Liebnicht, aus dem Anwaltszimmer herbeizuholen. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Landgerichtsrats Sellwig wartete jedoch kein Wiedererscheinen nicht ab, konstatierte vielmehr, daß der Angeklagte bei

Aufruf der Sache nicht anwesend gewesen und die Verurteilung deshalb verworfen sei. Unmittelbar darauf erschien der Angeklagte in Begleitung seines Verteidigers wieder und Rechtsanwalt Dr. Liebnicht versuchte, unter Vorlegung des Sachverhalts und der sämtlichen Zeugen noch anwesend waren, kurz vor dem Beginn der Verhandlung in den vorigen Stand zu ermöglichen. Es gelang ihm aber nicht, es verließ vielmehr bei der Entscheidung des Gerichts. Der Vorgang erregte in den Kreisen der Anwälte begründetes Aufsehen. R. A. Dr. Liebnicht wird es nun vorbehalten sein, durch einen schriftlichen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand den Versuch zu machen, dem Angeklagten doch den Zutritt zum Gericht zu verschaffen. — In dem außerordentlich seltenen Termine zur Terminsstunde aufruf, so ist es im höchsten Grade unbillig, einen Angeklagten, der zur Terminsstunde anwesend, auch beim Aufruf im Gericht ist, sich nur entfernt hat, weil er glaubt den Anwalt benachrichtigen zu müssen, so wie gehen zu behandeln.

Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Zu lebhaften Erörterungen über den Begriff der Notwehr kam es gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I bei der Verhandlung einer Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Angeklagt war der Maurergeselle Karl Kühne aus Sachsenhausen bei Oranienburg. Am Abend des 17. September fand in dem hiesigen Schanklokal zu Sachsenhausen ein Tanzergnügen statt, an dem auch der Angeklagte mit seiner Ehefrau teilnahm. Ein gleichfalls dort anwesendes Dienstmädchen, Elise Franke, trat dort ihren früheren Liebhaber, den Schiffsbauer Hönow, der mehrmals mit ihr tanzte und sie gern nach Hause bringen wollte. Die Franke lehnte jedoch dies Anerbieten ab und setzte sich an den Tisch des Angeklagten. Als Hönow dann die Franke noch zweimal zum Tanze engagierte, erhielt er jedesmal einen Stoß. Hierüber erregt, rief er der Franke einige Drohungen zu, so daß diese sich fürchtete und den Angeklagten und dessen Frau bat, auf dem Heimwege sich ihnen anschließen zu dürfen. Der Hönow kam hinter ihnen her und rief mit den Worten: „Wah! Weg hier, sonst passiert hier etwas!“ die Franke von dem Angeklagten weg. Es kam zu einem Wortwechsel und zu Tätlichkeiten, die nach dem Zeugnis aller Augenzeugen zuerst von Hönow begonnen wurden. Die Streitenden kamen dann wieder auseinander; Hönow, der angetrunken war, verfolgte aber den Angeklagten und begann wiederum mit Tätlichkeiten, die der Angeklagte zunächst mit einem zugeflossenen Messer abgewehrt haben will. In einem gegebenen Augenblick hat er aber mit dem geöffneten Messer zugegriffen und seinen Gegner durch einen Stich in die Herzgegend so schwer verletzt, daß Hönow sehr bald zusammenbrach und auf der Straße verstarb. — Der Angeklagte betritt seine Schuld und behauptet, daß er sich nur der Angriffe des Hönow zu erwehren bemüht gewesen sei und zu diesem Zwecke das geöffnete Messer vor sich hingehalten habe. Hönow müsse in dasselbe hineingelaufen sein. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten das Schuldig unter Jubilierung mildernden Umstände. Wenn auch zugestanden sei, daß der Angeklagte der zuerst angegriffene Teil war, so sei er doch später in der Erregung über die Tätlichkeiten seines Gegners seinerseits zum Angriff übergegangen und habe dem Hönow vorsätzlich den Messerstoß beigebracht. — Der Verteidiger hielt dagegen die Freisprechung des Angeklagten für unbedingt geboten, da hier ein eintätiger Fall der Notwehr vorliege. Der Angeklagte sei wiederholt von dem Hönow angegriffen worden und wenn er sich schließlich seiner Haut wehrte und mit dem Messer denjenigen zu vertreiben suchte, der ihm nächtlicher Weile auf der Straße den Weg vertrat, so könne er dafür nicht bestraft werden. — Die Geschworenen vernahmten jedoch das Vorliegen der Notwehr, billigten dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten auf die Untersuchungshaft. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.

Verpflichtung des Arztes. Die Frage der Verurteilung zur Ablehnung eines ärztlichen Sachverständigen kam zur Erörterung in einer vor dem Schwurgericht verhandelten Anklage gegen eine Wadefrau wegen Verleumdung gegen § 218 Str.-G.-B. In einer hiesigen Klinik war eine Frau gestorben und der behandelnde Arzt Dr. A. hatte „Verbrechen gegen das Leben“ in den Totenschein geschrieben. Er wurde dann gerichtlich vernommen und gab an, daß ihm die Verstorbenen anvertraut habe, daß sie bei der Angeklagten verstorben habe, die Folgen eines Pleuritides zu bezeichnen. Die Verstorbenen hatte ihm dies nach diesem Jögern anvertraut, weil er ihr gelagte hatte, daß es für die Behandlung und eventuelle Erhaltung ihres Lebens notwendig für ihn sei, zu wissen, welches der Verlauf der Dinge gewesen. — In der schwurgerichtlichen Verhandlung gegen die Wadefrau, die sich energisch gegen die Verurteilung wehrte und behauptete, daß sie mit der Verstorbenen nie etwas zu tun gehabt habe, lehnte darauf der Verteidiger den Dr. A., der als Sachverständiger und Zeuge geladen war, ab. Er begründete dies damit, daß Dr. A. über seine eigene Behandlung nicht als Sachverständiger fungieren könne, andererseits, weil er ihn für befangen hielt, da er Amtsverschwiegenheit zu beobachten habe. Er sei zwar berechtigt, einer Behörde gegenüber auszusagen, es liege aber die Verschwiegenheit im Interesse des Publikums, das sonst Ärzten in kritischer Lage die Wahrheit nicht sagen dürfte, wenn es nicht sicher sei, daß die betreffenden Ärzte das ihnen anvertraute Geheimnis ebenso sorgsam hüteten wie der Geistliche das Beichtgeheimnis, es sei dem, daß sie von der Verschwiegenheit entbunden wurden. Dr. A. erklärte, daß er Verschwiegenheit nur für den Fall ausgesagt habe, daß die Patientin mit dem Leben davon läme, worauf der Verteidiger erklärte, daß ohne besondere Erlaubnis der Arzt nach dem Gesetze ihm Anvertrautes nicht weitergeben dürfe. Der Staatsanwalt beantragte, den Sachverständigen als solchen beizubehalten und ihm die Anwesenheit zu gestatten. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht: Nicht aus dem ersten vom Verteidiger geltend gemachten Grunde, wohl aber aus dem zweiten Grunde ist von der Vernehmung des Dr. A. als Sachverständiger abgesehen. Im öffentlichen Interesse sei der Arzt immerhin zur Verschwiegenheit verpflichtet, eine Entbindung von dieser Pflicht liege nicht vor und deshalb sei der Ablehnungsantrag des Verteidigers begründet. Darin liege kein Ausdruck des Mißtrauens gegen den Arzt, sondern es entspreche nur dem Gesetz. — In der Sache selbst wurde weitere Beweisaufnahme beschlossen und die Angeklagte aus der Haft entlassen.

Der Gerichtsbeschluss entspricht durchaus dem Gesetz. § 300 des Strafgesetzbuchs bedroht Ärzte und Hebammen mit Strafe bis 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten, falls sie „unbefugt Privatverhältnisse offenbaren“. Die Verurteilung tritt nur auf Antrag ein. Die Strafprozessordnung berechtigt im § 52 Ärzte, ihr Zeugnis in Ansehung dessen zu verweigern, „was ihnen bei Ausübung ihres Berufes anvertraut ist“. Danach ist zweifellos ein Arzt berechtigt und unter allen Umständen, falls ihm der behandelte Patient nicht von der Pflicht der Verschwiegenheit entbunden hat, zum mindesten moralisch verpflichtet, sein Zeugnis abzulehnen. Das Zeugnisverweigerungsrecht und die Strafandrohung in § 300 des Str.-G.-B. ist im öffentlichen Interesse zu wahren, damit nicht durch Verbergung von Krankheiten usw. noch größere Missetaten dem Einzelnen und dem Gemeinwesen erwachsen. Das Reichsgericht hat das Zeugnisverweigerungsrecht auch stets anerkannt, aber gemeint, ein Arzt, der von Behörden, z. B. der Staatsanwaltschaft, in Abtreibungssachen befragt werde, handele nicht unbefugt, könne wenigstens annehmen, nicht unbefugt zu handeln. Die Folge dieser Praxis ist ein furcht-

bares Elend vieler Frauen und Mädchen, die sich leider einer „weißen Frau“ anvertraut hatten, dann schwer krank geworden, monatelang in der Charité behandelt sind und aus der Charité auf die Anklagebank kommen. Die Aussagen der Charitéärzte mögen rechtlich zulässig sein, weil den Ärzten das Bewußtsein fehlt, daß die Mitteilung des ihnen Anvertrauten unbefugt ist. Aber zweifellos sind sie berechtigt, das Zeugnis nach § 52 Str.-Pr.-O. abzulehnen. Macht ein Arzt von diesem Recht keinen Gebrauch, so ist es durchaus am Platze, ihn als Sachverständigen abzulehnen. Solcher Arzt zeigt durch die Bereitwilligkeit auszusagen, seine Befangenheit. Auch hier trifft der Mangel einer Wahrung des Berufsgeheimnisses in dem vom Gesetz gewünschten Sinne wesentlich die ärmere Klasse. Die Befragungen der in Abtreibungsprozessen gegen die armen Opfer der Abtreibung auftretenden Ärzte treffen fast ausschließlich minder wohlhabende Mädchen und Frauen, deren Mittellosigkeit sie nötigte, ein Krankenhaus aufzusuchen. Handelte es sich um Wohlhabendere — längst hätte die öffentliche Meinung sich gegen den geringen Umfang des Gebrauchs gewendet, das Zeugnis zu verweigern.

Verfammlungen.

Der Verband der Schneider hielt am Dienstag in Wuggenhagen ein Stabsbesitzung ab und besuchte öffentliche Versammlung ab, woselbst die Quertreibereien der Organisationskommission in der Orts- und Innungs-Krankenkasse des Berufs ausführlich erörtert wurden. Ritter verwies in seinem Referat unter anderem auf die letzten Erfolge des Verbandes bei der Delegiertenwahlen. Nun ist aber auf Grund rechtlich nur wenig stichhaltiger Befürwortungen die am 14. November v. J. erfolgte Wahl von Vertretern zur Generalversammlung der Innungskasse, bei der die Liste des Verbandes siegte, kassiert worden und die Neuwahl auf den 18. Januar d. J. festgesetzt. Ebenfalls sind 28 Proteste gegen die letzte Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse der Schneider, bei welcher die Verbandsliste eine Zweidrittelmehrheit erzielte, bei der Aufsichtsbehörde eingegangen. Ob auch diese Wahlen für ungültig erklärt werden, steht noch dahin. Jedemfalls ermahnte der Referent sowie sämtliche Disziplinschlichter die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß auch die Neuwahlen zugunsten der Organisation ausfallen mögen, damit den Quertreibern des „Reichsverbandes“ gegen die Sozialdemokratie, die hier zweifellos ihre schmutzigen Hände im Spiel haben, gründlich das Handwerk gelegt werde. Folgende Resolution gelangte hierauf zur einstimmigen Annahme:

Die am 9. Januar bei Wuggenhagen tagende öffentliche Schneiderversammlung hat von den Vorgängen, die sich in letzter Zeit in der Orts- und Innungskrankenkasse unseres Gewerbes abgepielt haben, Kenntnis genommen.

Ausgehend von der Erwägung, daß die praktische Durchführung der sozialpolitischen Arbeiterversicherungs-gesetze einen Teil der Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation bildet, macht es die heutige Versammlung jedem Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, sich an den kommenden Vertreterwahlen für die Kassen zu beteiligen.

Die Versammlung richtet im weiteren das Ersuchen an die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft anderer Berufe, ihre weiblichen Angehörigen, die in der Schneiderei beschäftigt sind, auf die Wichtigkeit solcher Wahlen im Sinne der modernen Arbeiterbewegung hinzuweisen.

Des weiteren befahte sich die Versammlung mit der Betriebswerkstättenfrage. Hierzu führte Runge aus, daß auf das Vorstelligwerden der Organisationsleitung hin mehrere Firmen, darunter Beck u. Klappenburg und Thiery u. Siegrand, jetzt Werkstätten errichtet haben. Dagegen hat die Firma Gerson, die bislang eine Werkstatte hatte, ihren Arbeitern zu Weichhausen ganz unermittelt erklärt, daß die Werkstatte mit dem 1. Januar aufgehoben würde und die Schneider eben sehen müßten, wo sie mit der Arbeit blieben. Verhandlungen waren bisher resultatlos. Der Vertreter der Firma hat in ziemlich unerbittlichen Aussetzungen nur leichtsinnig die Wiedereinrichtung einer Betriebswerkstatt für die „nächste Zeit“ in Aussicht gestellt. Demgegenüber verlangte die Organisationsleitung bis zum 15. Januar eine bestimmte Antwort, ob die Firma gewillt sei, die Werkstatte in mindestens ihrer bisherigen Größe bis spätestens zum 1. Februar wieder zu eröffnen. Ein Bescheid ist bisher von der Firma noch nicht eingegangen. Es wurde hierzu nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Vorgängen im Hause Gerson und den hierauf seitens der Organisation getroffenen Maßnahmen. Ferner nimmt die Versammlung Kenntnis von der abgegebenen Erklärung des Vertreters des Hauses Gerson, in kürzester Zeit wiederum eine Betriebswerkstatt einzurichten. Sie faßt diese Erklärung dahin auf, daß das Werkhaus Gerson angefaßt der in nächster Woche stattfindenden Heimarbeitausstellung, in der die Hausindustrie mit ihren übigen Begleiterscheinungen für die Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen wird, eine bedeutend größere Werkstatte, als sie bisher unterhält, mit allen hygienischen Einrichtungen eröffnen wird. Sollte die Firma Gerson der abgegebenen Erklärung nicht nachkommen, so erklären die Versammelten sich schon jetzt bereit, ihre Kollegen bei Gerson mit allen zu Gebote stehenden Mitteln im Kampfe um eine Werkstatte zu unterstützen.

Die Angestellten der südlichen Badeanstalten versammelten sich am Sonntag bei Pait, Dragonerstraße 15, um zu dem Unglücksfall in der Wärbalstraße Stellung zu nehmen. Das Referat hatte Paul Strunz übernommen. Redner führte aus, daß, falls die Deputation resp. der Magistrat nicht baldigst andere Vorkehrungen trifft, diese bedauerlichen Unglücksfälle sich tagtäglich wiederholen können. Der Stadt sei der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie in diesem Falle die eigentliche Schuldige sei. Infolge der Sparmaßnahmen und der Beschäftigung der Badewärter mit allen möglichen und unmöglichen Arbeiten werden derartige Fälle sich wiederholen. Um aber den Vorwurf, der eventuell die Angestellten treffen könnte, zurückzuweisen, sei es ihre erste Aufgabe, der Öffentlichkeit bekannt zu geben, wen in Wirklichkeit die Schuld an diesem bedauerlichen Unfälle treffe. Wäre in der Schwimmhalle neben dem Bademeister noch eine Aufsichtsperson angestellt, wie es in der Charlottenburger Anstalt der Fall ist, so wäre eventuell dieser Fall verhütet worden. In der Diskussion sprach sich ein Redner auch eingehend darüber aus, ob der Todesfall durch Herzschlag infolge des Ertrinkens oder Ertrinkens infolge des Herzschlages eingetreten sei. Mit Herzschlag sei wohl jede Erstickung zu bezeichnen. Er hält es für wünschenswert, wenn uns mal ein Fachmann, also ein Arzt, in einer Versammlung darüber Aufschluß gebe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute am 7. Januar 1906 bei Pait, Dragonerstraße 15 versammelten Angestellten der südlichen Badeanstalten sprechen ihr Bedauern über den Unglücksfall in der Wärbalstraße aus. Sie erklären, daß, falls nicht sofortige Vorkehrungen im Schwimmbadendienst eintreten, derartige Unglücksfälle, die keineswegs das Ansehen der Stadt Berlin fördern, tagtäglich eintreten können. Aus diesem Grunde fordern die Angestellten, daß neben dem Bademeister mindestens drei, statt der üblichen zwei Wärter zum Dienst in der Schwimmhalle ständig herangezogen werden müssen. Aus diesen drei Wärtern ist ein ständiger Posten an den Sprungbreitern noch Kuxter der Charlottenburger Badeanstalt einzurichten. Dieser darf unter keinen Umständen seinen Posten vor erfolgter Ablösung verlassen. Die Aufgabe dieses Aufsichtspostens soll nur einzig und allein darin bestehen, mit dem Bademeister gemeinsam den Uebervachungsdienst des Schwimmbassins zu versehen. Zu anderen Arbeiten darf derselbe auf keinen Fall herangezogen werden. Des weiteren wird

gefordert, daß jeder der Diensthabenden in der Schwimmhalle des Schwimmens sowie in der Rettung Ertrunkener kundig ist. Ferner sprechen die Versammelten ihre Wünsche darüber aus, daß ihnen auf ihre Eingabe vom Mai 1906 bis heute noch keine Antwort zuteil wurde. Die in der Eingabe geforderte Regulierung der Lohn- und Dienstverhältnisse sind von einschneidender Bedeutung und geeignet, die Dienstfreudigkeit und das Pflichtbewußtsein in jeder Weise zu erhöhen. Der Vorstand wird beauftragt, diese Resolution dem Oberbürgermeister sowie den zuständigen Körperschaften zu übermitteln.

Verband städtischer Arbeiter. Die Generalversammlung der englischen Gasanstaltsarbeiter (Sektion IV) tagte am 8. Januar bei Giesing, Wassertorstraße. Prenzlow erstattete den Jahresbericht und erwähnte die erfreulichen Fortschritte des vergangenen Jahres. Von kaum 500 Mitgliedern ist die Sektion auf über 1000 gewachsen und beginnt allmählich eine Macht zu werden, mit welcher die Direktion der J. G. A. rechnen muß. Dadurch, daß man sich Schulter an Schulter mit den städtischen Gasarbeitern stellte und gleichfalls zur Einführung des Gasarbeiter-Kampffonds schritt, ist eine wesentliche Festigung in der Organisation eingetreten. Durch die Organisation wurden im Laufe des Jahres circa 80000 M. von den Profitten der Direktion für Arbeiterlöhne mehr errungen. Leider gibt es aber noch so manchen, der abseits steht und sich durch die andern die Kostanten aus dem Feuer holen läßt. Möge im neuen Jahre noch größerer Eifer entfaltet werden. — Dem Kassierer Sarejka wurde einstimmig Decharge erteilt nach Erstattung des Kostenberichts. Es wurden pro 1906 die Kollegen Palensky, Prenzlow, Sarejka, Wiedermann und Kloepel gewählt. Nachdem noch einige weitere Wahlen vollzogen waren und eine rege Aussprache unter Verschiedenem erfolgte, schloß der Vorsitzende die gut beachtete Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Hus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen von Schöneberg und Umgebung hielt am 8. Dezember seine regelmäßige Vereinsversammlung im Klubhause ab. Herr Schütte hielt einen Vortrag über: „Die Schule von heute“. Dem mit vielen Beifall aufgenommenen interessanten Vortrage erfolgte eine rege Diskussion. In Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß am 28. Januar ein gemüthliches Weihnachtsfest im Klubhaus stattfindet. Anfang des Vergnügens nachmittags 5 Uhr. Eintritt für Damen 10 Pf., für Herren inkl. Tanz 20 Pf. Da der Abend ein unterhaltender zu werden verspricht, bittet der Vorstand um recht rege Beteiligung. Die nächste Vereinsversammlung findet am 12. Februar statt.

Vermischtes.

Einem wichtigen Beitrag zur Kenntnis der Tuberkulose in Berlin, mit besonderer Rücksicht auf die Verbreitung der Krankheit innerhalb der Familien, bietet eine Untersuchung dar, die Professor de la Camp angestellt hat. Die Unterlage dazu bilden die Feststellungen bei den Familien der lungenkranken Männer, die in der Lungenheilstätte am Grabowsee zur Kur waren. Von Interesse sind die Feststellungen über die Verbreitung der Tuberkulose unter den Familienmitgliedern der lungenkranken männlichen Grabowsee-Pfleglinge. De la Camp teilt darüber in der „Deutsch. med. Wochenschr.“ mit: „Untersucht sind 750 Familien mit 2778 Mitgliedern. Aus den 750 Familien wurden 578 Ehefrauen untersucht. Von diesen waren lungenkrank: 204 = 46 Proz., gesund 151 = 26 Proz. anderweitig krank 188 = 28 Proz. Von 1034 untersuchten Kindern waren gesund 188 = 18 Proz., lungenkrank 199 = 19 Proz., skrofals 656 = 63 Proz. Bei der Verteilung der Kinder auf die einzelnen Lebensalter ergibt sich, daß die Zahl der Skrofulösen in den ersten vier Lebensjahren rapid wächst, dann langsam abnimmt, daß die Kurve der Lungenkranken die der Skrofulösen in den späteren Jahren gewissermaßen aufnimmt. Ein Vergleich nun mit den Angaben der lungenkranken Väter in der Heilstätte am Grabowsee, wie sie vom kaiserlichen Gesundheitsamt aus mitgeteilt sind, ergibt eine sehr große Differenz. Es stellt sich eben das Milieu, in das der aus der Lungenheilstätte Entlassene zurückkehrt, gewöhnlich weit trauriger dar, als man bisher annahm.“ Aus den Beobachtungen der Familienfürsorge des Volkshilfsvereins vom Roten Kreuz leitet de la Camp die folgenden Leitsätze über Ergebnisse der Heilstättenkur und Familienfürsorge ab: „Verdienten Anforderungen entspricht der Erfolg der Lungenheilstätten. Man muß sich nur klar machen, daß das Beurteilungsergebnis anders ausfallen muß, je nachdem man dem medizinisch-ökonomischen Standpunkt oder den der Berechnung wiedererlangter Erwerbsfähigkeit wohnt. Auch ist unter Lungenheilstättenerfolg das bleibende günstige Resultat gegenüber Nichtbehandelten zu verstehen. Ein Erfolg liegt nun zweifellos vor. Ein in der Lungenheilstätte behandelter Tuberkulöser lebt durchschnittlich ein Jahr länger, als ein postilimisch behandelter. Man muß sich aber auch sagen, daß die Heilerfolge der Lungenheilstätten, welche die Anfangsfälle aufnehmen und die progressiven ausschließen, kein Kampfmittel gegen die Verbreitung

der Tuberkulose im engeren Sinne sind. Auch sind die Resultate der Volkshilfsstätten, welche rigoros in der Auswahl der Kranken sind, mit denen der Privatheilstätten, die u. a. längere Behandlungsdauern bieten können, ohne weiteres nicht vergleichbar. Die Tuberkulose ist eine Wohnungsfrage. Kubner hat gezeigt, daß die Anzahl ungenügender Wohnräume prozentual eher zugenommen hat. Wohllich besonders ungünstig sind die aus der Lungenheilstätte heimkehrenden Unverheirateten (Schlafburdenwesen) gestellt. Als ein wesentliches Kampfmittel gegen die Tuberkuloseverbreitung hat man stets den praktischen Sursus, die hygienische Erziehung in der Lungenheilstätte erachtet. Oft muß aber dieses erzieherische Moment illusorisch werden, wenn die Wohngelegenheit und die schlechtere pekuniäre Lage der Familie während des Lungenheilstättenaufenthalts des Ernährers eine scharfe Differenz zwischen hygienischem Wollen und Können schafft. Die therapeutischen Einrichtungen für tuberkulöse Kinder (Kinderheilstätten usw.) genügen zur Zeit nicht. Wenn man gelangt hat, die Lungenheilstätten für Erwachsene genügend einzuweisen, so ist dies aus relativen Gründen richtig. Absolut stehen auf das Jahr nur etwa 32 000 Betten für etwa 100 000 Tuberkulöse zur Verfügung; aber die Mittel sind für die Wohnungsfürsorge nötiger, auch ist die Unterhaltung weiterer Heilanstalten sozialökonomisch schwierig. Gewiß kann die Anzeigepflicht für Tuberkulose die Quantität und Qualität des Heimbodes erst richtig einschätzen lehren, auch erst die beste Verteilung der Kampfmittel ermöglichen. Als Schlüsseljahr ist zu normieren: Die Bekämpfung der Tuberkulose muß sich unter Weiterverfolgung der therapeutischen Erfolge (Heilstättenbehandlung) in erster Linie der Familien- und Wohnungsfürsorge zuwenden.

Ueber ein Brandunglück in einem Hotel in Minneapolis (Amerika) liegen folgende Meldungen vor: Das Hotel „West House“ in Minneapolis ist das größte westlich vom Mississippi und es galt für feuerfest. Die Mehrzahl der Gäste schlief noch, als man das Feuer entdeckte, und es entstand eine furchtbare Panik. Die Korridore waren so mit Rauch gefüllt, daß viele Leute unfähig waren, die Ausgänge zu finden. Diejenigen, die die Fenster erreichten, verloren dort vollständig ihre Ueberlegung. So sprangen beispielsweise zwei Männer aus Fenstern des 7. Stockwerkes. Sie waren natürlich auf der Stelle tot. Es geht aus den Schilderungen des Brandes hervor, daß die Rettungsanstalten an dem Hotel keineswegs für den Notfall genügt. Eine Familie, die in dem obersten Stockwerk übernachtete, konnte, trotzdem sie alle Bettücher, die zur Verfügung waren, aneinander band, die am Hause angebrachten permanenten Rettungsleitern nicht erreichen, weil diese Leitern tief unter den obersten Stockwerken aufhörten. Diese Familie wurde durch einen Feuerwehrmann gerettet, dem es gelang, mit einem Rettungsseil bis in das oberste Stockwerk zu dringen. Mr. William Davidson, der amerikanische Konsul für Rußland in der Mandschurei, wurde bewußlos in seinem Schlafzimmer gefunden. Sein Zustand ist bedenklich. Einer der Feuerwehrhauptleute fand in seinem Versteck ein tropisches Ende. Er wollte eine Frau auf der Rettungsleiter hinabtragen, als die Frau in ihrer Angst verlor, sich an einer Fensterbank anzuklammern. Der Offizier verlor dadurch das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf die Straße, wo er tot liegen blieb. Ein anderer Feuerwehrmann riß die Frau gewaltsam los und rettete sie.

Eine Warnung an deutsche Arbeiter vor der Auswanderung nach den Südstaaten der nordamerikanischen Union erläßt die „New Yorker Volkszeitung“ und ersucht die deutsche Parteipresse, von der Warnung Notiz zu nehmen. Die Südstaaten haben schon häufig versucht, den Strom der Einwanderung nach ihren Gebieten zu lenken; sie streben nach einer kräftigen Entwicklung ihrer reichen Hülfquellen und brauchen guten Kulturbürger. Man hat vor einiger Zeit versucht, die in Massen in New York landenden Italiener zu bewegen, nach dem Süden zu gehen. Teilweise glückte es, und zukünftig will man italienische Einwanderer gleich nach südlichen Hafenstädten bringen. Die Italiener sind aber den Kapitalisten der Südstaaten noch nicht die rechten Elemente, denn die Erfahrung lehrte, daß die Italiener es häufig vorzogen, sobald sie die Mittel besaßen, sich auf eigenen kleinen Farmen abzumühen, als in den Fabriken sich zu plagen. Sehr gern würde man es sehen, wenn ein Strom deutscher Einwanderer nach den Südstaaten gelenkt werden könnte. Ueber die Chancen, die deutsche Arbeiter dort haben würden, sagt die „New Yorker Volkszeitung“: „Im Süden dieses Landes bilden die Neger in der Hauptfrage die arbeitende Klasse. Alle ungelerten Arbeiter, die aus Deutschland etwa nach dem Süden kommen, haben mit den Negern in Konkurrenz zu treten. Die Neger aber sind derart bedürftig, infolgedessen auch derart niedrig für ihre Arbeitskraft bezahlt, daß selbst die bedürftigsten italienischen Arbeiter nur sehr schwer mit ihnen konkurrieren können, viel weniger die deutschen Arbeiter, deren Lebenshaltung mindestens in etwas eine höhere geworden ist. — Was nun die gelehrten deutschen Arbeiter, die Handwerker usw. anlangt, so ist auch diesen die Auswanderung nach dem Süden nur dringend abzuraten. Die Industrie ist allerdings im Süden im Aufschwung begriffen, aber Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen sind dort bei weitem schlechter als in den Staaten des Nordens und des Westens. Besonders Textilarbeiter, die man mit allen möglichen Mitteln nach dem Süden zu locken versucht, haben weit schlechtere Bedingungen, als z. B. in den Neu-Englandstaaten, wo es damit übrigens auch nicht zum besten bestellt ist. Gewoße die Textilarbeiter haben im Süden mit der ausgedehntesten Frauen- und Kinderarbeit zu kon-

furrieren, die naturgemäß die Löhne auch der gelehrten männlichen Arbeit auf ein Minimum herabdrücken. Nicht weniger als 60 000 Kinder unter 14 Jahren sind in den Fabriken des Südens an der Arbeit und zwar von zehn bis vierzehn Stunden täglich.“ — Aus diesen Darstellungen unseres New Yorker Parteiblattes kann man ersehen, daß die Warnung wohl am Platze ist.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-65 pr. 100 Pfund, Ia 54-60, IIa 48-52, IVa 40-45. Kalbfleisch Ia 82-90, IIa 70-80, IIIa 66-68, Hammelfleisch Ia 61-74, IIa 52-62, Schweinefleisch 74-76, Rotwild 700-48 Pf. Gänse Stück 2,90-3,20, mittel 2,00-2,80, Raminchen Stück 0,75-0,90, Hühner pro Stück, alte 1,50-2,25, junge Ia 1,00-0,75, IIa 0,60-0,90, Töbchen, junge 0,90-0,90, alte 0,90-0,90. Enten junge 0,90-0,90, Gänse Ia 0,65-0,68, IIa 0,58-0,63, russische 0,54-0,58 M. Schellfische 19-23 M., Hühner 17-30 M. pro 100 Pfd. Gänse 90-114 M. Schlei unsortiert 109 M. Kofe, groß 0,60, mittel 1,01-1,02, klein 0,90, Böhnen 40-52 M., Karpfen um 74-75 M., Rache 173. Schottische Vögelringe (neuland) 36-38 M. Eier, Schod 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 117-120, IIa 114-117, IIIa 110-114, abfallende 90-90. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,20, Weiße 0,90-0,90, kleine 0,90-0,90, runde weiße 1,50-2,00. Birnsteif pr. Schod 7,00-12,00, Weißstoll 7,00-10,00, Kartoffel 6,00-10,00, Kohl 14-17 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Sie bitten bei jeder Anfrage eine Zeile (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementszahlung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

C. P., Mülkerrage. 1. Den Wunsch der Polizei, daß Sie aus dem anhaltenden Staatsverbanne aufhören, haben Sie nicht zu erfüllen. Sie bleiben Verbannte und Anhaltener. 2. Ja. 3. Der Antragsteller. — **G. Z. 39.** Ist gestattet. — **W. S. 111.** 1. Die Möglichkeit liegt vor. 2. Fragen Sie direkt an. — **W. S. 300.** Es kann Auflage wegen Betrugs und Teilnahme am Betrug erfolgen. — **W. S. 1879.** 1. Berufung liegt nicht vor. 2. u. 3. Nein. — **G. S. 3307.** Eine Schadenersatzklage erscheint nicht aussichtslos. — **B. S. 47.** Ja. — **W. M. 105.** Lehnen Sie die Zahlung ab und lassen Sie es auf eine Klage ankommen. — **W. S. 5.** 1. Die Judikatur über die Frage, ob und wann Bierfahrer Handlungsgeldern sind, finden Sie Seite 84 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterblatt“. 2. Wenn nichts vereinbart ist, haben Handlungsgeldern eine Kündigungsfrist von 6 Wochen zum Quartalsanfang. — **W. S. 44.** Diese schließliche Bezeichnung ist uns nicht bekannt. — **W. S. 77.** Die Höhe richtet sich nach dem Grade der Unterlassungsbedürftigkeit des Vaters und nach der Höhe des Einkommens des Sohnes. — **G. S. 200.** Ja, soweit nicht ärztliche und Massensverbandsvorschriften entgegenstehen. — **G. S.** Für die Überschuldungsfrage ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Wohnsitz des Ehegatten liegt. Dem Ehegatten hat ein Scheineintrag beim Amtsgericht voranzubringen. Beim Konkursgericht ist Vertretung durch einen Anwalt erforderlich. Anwaltsrechtsgelände und Darlegung des Ganzen finden Sie Seite 192 und 224 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterblatt“. — **Lehrer V., C. A. 66.** Wohnungsbeschäftigung muß der Mieter dem Wirt nach erfolgter Kündigung gestatten. Ist im Vertrag keine bestimmte Zeit vereinbart, so ist angemessene Zeit zur Beschäftigung zu gewähren. In Berlin und Umgebung haben Gerichte die Beschäftigungszeit von 9 bis 6 als angemessene erachtet, Sonntags von 12 bis 2 Uhr. Insofern kann in jedem Streitfall vom Gericht auch anders entschieden werden. Weigerung der Beschäftigungsgestaltung macht Schadenersatzpflichtig. — **W. S.** Die Eidesleistung kann begehrt, die Unfallschaden aber nicht geltend gemacht werden. Durch die Eidesleistung verlieren Sie keine Rechte. — **W. M. 100.** Ein Ausländer (Nichtdeutscher) hat sich beim Naturalisationsamt in Berlin an das Polizeipräsidium zu wenden. Ein Recht auf Naturalisierung hat er nicht. — **Mutterhaus 100.** Ihre Anfrage ist ohne Rücksicht in den Klagen nicht zu beantworten. — **W. M. 01.** Gest aus Ihrem Vertrage nichts Gegenständliches hervor, so haben Sie das Recht, auf Aufhebung des Vertrages zu klagen, wenn die Reparaturen nicht innerhalb einer von Ihnen zu bestimmenden Frist vorgenommen werden und Sie gedroht haben, nach Ablauf der Frist eventuell zurückzutreten. — **W. S. 1000.** 1. Wenn es formgerecht ist, ja. Anleitung zu formgerechten Testamenten finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 2. Selbst aufbewahren genügt. 3. Nein. — **W. S. 58.** Steht der Inhalt Ihres Vertrages nicht entgegen, so bafst der Wirt. — **W. M. 101.** 1. 2. 3. Gr. Lichterfelde. Verspricht in die Kasse nicht, falls nicht die Statuten Gegenständliches belegen. — **W. A. 18.** Charlottenburg. 1. Falls nichts Gegenständliches aus dem Vertrage erhellt, ist der Wirt schadenspflichtig. 2. Ja. — **G. S. 28.** 1. Nein. 2. Nein. Wollen Sie, so bezeichnen Sie sich als Habitantin oder als Unverheiratete. 3. und 4. Nein. 5. Geburtsurkunde und, falls Sie nicht 21 Jahre alt sind, Genehmigung Ihres Vaters. — **G. S. 1.** Als Grund zur vorzeitigen Aufhebung des Vertrages würde das von Ihnen Vorgetragene schwerlich anerkannt werden. Wehr Ansicht auf Erfolg hat eine Klage auf Beilegung der Wirtshände und auf Schadenersatz. — **W. S. 100.** Ein eigenständiges, formgerechtes Testament genügt. Beispiele finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. Ihr Steifund muß von Ihrer Frau, Braut oder nicht von Ihnen als Erde eingelegt zu werden. — **Grieger.** Leider ist das Geld für Sie verloren: der Beamte handelte nach Vorschrift. — **W. S. 125.** 1. Nein, klagen Sie auf Beilegung. 2. Der Hauswirt und sein Bruder. — **Zimmerling.** Eine Klage ist innerhalb 2 Jahren zulässig. Ihr Erfolg hängt davon ab, ob das Gericht Zustimmung auf Ihrer Seite annimmt.

Theater.
Sonnabend, 13. Januar.
Anfang 7^{1/2} Uhr:
Opernhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. 655 von Ver-
richtungen mit der ersten Hand.
(Anf. 7 Uhr.)
Neues Opern-Theater. Ge-
schlossen.
Deutsches. Der Kaufmann von
Venedig.
Berliner. Edles Blut.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Anfang 8 Uhr:
Weines. Schänenfeld.
Nachmittags 3 Uhr: Hamlet.
Leipzig. Olga.
Sailer O. (Wallner-Theater.)
Ueber unsere Kraft.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
städtisches Theater). Hans.
Kleines. Stille-Komödien.
Komische Oper. Die Bohème.
Reitbahn. Der Prinzgemahl.
Trianon. Die Bettelstube.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis ich ein Hans.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und
Gretel.
Carl Weiß. Die lebende Bräute
am Rube.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und
Gretel.
Zentral. Das süße Mädel.
Nachmittags 4 Uhr: Prinzgehren
Goldtraut.
Süssen. Die lustigen Weiber von
Windsor.

Deutsch-Amerikanisches. Er und
Ich.
Metropol. Aus ins Metropol.
Kokino. Die goldene Bräute.
Hollo. Prinzeh Kokino. Spezial-
itäten.
Serrusfeld. Familientag im Hause
Brellstein.
Wintergarten. Oks Reuter. —
Spezialitäten.
Velle-Milance. Der grüne Teufel.
Spezialitäten.
Walhalla. Nach Afrika, nach Ka-
merun.
Jollis Caprice. Soll und Haben.
Nach dem Papstkreuz.
Reichsbahnen. Stuttgarter Sänger.
Vasage. Spezialitäten.
Hanna. Taubenstraße 18/19.
Nachmittags 4 Uhr: Im Lande der
Ritternachtskonne.
Abends 8 Uhr: Am Golf von
Neapel. Im Hölchen um 8 Uhr:
Dr. Donath: Der elektrische
Spannungszustand.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.
Anfang 7^{1/2} Uhr:
Gastspiel der Oper des Theater des
Weltens:
Der Opernball.
Sonntag nachm. 2^{1/2} Uhr: Hamlet.
Abends 7^{1/2} Uhr: Gastspiel der Oper
des Theater des Weltens: Die Fieder-
maus.
Montag: Koan.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Die Wetterfahne.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Neues Theater.
Anfang 7^{1/2} Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Sonntag, Montag:
Ein Sommernachtstraum.
Abends 8 Uhr:
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Zwei Stille-Komödien.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Nachtschlaf.
Abends 8 Uhr:
Hidalla.
Zentral-Theater
(Operette). 4 Uhr. Halbe Preise:
Prinzehren Goldtraut.
8 Uhr: Das süße Mädel.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonntag nachm.: Die Waise aus
Lowood. Abends: Die lustigen Weiber
von Windsor.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Urania Tauben-
str. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Im Lande der Mitternachtskonne.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Hörsaal: Dr. Donath:
Der elektrische Spannungszustand.
Invaliden-
str. 57/62.
Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr: Prinzeh Kokino.
Heraus: Die
erklaßigen Spezialitäten mit
Katsukuma Higashi
Weister der Seidenvorbereitungsschule
Jiu-Jitsu.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner
Lust und Spezialitäten.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr:
Rastplatz 48 Philing

Komische Oper.
Friedrichstr. 104/104a.
Sonnabend, 13. Jan., abends 8 Uhr:
Die Bohème.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei er-
mächtigten Preisen: Die Bohème.
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzäh-
lungen.
Montag zum erstenmal: Der Corro-
glidor.
Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Walter Steiner
Humorist.
Acosta
Kraft-Jongleur.
Buddhas Tafel prolongiert.
14 neue erstklassige Nummern.
Bernhard Rose-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 68.
Montag Sonntag, den 14. Januar,
nachmittags 3 Uhr:
Berliner Droschkenkutscher.
Abends 7 Uhr:
Bummelfreie.
Billet-Borverkauf von 10-1 Uhr.
In Vorbereitung: Der Roland von
Berlin.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Kauschen in all. Räumen gestattet.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Deute zum 75. Male u. folg. Tage:
Der Prinzgemahl.
Seltener Schwanz in 3 Akten von
L. Xantof und A. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkules-
pillen.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Kaufmannstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.
(Kleine Preise.)
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Die lebende Bräute auf Rube.
Morgen und folgende Tage: Die
lebende Bräute auf Rube.
Folies Caprice.
Budapester Posen-Theater
132 Linsenstr. 132, Ecke Friedrichstr.
Zum 118. Male:
Nach dem Papstkreuz.
Vorder: Soll und Haben
u. d. ausgezeichnete Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorder: 132. v. Werthim u. an der
Theaterkassette v. 10 Uhr nachmittags an.
In Vorbereitung: Der Bohemo.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstmaligen:
Ueber unsere Kraft.
(1. Teil.)
Schauspiel von Björnstaerke Björnson.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Nora.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Montag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft.
(2. Teil.)

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hans.
Drama in 3 Aufz. von Max Dreher.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Craquebille.
Die Bäuerin. Abschied vom Regiment.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Montag, abends 8 Uhr:
Nora.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.
Maskenball
des
Zentralverbandes d. Maurer
Zahlstelle Nord.
Sonntag:
Eine Weirat per Dampf.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M.
Nach der Vorstellung: Familienball.

Reichshallen.
Heute:
Stettiner Sänger
Anfang
8 Uhr
Bodenlager
6
Sonntags
7
9

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, guten Mannes, unseres Vaters, des Maurerpoliers
Heinrich Ueberfeld
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, sowie Herrn Prediger Käster für die freigegebenen Worte am Grabe, und seinem lieben guten Meister Belle und Kollegen unseren herzlichsten Dank für die zahlreichen Kränze.
Die tiefbetrübte Witwe
Susanna Ueberfeld, geb. Flobig,
nebst Söhnen.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 6. d. Mts., verstarb infolge Abkühlung unser langjähriges, braves Mitglied
August Maurer.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf - West, Humboldtstr. Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.
257/3
Der Vorstand.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Prank- und Parade-Abend.
Zum 55. Male:
Die neueste und größte Schauwichtigkeit Berlins:
Indien.
Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens.
Ferner: Elefant-Kämpfe.
Sensationell! Sensationell!
Mr. Norton Smith, Amer. berühmtester Pferdebändiger u. a.: Die gefährliche Fahrt durch die Teufelsbrücke bei Rauch und Feuer. — 6 import. arab. Vollbluthengste etc. Sonntag 2 Vorst.

Zirkus
Albert Schumann
Heute Sonnabend, den 13. d. Mts., abends präzis 7 1/2 Uhr:
XVII. Grande Soirée High-Life.
Galaprogramm, u. a.:
Neu! Die verrückte Starowane
Mirza-Golem-Truppe.
Ferner die vorzügliche Progr.-Nummern.
Zum Schluss! Zum 23. Male:
Die diesjährige große Ausstattungspantomime in 7 Abteilungen:

Restaurant „Zum Prälaten“
Rummelsburg. Anf.: F. Boragk.
Sonnabend, 13. Januar:
Original-Harburger Sänger.
Direktoren: C. Fricke und Fr. Kasche-Krauso.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonderkarten gelten.
Nachher: Tanz.
Sonntag: **Spezialit.-Vorstellung.**

Schöneberger Wintergarten
Goltzstraße 9.
Täglich Theater- und Spezialitätenvorstellung.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Wilhelm Schulz
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.
110/12
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
(E. H. Nr. 2, Hamburg.)
Unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer
August Maurer
ist am Sonnabend, den 6. Januar, bei der Arbeit abgehört und sofort verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Humboldtstraße 68/73 in Reinickendorf, aus statt.
Am 11. d. Mts. starb unser langjähriges, treues Mitglied
Goldfried Joseph.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. Mts., mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Lindenstraße 145, aus nach dem Golgatha-Kirchhof in der Barjesstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
257/5
Der Vorstand.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Heute und folgende Tage:
Zum ersten Male
in den Räumen der 1. Etage:
Die

Femina,
das neue Frauenreich.
Entworfen und auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.
Wunderbare, sich von Akt zu Akt steigende, hier noch nie gegebene Effekte.
Sonntag: 2 Vorst. Nachm. 3 1/2 Uhr: Ein Kind frei. Abds. 7 1/2 Uhr: Femina. In beid. Vorst.: Mirza Golem-Truppe.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a.
Dir. W. Reimer.
Sonn- u. Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzen.
Sonn- u. Montag, abends 8 Uhr
Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abende.
Galtsp. d. Löwe-Ensembles.
Rumm. l. d. gr. Theateraal u. d. kleineren Säle zur nächst. Saison werden schon jetzt entgegengenommen.

Neue Welt
1905
Einbanddecken
Preis 1 Mk. Porto 30 Pf.
Den Abonnenten unserer Parteiblätter wird die Einbanddecke willkommen sein, durch die es erleichtert wird, diese beliebte Sonntags-Beilage dauernd zu bewahren.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Am 11. Januar, vormittags 6 1/2 Uhr, starb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer-Invalide
Hermann Mentz
aus Kreuzberg in D.-Schlesien, geb. am 22. November 1833.
Seine stets ehrenhafte und treue kollegialische Verhalten führt ihm unter uns ein dauerndes Andenken.
Berlin, den 12. Januar 1906.
Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei.
Die Beerdigung findet statt Sonntag nachmittags 3 Uhr auf dem Jerusalem-Kirchhof, Bergmannstraße. 1841b

Am 10. d. Mts. starb nach längerem schweren Leiden unser Mitglied, der Zimmerer
A. Joseph.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Minierstr. 145 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
18495
Der Vorstand.

Bergbewohner Abessinians.
65 Eingeborene.
Männer, Weiber und Kinder.
Abessinisches Dorf.
Originalhütten.
Abessinische Hausindustrie.
U. a.: Seidenweber, Lederarbeiter, Holzschnitzer, Töpfer, Waffenschmiede, Glühler, Korbbinder und Mattenweber.
Dorfschule.
Bäckerei.
Extra-Vorführungen:
Kriegsspiele.
Speerwerfen.
Nationale Tänze u. Gesänge.
Der Harem
des Scheik & s. a.
Tänzerinnen.
Eintritt 50 Pf.
Kinder und Militär ohne Charge die Hälfte.

Kasino-Theater
Vorbringerstr. 57. Täglich 8 Uhr.
Die goldene Brücke.
Schauspiel in 3 Akt. v. H. Stamermond.
Im Neuen Theater 3. m. sensation. Erfolg gegeben!
Vorher: Das Brill. bunte Programm.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Opferlamm.

Otto Pritzkows
Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Neu! Die Elite-Liliputaner-Truppe, die Reinsten Sängern u. Vortragshilfen der Welt. **Rosin Hons,** 485 Bld. Schwer. **Opulle,** der Wenz ohne Gefühl. **Moe! Moe!** **Mnie!** **hee!** in der Luft schwebende **Litkin,** Hellschörin **Armida,** wahrhaftige Wunderkame. **Plute,** Wunderkahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Adressen, 1 Kopf, lebend. etc.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Str. an:
Industr.-Briketts, Halbsteiner, 3tr. 30 Pf.
la. **Seifenberger Salon-Briketts**, „Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 Pf.
Henckels Werke „90“ 95
Ise u. Anh. Mariengrube „95“
la engl. Anthrazit, Bruch, Koks, Steinkohlen, Holz uhm.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe zu Kohlen.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 10. d. Mts. starb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Zimmerer
Wilhelm Däbel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilmann-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
18506
Der Vorstand.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute
Am 10. Januar starb nach längerem schweren Leiden unser Mitglied, der Zimmerer
A. Joseph.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Minierstr. 145 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
18495
Der Vorstand.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 23. u. 24. Bdrf.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das
Riesen-Jannar-Programm.
Die 3 Harders, Berliner, ehemal. Mitglied d. Hagedorn-Truppe.
The Baretts,
urkomische Pantomimiken.
Paulas Beichte,
Dinette von W. Gericke, u. 12 erstklassige Nummern.
Familienfeste in allen Pariser, Reizen- u. Hagarrenschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

WINTER GARTEN
Otto Reutter.
Klein-Familie, Kunstradfahrer.
Ernst Perzina, dressierte Affen.
Lola Hawthorne, amerikanische Sängerin.
Elmo u. Recco, amerikanische Exzentriker.
Yulian Familie, Akrobaten.
Die drei Holloways, Drahtseilkünstler.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Die Meininger, Hundepantomime.
„In Schottland“ Ballett-Divertissement.
Burke, Andrus u. Frisco in ihrer Szene.
Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9 1/2 Uhr: Auftreten des berühmten Stegreifdichters
Paul Steinitz.

Greift zu!
dem Besten
Joppen . . . 5.— an
Monats-Anzüge . . . 8.50
Abonnements-Anzüge . . . 9.50
Monats-Paletots . . . 9.—
Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Fehlern . . . 10.50
Kamm.-Kof. od. Radetts . . . 3.—
Alles auch für laipulente Figuren!
Geringere Kleidungsstücke von Kapellern, Reitenden, aus den besten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, kolossal billig. 73/17*
Straßenbahn-Vergütung!
Bitte **Zentral-Keller, Berlin,** achten
35 Neanderstr. 35, an der
3. Minut. v. Stadtbahn Kamowitzbrücke

Verband der Vergolder etc.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Verbandskollege, der Vergolder
Karl Glathe
nach längerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 225/2
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Berlin, Bezirk 16.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Ernst Gutsch
am 10. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
258/1
Die Ortsverwaltung.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Heute und folgende Tage die von der gesamten Berliner Presse als „der größte Schlager“ einstimmig anerkannte dreitägige Komödie
Familiengtag im Hause Prellstein
mit **Anton und Donat Herrfeld** in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Vollständig neues Januar-Programm.
Willy Fernando, der berühmte Doppel-Kunstbläser.
Mr. Giney mit seinem Wunderhund.
Neu! Eier-Wally.
Poffe mit Gefang.
25 Sttte Spezialitäten.

KNORR
Hafermehl,
in 30jähriger Erfahrung als bester Zusatz zur Kindermilch erprobt.

Danfjagung.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Personal der Firma **R. Stof u. Co.,** sowie der Firma **Wengers u. Söhne, Abteilung Sengerei,** meinen innigsten Dank. 67592
Die trauernde Witwe
Marie Krahl.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
(Zahlstelle Rixdorf.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Heinrich Senftleben
am Dienstag, den 9. Januar, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Behrensee, Falkenbergstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
136/3
Der Vorstand.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!
Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspreeweg gelegene, mit Veranden und Hallen versehene zirka 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich erworben habe. — Bequem vom Bahnhof **Nieder-Schöneweide-Johannisthal** in 5 Minuten zu erreichen. Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 5085L*
Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.
△ △ △ △ **Volksbelustigungen aller Art.** △ △ △ △
In meinen Festsälen Rüdorsdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Hochachtungsvoll
Albert Scheruch, Rüdorsdorferstr. 45.

Neu erschienen:
Ed. Bernstein: Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis. Preis 1 M.
Dr. med. G. Zepler: Radikalismus und Taktik. Ein Wort zum „Vorwärts“-Konflikt als Mahnwort an die Genossen. Preis 20 Pf.
Ferner:
Der „Vorwärts“-Konflikt. Gesammelte Artikel. Preis 30 Pf.
Durch alle Buchhandlungen und Kolportage sowie direkt vom Verlage zu beziehen.

Verein Berliner Hausstücker.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Kollege
Karl Busch
Friedhofstr. 38
nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar 1906, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Behrensee, Falkenbergstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
18325
Der Vorstand.

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**
garantiert Handarbeit
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Danfjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Teilnehmern meinen innigsten Dank.
Wwe. Klara Schüttke
nebst Kindern.

Danfjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Teilnehmern meinen innigsten Dank.
Wwe. Klara Schüttke
nebst Kindern.

Warort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 10. Sonnabend, den 13. Januar 1906.

Inserate sechsgepaaltene Kolonetzelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Votalliste! Am 3. Februar c. feiert der Gärtnerverein Salensee sein 8. Stiftungsfest im Kaiser Wilhelmsgarten, Salensee, desgleichen veranstaltet am 20. Januar c. der Verband der Eisenbahner im Lokal von Buchholz, Oranien, einen Maalenball; da beide genannten Lokale der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, sind Billetts zu obigen Vergnügen entschieden zurückzuweisen. Die Votalkommission.

Rudow. Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, hält der Wahlverein bei Palm seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Pagels. Berichterstattung von der Generalversammlung. Verschiedenes. Da sehr wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Rügnitz-Bückerhausen. Nachmittags 4 Uhr findet bei Herrmann, Bellevue, die Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist durchaus nötig.

Gränau. Am Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Grünen Ede, Köpenickerstr. 88, die Versammlung des Wahlvereins statt, in der Genosse Däwoll über Zoll- und Handelspolitik sprechen wird. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Friedersdorf. Am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet hier im Gasthof von J. Pätel eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Stadtdr. V. Vorkardt über: „Die Forderungen der Sozialdemokratie“ spricht. Da auch ein Wahlverein für Friedersdorf und Umgegend gegründet werden wird, wird zahlreiches Erscheinen erwartet.

Sozialdemokratischer Wahlverein Drewitz. Sitzung am Sonnabend, 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Pahlmannschen Restaurant. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht. 3. Aufstellung eines Kandidaten zu den Gemeindevahlen. 4. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 5. Verschiedenes.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber die Arbeiter-Krankenversicherung

werden vom Statistischen Amt im 19. Heft der Charlottenburger Statistik interessante Daten veröffentlicht. Die Statistik bezieht sich auf die Jahre 1901 bis 1904 und schließt sich einer früheren Veröffentlichung an.

Nach der Zahl ihrer Mitglieder nimmt die Charlottenburger Ortskrankenkasse unter der Gesamtzahl der Ortskrankenkassen Deutschlands zurecht die 11. Stelle ein, wie aus der folgenden Zusammenstellung der 13 größten deutschen Ortskrankenkassen hervorgeht:

| | Mitglieder |
|---------------------------------------|------------|
| 1. Ortskrankenkasse Leipzig | 154 807 |
| 2. „ „ „ München | 96 891 |
| 3. „ „ „ Dresden | 90 842 |
| 4. „ „ für Kaufleute in Berlin | 90 442 |
| 5. „ „ in Frankfurt a. M. | 82 878 |
| 6. Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin | 77 387 |
| 7. „ „ „ Stuttgart | 64 951 |
| 8. Ortskrankenkasse Chemnitz | 63 294 |
| 9. „ „ „ Braun | 38 637 |
| 10. „ „ „ Barmen | 32 230 |
| 11. „ „ „ Charlottenburg | 28 982 |
| 12. „ „ für Schneider in Berlin | 28 850 |
| 13. „ „ „ Stralburg i. G. | 27 034 |

In Charlottenburg besteht keine Gemeindefrankenversicherung, sondern 2 Ortskrankenkassen, 13 Betriebskrankenkassen, 4 Innungs-krankenkassen, 5 eingeschriebene und 5 landesrechtliche Hilfskassen. In der Anzahl der Kassen ist in den letzten Jahren keine wesentliche Veränderung eingetreten, dagegen hat sich die Zahl der Mitglieder in den Ortskrankenkassen beträchtlich erhöht. Im Jahre 1900 betrug der Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl in den beiden Ortskrankenkassen in runder Zahl 18 000; er ist bis zum Jahre 1904 auf 25 000, also um 39 Proz. gestiegen. Von diesen Zahlen entfielen 1900 ein Fünftel, 1904 ein Viertel auf weibliche Mitglieder. In den Betriebskrankenkassen ist die Mitgliederzahl gesunken, und zwar von 4600 im Jahre 1900 auf 3500 im Jahre 1901 und 3300 im Jahre 1902, dann ist die Zahl wieder ein wenig gestiegen, und zwar im nächsten Jahre auf 3700 und im Jahre 1904 auf 3900 Mitglieder. Der Anteil der weiblichen Mitglieder betrug in diesen Kassen durchschnittlich ungefähr 1/3 bis 1/2, er ist also auch hier allmählich gewachsen. Bei den Innungskassen hat dagegen wieder eine bedeutende Steigerung der Mitgliederzahl stattgefunden: von 571 im Jahre 1900 auf 1428 im Jahre 1904, also um 150 Proz., und zwar sind die männlichen Mitglieder von 547 auf 1201, die weiblichen von 24 auf 227 angewachsen. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist also in diesen Jahren von 1/3 auf nahezu 1/2 gestiegen. Die eingeschriebenen Hilfskassen sind in ihrer Mitgliederzahl ziemlich stabil geblieben; sie ist von 1758 nur auf 1828 gestiegen; der Anteil der weiblichen Mitglieder ist in dieser Zeit von 1/3 auf 1/2 angewachsen.

Im Laufe eines jeden Jahres findet ein mehr oder weniger regelmäßiges Fallen und Steigen des Mitgliederbestandes der Kassen statt. Am 1. Januar 1898 hatten die Charlottenburger Kassen (mit Ausschluß der landesrechtlichen Hilfskassen) wenig über 18 000 Mitglieder. Diese Zahl stieg von Monat zu Monat ziemlich regelmäßig bis zum Juli (22 000), fiel dann langsam bis auf 20 000 am Schlusse des Jahres und bis auf 19 000 am 1. März 1899. Darauf begann sie wieder zu steigen, überholte das Maximum des Vorjahres um über 200 (1. August), sank zum September ein wenig, stieg dann in den nächsten Monaten noch weiter bis 24 400 (1. November), fiel um ein geringes zum 1. Dezember auf 24 100 und erreichte das Minimum am 1. Januar 1900 mit 22 000, einer Höhe, die zwei Jahre vorher das Maximum bildete. Der Höchststand im Jahre 1900 wurde schon im Juni erlangt (26 800), der nächste Tiefstand sodann am 1. März 1901 (23 200). Das Maximum für 1901 lag wieder um einige Hundert höher (1. Juli: 27 000). Von da ab geringes regelmäßiges Fallen auf 24 100 am 1. Januar 1902 und weiteres regelmäßiges Steigen bis 27 300 am 1. Juli 1902. Im Jahre 1903 steigt die Mitgliederzahl von 26 826 am 1. Januar bis 30 557 am 1. November und im Jahre 1904 von 28 987 am 1. Januar bis 34 999 am 1. Dezember,

so daß im ganzen während der sieben Jahre der Mitgliederstand der Charlottenburger Krankenkassen um rund 15 000 Personen, d. h. um 80 Proz. gestiegen ist.

Von entscheidendem Einfluß auf dieses Bild war die allgemeine Ortskrankenkasse, welche ungefähr zwei Drittel aller Mitglieder umfaßt. Bei den Sonderkassen lagen die Grenzpunkte in verschiedenen Monaten, je nach der Art des Betriebes, für den sie errichtet sind. So wies die Betriebskrankenkasse für die städtischen Gasanstalten z. B. im Jahre 1901 die wenigsten Mitglieder im Juli mit 522, die meisten im Dezember mit 697 auf.

Wenn es naturgemäß auch nicht möglich ist, den Grad der Arbeitslosigkeit mit Bestimmtheit an dem Mitgliederbestande der Krankenkassen zu ermessen, so hängt doch andererseits die Zu- bzw. Abnahme der Mitgliederzahl mit der größeren oder geringeren Beschäftigungsgelagenheit am Orte zusammen, so daß eine genaue Krankenstatistik immerhin einen gewissen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Arbeitslosigkeit bietet.

Anlage wegen Bilanzverschleierung. Wegen 11 Aufsichts- und Vorstandsmitglieder einer Kreditgenossenschaft Charlottenburgs ist nacheinander seitens der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II Berlin Anlage wegen Vergehens gegen den § 147 des Reichsgesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erhoben worden. Das Vergehen der Bilanzverschleierung soll nach Ansicht der Anklagebehörde in mehreren Bilanzen aus den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts liegen. Die sehr eingehend geführte Voruntersuchung, die im November 1905 bereits geschlossen war, hat zur Einstellung des Verfahrens gegen eine Reihe weiterer Beschuldigter und zur Erhebung der oben erwähnten Anlage Veranlassung gegeben. Die jetzt Angeklagten beabsichtigen, einen umfangreichen Sachverständigenbeweis für die kaufmännische Richtigkeit der angegriffenen Bilanzen zu führen.

In Bezug auf den Versammlungsbericht des Charlottenburger Wahlvereins sendet uns Genosse Habicht eine Zuschrift, in der er sich dagegen verwahrt, irrtümliche Behauptungen aufgestellt zu haben, auch ließe er sich nicht von persönlichen „gehässigen Motiven“ leiten, noch durchkreuze er die Aufgaben der Partei. Die Versammlung habe seinen Ausführungen still und mit Interesse zugehört.

Schöneberg.

Die Zusammensetzung der Stadtverordneten nach Verufen zeigt so recht das Bild eines echten Klassenparlamentes. Am besten illustriert es sich dadurch, daß nahezu neun Zehntel der Wählerschaft, die in die sogenannte dritte Klasse eingereiht sind, nur den dritten Teil der Körperschaft repräsentieren. Zwei Drittel der Vertreter entfallen allein das eine Zehntel der Besitzenden und Wohlhabenden, worunter das Hausbesitzerelement überwiegt. Nach dem dieser Tage vollzählig gewordenen Bestande des 60 Stadtverordneten zählenden Kollegiums gehören demselben an: 40 Hausbesitzer (davon allein 38 bürgerliche) und 19 Mieter. Die Versammlung besteht aus vier Rechtsanwälten, einem Arzt, einem Apotheker, fünf Lehrern, zehn Baumeistern, Architekten, Ingenieuren, Geometern, 18 Maurern, Zimmerern, Tischlern, Malern, Brunnenschaftern, „Handwerkern“, vier Beamten, fünf Fabrikanten und Kaufleuten, zehn Rentiers, zwei Autobesitzern, einem Restaurateur, einem Pendantsen und einem Milchhändler.

Der Etat für 1906 weist in den bis jetzt aufgestellten Entwürfen durchgängig höhere Zahlen auf als der vorjährige; der Gemeindefiskus ist nur um 43 000 M. gewachsen, er dürfte im ganzen vielleicht etwa auf 820 000 M. steigen, die Zunahme ist also nur gering. Für den Besuch der Schulanstalten, deren Unterhalt bisher frei gewesen war, soll veranschlagt für das Schuljahr der Betrag von 2 M. von jedem Besucher erhoben werden. Zum erstenmal erscheint in dem Haushaltsplan der Etat der Krankenhausverwaltung für das Auguste Viktoria Krankenhaus. Für das Geschäftsjahr Oktober 1905 bis März 1907, soll mit einem Aufschub von 70 000 M. gerechnet werden. Mit den Etatberatungen dürfte hoffentlich bald begonnen werden.

Stralau.

Die Verkaufsstelle des Berliner Konsumvereins für unseren Ort im Dezember einen Umsatz von 4635 M. Nachdem in den letzten Jahren die Vortätigkeit in der ganzen Gegend eine äußerst rege gewesen und die Bevölkerung ständig enorm gewachsen ist, dürfte der Umsatz und die Mitgliederzahl im Konsumverein eigentümlich beträchtlich höher sein. Die Beitrittsbedingungen zum Berliner Konsumverein sind äußerst bequeme.

Steglitz.

Also doch gegangen worden! Unsere Vermutung, daß die Trennung des Gemeindevorstehers Scheufelein von seinen kommunalpolitischen Freunden keine freiwillige war, wird durch eine Verurteilung des Vorstandes des „M.-V.“ bestätigt. Erst als der F. r den blauen Brief erhalten hatte, rammte er nach dem „Steglitzer Anzeiger“ (nicht „Steglitzer Zeitung“, wie irrtümlich angegeben) und veranlaßte die Veröffentlichung seines „Eingehautes“, durch welches er den Hausbesitzern glauben machen wollte, daß er gegangen sei. — „Spiegelberg, ich kenne Dir!“

Ober-Schöneweide.

Der Bau der dreiten Gemeindefschule, welcher in Anbetracht der hohen Belegziffer der jetzigen Klassen, und in Erwartung der Reineinkulungen, bis zum Oktober vollendet sein sollte, ist bis jetzt noch nicht in Angriff genommen. Die Gemeinde wird nun zu teuren und ungenügenden Mieträumen ihre Zustudt nehmen müssen. Wahrscheinlich werden auch die Katholiken auf Einrichtung ihrer Schule, welche in dem neuen Gebäude untergebracht werden sollte, drängen, nachdem bekanntlich nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen von dieser Seite im Vorjahre im Verordnungswege die Gemeinde dazu gezwungen wurde. — Mit dem Neubau der höheren Schule hatte man es bekanntlich sehr eilig.

Nowawes.

„Die neuen Gesetzesvorlagen im Reichstage“ lautete das Thema einer am Montag in den „Deutschen Festhallen“ in Nowawes abgehaltenen, äußerst zahlreich besuchten Volksversammlung. Der Referent gab zunächst ein Bild über die Entwicklung der deutschen Politik im allgemeinen, um daran eine Besprechung der neuen Marinevorlage zu knüpfen. In großen Zügen ging der Redner auf die auswärtige Politik ein, um den Redner zu liefern, daß eine Flottenvermehrung nur zur Verstärkung der Spannung zwischen Deutschland und den übrigen Ländern beitragen würde. Dann wendet sich Genosse Geadaner der inneren Politik zu und zeigt, wie die unheilvolle Kolonialpolitik nicht zum wenigsten mit Schuld an den gerüttelten Finanzverhältnissen des Reiches trage. Die vorgeschlagenen

Steuern seien nicht geeignet, diese Finanzen zu verbessern, wenigstens bedeuten die Bier-, Tabak-, Zigarettensteuer eine neue schwere Belastung des arbeitenden Volkes. Für die Sozialdemokratie heiße es in dieser Beziehung: Fort mit dieser Vorlage und Einführung einer wirklichen, ertragreichen Erbschaftsteuer. Zum Schluß weist der Referent auf die großen Kämpfe hin, auf die das Proletariat im Augenblick sein Augenmerk richtet, und ermahnt die Anwesenden, auf der Wacht zu sein und entschieden den Kampf für die Rechte des Volkes führen zu helfen. Stimmlicher Beifall lohnte den Vortragenden für seine trefflichen Ausführungen. Unter „Verschiedenes“ machte Genosse Gruhl auf die bevorstehenden Gemeindevorwahlen aufmerksam und ersuchte die Anwesenden, die vom 15. bis 30. Januar im Rathaus anliegenden Wählerlisten einzusehen; diejenigen Genossen, denen dies persönlich unmöglich ist, können ihre Adressen in den Lokalen von Gruhl und Nieme in Nowawes und Jünger in Neuendorf abgeben, und wird von dort aus das weitere veranlaßt werden. Nachdem noch Genosse Gomoll zu reger Agitation für die am 21. Januar, mittags 12 Uhr, im „Vollgarten“ stattfindende Protestversammlung aufgerufen und Genosse Hoffmann die unorganisierten Anwesenden ermahnt hatte, sich dem Wahlverein anzuschließen, wurde die imposant verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Mahlsdorf.

„Verrohung, schlechte Beispiele, Fehler der Erziehung.“ heißt die bürgerliche Presse, wenn einmal ein Arbeiterkind, welches tagtäglich ohne Aufsicht ist, weil Vater und Mutter von früh bis spät in der Fabrik fronden müssen, irgend eine Dummheit macht. Wird irgendwo eine Arbeit verrichtet, so kann man sicher sein, daß dieselbe ohne weiteres der Arbeiterjugend aufgemacht wird, wie das kürzlich in Friedrichsfelde geschah. Dort wurde von böswilligen Händen ein Brett von einem Baum losgerissen. Die Polizei konnte den Täter nicht ermitteln. Sofort schrieb das Ortsblattchen: „Es besteht ja doch ein sogenannter „Lautstübchenverein“, in dem die Herren Sozialdemokraten den jungen Vurschen Politik und ihr gutes Recht auf die unerschöpflichen Fundgruben an die Gesellschaftsbeibringen wollen. Sollten sie ihnen nicht lieber zunächst Anstand und Besichtigung beibringen?“ — Gemeint war hier mit dem „Lautstübchenverein“ der Verein jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge.

Man möchte nun geradezu glauben, daß die Kinder der Besitzenden, die doch nach jeder Richtung hin geschützt, getätigt und bewacht werden, wahre Muster des Anstandes und der Gesittung sind, zumal sie auch während des Schulbesuches von den „verrohten“ Arbeiterkindern sorgfältig ferngehalten werden, da sie die höhere Schule besuchen. Aber da scheint es doch sehr zu hopen.

Schon oft haben Erwachsene, welche die Bahn zu einer Zeit benutzen, wo auch die „besseren“ Kinder aus den Vororten nach Berlin zur Schule fahren, Betrachtungen anstellen müssen über das Betragen von Arbeiterkindern und solchen der Besitzenden. Wenn Arbeiterkinder die Bahn benutzen, um den Eltern einen Gang abzunehmen, sei es Paletts mit Arbeit abzuliefern und zu holen oder aus anderen Gründen, so sitzen dieselben still und bescheiden auf ihren Plätzen und betragen sich gegen Erwachsene anständig, wie es sich ja auch gehört. Ganz anders die sogenannten „besseren“ Kinder; vorlaut, schnippisch, von einem Abteil zum anderen rennend, so charakterisiert sich durchschnittlich das Benehmen der Kinder, welche höhere Schulen besuchen.

Weshalb werden bei den Eltern bleiben nutzlos. Das mußte kürzlich eine Frau C. aus Mahlsdorf erfahren. Dieselbe hatte Einkäufe für die Hauslichkeit in Berlin gemacht und fuhr mit drei Mahlsdorfer und noch einigen fremden Frauen nach Hause. In den beiden Nebenabteilen befanden sich Schüler bzw. Schülerinnen, welche vom Schulbesuch aus Berlin zurückkehrten. Die Frau C. hatte ihren Handkorb mit Kapseln, Fleisch usw. und eine Frau M. ihre Handtasche, in welcher sich Arbeit befand, in den Verbindungsgang gestellt, um so den Mittelgang des Abteils freizuhalten. Das war aber nicht nach dem Geschmack der höheren Kinder, denn nun war es ihnen ja nicht möglich, von einem Abteil des Wagens zum anderen zu rennen. Einige Mädchen benutzten jetzt den Gang als Hindernisbahn, wobei Sachen der Frau M. beschädigt wurden. Als nun die Frauen ganz energisch gegen ein solches Betragen protestierten, unterließ die Wiederholung. Im Nebenabteil sah unter den Schülern auch der 14. bis 15jährige Sohn des Predigers Hofmann aus Friedersdorf. Dieser spielte sich nun als Beschützer der in ihrem Vergnügen gestörten Mädchen auf. Er verlangte darfsen Tonos die Entfernung der Palette aus dem Verbindungsgang. Als dem nicht sofort entsprochen wurde, spielte der Vursche mit dem Kopf der Frau C. Fußball und der Inhalt, wie Fleisch, Kapseln usw., kollerte im Wagen umher. Frau C., eine ältliche Dame, verlangte nun, der Verüber dieses Unfuges solle die Sachen wieder zusammensuchen; doch da kam sie schon an. Die Frau hat in der Aufregung und Hast noch ihr Portemonnaie mit 1,85 M. eingebüßt.

Die Frauen beachteten, in Mahlsdorf das Vurschen feststellen zu lassen. Doch auf Station Anuldorf empfahl sich derselbe ein französisch, d. h. er suchte zu verschwinden, indem er schnell einen anderen Wagen bestieg. Immerhin war es möglich, den Namen zu erfahren.

Frau C. wandte sich nun beschwerdeführend an den Vater, den Prediger H., in der Hoffnung auf Genugthuung. Weit gefehlt. Die Antwort lautete:

„Ihren Brief vom 4. d. Mis. habe ich erhalten. Es tut mir leid, daß Sie durch meinen Sohn Unannehmlichkeiten gehabt haben. Nach den Erkundigungen, die ich darüber eingezogen habe, sind Sie aber selbst schuld, da Sie mit Ihren Sachen den Gang verstellten hatten und auch auf Bitten derselben nicht fortgenommen haben. Ich muß es Ihnen demnach anheimstellen, weitere Schritte gegen mich zu tun, wenn Sie meinen, ein Recht fordern zu können.“

Von den Uebertreibungen und Anschuldigungen in Ihrem Brief gedenke ich vorläufig keinen Gebrauch zu machen.

Waltungsboll
Hofmann, Pfarrer.“

Also nicht nur keinen Schutz erhielt die geschädigte Frau von dem Vater, sondern noch Drohungen; „vorläufig“ will der Herr Pfarrer noch keinen Gebrauch von dem Briefe der Beschwerdeführerin machen. Wie gnädig! Die Erkundigungen, die der Herr Pfarrer eingezogen hat, müssen allerdings sonderbarer Art sein, wenn er es fertig bekommt, die Hegeleien des Sohndes nach zu rechtfertigen. Wir empfehlen dem Herrn, sich einmal etwas mehr umzutun, er wird dann erfahren, daß über das Benehmen seines Stammhalters schon lange große Kreise von Leuten, die mit ihm in Verbindung kamen, aufgebracht sind. Vielleicht ist ein sogenannter „Lautstübchenverein“ bereit, das junge Herrchen aufzunehmen und ihm etwas Schlimm beizubringen.

Sichtenberg.

Au dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen am Montag, den 15. Januar, sein erstes Stiftungsfest im „Schwarzen Adler“ (Geb. Arnhold) begeht. Das reichhaltige Programm: Festvortrag, Konzert, Vorträge usw. verspricht einen genussreichen Abend, so daß zu hoffen ist, daß dem Verein recht viele neue Mitglieder gewonnen werden. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Billetts sind zu haben bei Frau Fischer, Pfarrstr. 68; Frau Swann, Pfarrstr. 47; Frau Mügling, Kronprinzenstr. 5; in der Expedition von Seidel, Kronprinzenstr. 50; bei Frau Balzer, Damenthalstr. 23 und Fräulein Raynhardt, Damenthalstr. 23.

Weißensee.

Ueber die Tätigkeit des Gewerbegerichts im Jahre 1905. Im ganzen sind erhoben 240 Klagen (1904: 276), aus dem Vorjahr übernommen sind 8. Von diesen sind durch Vergleich erledigt 76 (89), durch Anerkenntnis 11 (12), Versäumnisurteil 30 (37), Endurteile 57 (78), auf andere Weise erledigt 59, unerledigt 10. Erledigt sind von den Klagen in der Zeit von 1 Woche 4, von 2 Wochen 28, von 1 Monat 16, von 3 Monaten 9. Der Wert des Streitgegenstandes betrug 111 (114) bei Klagen bis 20 M., 75 (67) von 20—50 M., 85 (49) von 50—100 M., 12 (10) von mehr als 100 M., bei 10 (6) Klagen wurde der Wert nicht festgestellt. An Berufungen wurden 2 eingelegt.

Das Kaufmannsgericht hatte im ganzen 7 Klagen zu erledigen. Davon waren auf den Betrag von 20—50 M. 1, 100 bis 500 M. 2, über 500 M. 3, Wert nicht festgestellt 1. Es wurden erledigt durch Vergleich 1, durch Zurücknahme 3, durch Versäumnisurteil 2, durch Endurteil 1.

Teltow.

Wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung hatten sich am Dienstag die Arbeiter Otto Frisch, Hermann Hackmann und Otto Plantilow aus Teltow vor dem Igl. Schöffengericht II zu verantworten. In der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1905 traf der Angeklagte Frisch mit dem Tischlermeister Paul Madensky und dem Tischlergesellen Herrn. Möllendorf im Lokal von Bielenhagen zusammen. Frisch forderte Madensky ohne jede Veranlassung auf, aus dem Lokal zu kommen. Man ging nicht gleich, sondern blieb noch eine halbe Stunde im Lokal. Die Angeklagten warteten jedoch schon auf Madensky, schlugen ihm die Zigarre aus dem Munde und regalierten ihn mit Schimpfreden. Frisch ging mit gezogenem Messer auf Madensky zu, dabei wurde auch Möllendorf angegriffen. M. erhielt mehrere Messerschnitte und Schläge mit einem schweren Stock auf den Kopf. Der Staatsanwalt beantragte gegen Frisch mit Rücksicht auf seine Vorstrafen vier Monate Gefängnis, gegen Hackmann zwei Wochen Gefängnis, dagegen beantragte er gegen Plantilow, da sich nicht ermitteln ließ, ob derselbe mitgeschlagen hatte, Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte bei Frisch auf die beantragte Strafe, Hackmann kam mit Rücksicht darauf, daß er noch nicht vorbestraft ist, mit 50 M. Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis, davon, Plantilow wurde freigesprochen.

Storkow.

Die Drohung mit dem Austritt aus der Landeskirche, welche die größte Mehrzahl der Einwohner des Dorfes Niepolzitz bei Storkow kundgab, um dadurch die Verlegung des ungeliebten Lehrers Scholz zu erzielen, hat Erfolg gehabt. Die Potsdamer königliche Regierung, welche kürzlich einen Regierungs- und Schulrat zur Prüfung der Beschwerden nach Niepolzitz entsandte, hat anerkannt, daß die Zustände unhaltbar sind und deshalb im dienstlichen Interesse die Verlegung des Lehrers zum 1. April beschloss. Der Austritt aus der Landeskirche dürfte nun nicht erfolgen, es ist aber immerhin bezeichnend, daß es erst dieser Drohung bedurfte, um die Regierung zum entscheidenden Eingreifen zu veranlassen.

Spandau.

Durchsich von Havel und Spree. Die von der Staatsregierung geplante Verbesserung der Schiffahrtsstraße im Weichbild von Spandau wird nach dem Vorschlag rund eine Million Mark kosten; davon entfällt die eine Hälfte auf den bereits in Angriff genommenen Durchsich der Spree, ungefähr zwei Kilometer vor deren Mündung in die Havel, und die andere Hälfte auf einen Haveldurchsich; durch beide Strombauten werden zwei scharfe Biegungen der Flüsse, die der Schiffahrt wegen des starken Verkehrs auf den fraglichen Strecken besonders gefährlich sind, beseitigt und geradlinige Fahrstraßen hergestellt. Der Spreedurchsich soll im Laufe dieses Jahres vollendet werden; mit dem Haveldurchsich, der auf Spandauer Gebiet gegenüber Tiefwerder hergestellt wird, soll begonnen werden, sobald die Verhandlungen mit der Stadt Spandau wegen Anlage eines großen Umschlagshafens abgeschlossen sind. Außer den erwähnten Verbesserungen der Wasserstraße von Havel und Spree gelangt demnächst auch der schon längst projektierte Bau einer neuen, für die größten Binnenfahrzeuge ausreichenden Havel-Schleuse zur Ausführung. Die Vorarbeiten hierzu sind beendet. Dieser Schleusenbau wird bedingt durch den Berlin-Stettiner Großschiffahrtskanal; erwünscht war er aber schon seit Jahren wegen der räumlichen Unzulänglichkeit der alten Schleuse, die bei den gesteigerten Verkehrsansprüchen nur in ungenügender Weise ausreicht.

Potsdam.

Vom Amte suspendiert wurde der Pastor Meyer aus Alt-Töplitz bei Potsdam. Es schwebt gegen ihn ein Disziplinarverfahren, das in einer von seiner Frau gegen ihn angestrebten Ehescheidungsklage seinen Grund hat. Von seinem Wohnort, der auf der von der Havel und Spree umflossenen einsamen Insel Töplitz gelegen ist, unternahm Pastor Meyer öfter Reisen nach Berlin und genoss dort die Freuden der Großstadt. Seine Frau kam dahinter und leitete die Ehescheidungsklage wegen Ehebruchs ein. Für die Gemeinde Alt-Töplitz ist inzwischen ein Vertreter gefunden, nicht aber für die Pfarlgemeinde Rattowder im Kreise Osthavelland, wo deshalb die Kirche vorläufig geschlossen bleibt.

Berliner Nachrichten.

Eröffnung der ersten vollständigen Automobil-Omnibuslinie. Die erste vollständige Automobil-Omnibuslinie wird Sonnabend früh eröffnet. Es ist dies die Linie 4, Liesenstraße—Halleische Tor, auf der die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft seit November einen Versuchsbetrieb mit zwei Wagen eingerichtet hat. Die beiden Automobil-Omnibusse haben die Probe bestanden. Die Aufsichtsbehörde hat anerkannt, daß die Fahrten keinen Anstoß zu nennenswerten Ausstellungen gegeben haben. Es werden deshalb Sonnabend früh zunächst sechs Wagen eingestellt. Von diesen sind fünf ständig im Betrieb, während der sechste als Reserve dient. Eine Neuverteilung wird gleichzeitig infolgedessen eingeführt, als die Automobil-Omnibusse nicht mehr wie bisher an jeder beliebigen Stelle halten. Es sind vielmehr bestimmte Haltestellen vorgesehen. Diese sind: Halleisches Tor, Marktstraße II, Kochstraße, Leipzigerstraße, Ragerstraße, Unter den Linden, Bahnhof Friedrichstraße, Weidendammer Brücke, Oranienburger Tor, Invalidenstraße, Kesselstraße und Liesenstraße. Die Wagen halten im allgemeinen jenseits der Kreuzung. Nur auf der Fahrt von der Liesenstraße zum Halleischen Tor halten sie diesseits vor der Leipzigerstraße und vor der Kochstraße, wo das Publikum schon bisher genötigt ist, die Omnibusse zu besteigen. Der erste Wagen fährt von der Chauffeestrasse eine halbe Stunde früher als bisher, also um 1/2 6 statt um 6 Uhr. Vom Halleischen Tor geht der erste Wagen 5:38 Uhr früh. Der letzte Wagen geht ab Liesenstraße 12:26, ab Halleisches Tor 12:54 Uhr. Die Abstände, in der sich die einzelnen Wagen folgen, betragen 10—14 Minuten. Der Pferdebetrieb der Linie 4 bleibt in der bisherigen Weise bestehen.

Der Alexanderplatz und seine Umgebung, welcher noch bis vor kurzer Zeit ihren altentworflichen Charakter zu wahren vermochte, hat ein vollständig verändertes Aussehen erhalten. Nachdem schon vor zwei Jahrzehnten der „Ochsenkopf“ dem Polizeipräsidium weichen mußte, vor fünf Jahren die alten Häuser in der Brunnenstraße niedergeboren wurden, ist im vergangenen Jahre die Nordwestseite einem Warenhaus gewichen. Gegenwärtig wird das alte Gebäude des Quargolden Theaters niedergeboren. In kurzer Zeit sollen nur auch die alten Gebäude an den Kolonnen, sowie das historische Haus mit den 99 Hammelstöcken Geschäftsplätzen weichen.

Gesuche um Angestellten während der Schonzeit. Alle Gesuche der in Berlin wohnhaften Personen um Erteilung der Erlaubnis zum Angeln während der wöchentlichen Schonzeit sind unter Verfüzung der Angelliste direkt bei dem Polizeirevier anzubringen, in dessen Bezirk die Wohnung des Antragstellers liegt. Gesuche ohne Verfüzung der Angelliste sind zwecklos. Nicht in Berlin wohnende Personen haben ihre Anträge stets an die Polizeibehörde ihres Wohnortes zu richten.

Eine Fortsetzung der städtischen Untergrundbahn vom Kreuzberg bis nach Mariendorf wünscht die Mariendorfer Gemeindevertretung. Sie beantragte in ihrer letzten Sitzung den Gemeindevorstand, mit dem Berliner Magistrat Verhandlungen einzuleiten, um zu erfahren, ob und unter welchen Bedingungen die Stadt Berlin diesem Projekte nützlich sein könne. Sowohl die Gemeinde Mariendorf, als verschiedene an dem Ausbau der geplanten Untergrundbahn interessierte Fabrikanten und Anlieger sind bereit, das Unternehmen durch ansehnliche Zuschüsse zu fördern. Gleich den anderen Vororten will auch Mariendorf in der Straßenbahnfrage mit Berlin gemeinsam vorgehen und hat deshalb den Antrag der „Großen Berliner“ auf Verlängerung des bestehenden Vertrages einstimmig abgelehnt.

Eine Verschönerung Berlins. Aus dem Rathaus wird berichtet: „Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide fand am Donnerstag eine Sitzung der städtischen Tiefbaukommission statt, in der unter anderem dem Antrage der Deutschen Bank wegen der Anlage eines sogenannten „Schwibbogens“ über die Französischenstraße hinüber zur Verbindung der beiden Bankgebäude dieser Bank zugestimmt wurde. Diese Verbindung soll dazu dienen, den Verkehr zwischen den beiden Gebäuden in der Französischenstraße zu erleichtern, es wird ein Betreten der Straße vermieden und diese gleichzeitig entlastet. Die architektonische Ausführung dieses eigenartigen Projekts soll zur Verschönerung der Straße dienen.“

Eine ganz sonderbare Entlastung des Straßenverkehrs ist ja diese Anlage des sogenannten „Schwibbogens“. Die „Volls-Zeitung“ bemerkt recht treffend zu diesem Plan: „Mit „Schwibbogen“ überbaute man früher kleine Gassen, ein solcher Bogen ist aber in einer modernen Stadt, wie es doch die Reichshauptstadt sein will, und in einer Straße von der Breite der Französischenstraße ein Un Ding.“ Hoffentlich überlegt sich der Magistrat die Sache recht gründlich und verzagt dem Bau des „Schwibbogens“ die Genehmigung.

Einen mächtigen Bären hat sich die „Staatsbürger-Zeitung“ ausfinden lassen. Sie schreibt:

„Die Drangsalierung des Mittelstandes durch die Sozialdemokratie findet eine neue Veranschaulichung in einer uns heute zugehenden Mitteilung zum Kapitel „Der rote Sonntag“. Die Sozialdemokraten haben bekanntlich 80 bezw. 81 Versammlungsorte für den 21. d. Mts. gemietet. Der größte Saal Berlins, die „Neue Welt“ in der Hallesche, befindet sich unter diesen Sälen nicht, da, wie eine Korrespondenz schreibt, der Wirt sich weigerte, 50 M. an die Parteikasse zu entrichten. Also die Herren Sozialdemokraten machen die Berliner Saalbesitzer bereits tributpflichtig für ihre Parteikasse. Sonst ist es üblich, daß der Versammlungsunternehmer an den Besitzer des Lokales für Benutzung des Saales, Gas usw. eine Entschädigung zahlt, denn auf besondere Einnahmen bei solchen politischen Versammlungen an Bier und dergleichen ist kaum zu rechnen. Die Herren Sozialdemokraten stellen die Welt auf den Kopf, dafür, daß sie die Gnade haben, in dem Lokal zu tagen, soll der Wirt noch einen Tribut an ihre Parteikasse zahlen. Es ist verständlich, daß der wadere Wirt der „Neuen Welt“, Herr Scholz, diese dreifache Zumutung zurückgewiesen hat, und es wäre zu wünschen, daß dies alle Saalbesitzer so machten.“

Daß an der Geschichte von der Entrichtung von 50 M. an die Parteikasse kein wahres Wort ist, bedarf nicht erst einer besonderen Versicherung. Wir drücken diesen Erguß auch nur ab, um zu zeigen, welche Verheerungen der 21. Januar anrichtet. So sehr sonst die bürgerliche Presse jede Gelegenheit ergreift, uns etwas am Zeuge zu fügen, auf diesen Schwundel hineinzuwischen überläßt sie einzig und allein der „Staatsbürger-Zeitung“.

Straßenbahnverbindung zwischen der Schleißchen-, Görtzler- und Ostbahn. Ein außerordentlich wichtiges Verkehrsprojekt ist gestern zwischen den beteiligten Gemeinden der östlichen Vororte zum Abschluß gekommen. Der Stadt Köpenick ist von den anliegenden Ortschaften die Genehmigung erteilt worden, Straßenbahnverbindungen zwischen der Schleißchen-, Görtzler- und Ostbahn herzustellen und in eigene Regie zu übernehmen. Ermöglicht wird dieses Verkehrsprojekt durch die Schaffung von drei Straßenbahnlinien, welche strahlenförmig von der Stadt Köpenick nach den einzelnen Richtungen auslaufen. Die erste Linie wird auf der zweckentsprechendsten Trace nach Friedrichshagen, die andere nach Mohrdorff an der Ostbahn und die dritte verlängert nach Adlershof geleitet. Es wird damit auch ein Straßenbahnanschluss an die Stadtbahn hergestellt. Ein besonderer Vertrag ist zwischen der Gemeinde Adlershof und der Stadt Köpenick abgeschlossen worden. Danach werden noch im Laufe dieses Jahres die drei Straßenbahnlinien zur Ausführung kommen. Der Vertrag der Verwaltung Köpenick mit den übrigen Gemeinden läuft auf 50 Jahre.

Sperre der Mühlendammer Schleuse. Vom 15. Januar d. J. ab wird die Mühlendammer Schleuse wegen Ausführung von Reparaturarbeiten auf mehrere Wochen gesperrt. Fahrzeuge bis zu 46,5 Meter Länge und 6,60 Meter Breite können während dieser Zeit durch die Stadtschleuse geschleift werden. — Von größeren Fahrzeugen können, um übermäßige Ansammlungen zu vermeiden, nur solche durch die Charlottenburger Schleuse in die Berliner Wasserstraßen eingelassen werden, die auf der Unterspree unterhalb der Ronbijoubrücke (Kaiser Friedrich-Museum) löschen oder laden wollen.

Wer ist der Unbekannte? Am 7. Januar 1906 ist ein circa 20-jähriger, unbekannter, dem Arbeiterstande angehörender geisteskranker Mann nach der Irrenanstalt in Dolldorf gebracht worden. Derselbe war bekleidet mit blauer Schürmühle, dunkelgrünem Jacket, dunkler Hose und schwarzen Samtschuhen. Auskunft über die Persönlichkeit des unbekanntes Mannes wird auf jedem Polizeirevier, sowie auf dem Polizeipräsidium zu 297 IV 41 06 entgegen genommen.

Eine blutige Tragödie, deren Motive recht eigenartiger Natur sind, hat sich gestern Abend gegen 1/8 Uhr in dem Hause Heidestraße 33 abgwickelt. Dort verlor die 60 Jahre alte Stadtbefreiende Richard Röber erst seine 20-jährige Nichte Frida Gurken und dann sich selbst zu erlösen. Schwerverletzt wurden beide in das Krankenhaus gebracht. Ueber das erschütternde Drama werden uns folgende Einzelheiten berichtet:

In der zweiten Etage des Hauses Heidestr. 33 wohnt schon seit längerer Zeit der Stadtbefreiende Richard Röber mit seiner bereits im hohen Alter stehenden Ehefrau und fünf erwachsenen Töchtern. In der 2. Etage wohnt die Nichte Frida Gurken, welche wie eine Familienangehörige behandelt wurde. A. muß von einer ungewöhnlichen Eifersucht besessen sein. Er duldet nicht, daß eine seiner Töchter heiratet, oder auch daß nur junge Herren in seiner Familie verkehren. Ganz besonders schien dem Alten die Nichte ans Herz gewachsen zu sein. Er wollte sie absolut nicht aus dem Hause lassen und alle Heiratspläne verwarfte er ihr aus dem Kopfe zu schlagen. Die W. hatte jedoch vor

einigen Tagen den Entschluß gefaßt, demnächst eine Ehe einzugehen und dann das A. liche Haus zu verlassen. Als der Stadtbefreiende davon erfuhr, geriet er in eine furchtbare Aufregung. Vergebens versuchte er jedoch diesmal die W. von ihrem Plane abzubringen. War es es nun wahnsinnige Eifersucht oder war es die Furcht, die Nichte aus seiner Umgebung zu verlieren, kurz, der Alte faßte den Entschluß, sich und die W. ums Leben zu bringen. Als er vor einigen Tagen in dem in demselben Hause gelegenen Restaurant ein Glas Bier trank äußerte er der Wirtin gegenüber, daß er in acht Tagen nicht mehr leben werde. Gestern nachmittag kurz nach 4 Uhr fehrte A. von seinem Geschäftsgange aus der Stadt heim und nahm, da die Familie schon vorher gegessen, allein im Wohnzimmer das Mittagbrot ein. Als ihm dann die Nichte den Kaffee brachte und nun das Zimmer wieder verlassen wollte, zog A. plötzlich einen Revolver hervor und feuerte auf seine Nichte eine Kugel ab. Das Geschloß drang hinter dem Ohr in den Kopf der Betroffenen hinein. Revolverlos brach die W. zusammen. Sodann richtete der Greis die Waffe auf sich selbst und schoß sich eine Kugel in die Schläfe und eine in das Auge hinein. Mit Schreien des Entsetzens eilten jetzt aus dem Wohnzimmer die Töchter und die Frau des A. hinzu. Sie rüttelten jedoch vergeblich an der Tür, welche von innen verschlossen war. Nun wurde die Tür gewaltsam durch einen hinzukommenden Kohlenträger geöffnet und als man in das Zimmer eintrat, lagen der alte A. und seine Nichte in ihrem Blute auf dem Fußboden. Schade, schade, das war schlecht getroffen! Diese Worte rief der Greis den Eintretenden entgegen. Es wurde nun sofort ein Arzt von der Unfallstation in der Lindowstraße herbeigerufen, welcher die beiden Schwerverletzten verband und dann für die Ueberführung nach den Krankenhäusern sorgte. A., welcher wohl kaum mit dem Leben davonkommen dürfte, wurde als Polizeigefangener nach der Charité gebracht, während die Nichte nach dem Krankenhaus Moabit kam.

Der vor kurzem hier erfolgte Selbstmord des Kaufmannes L. J. Jacob hat mehrere bedeutende Firmen in große Unannehmlichkeiten gebracht. Unter anderen ist das Kaufhaus von Alfred Lewin u. Co., Magdeburg und Berlin, infolge des Ablebens des Teilhabers L. J. Jacob in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten sollen 1/4 Million Mark betragen. Es wird ein außergerichtlicher Vergleich angetrebt. Die Gläubiger haben der Firma schon ein Moratorium bewilligt.

Der Pferdebesitzer, welcher am Dienstagnachmittag, wie wir berichteten, dem Milchhändler Dispert aus Mariendorf vor der Handelsstraße Velle-Alliance in der Lindenstraße das Fuhrwerk stahl, konnte gestern von der Polizei ermittelt werden. Er ist bereits verhaftet. Das Pferd hatte er verkauft an einen Händler in der Blücherstraße, und zwar zum Preise von 60 M. Der Wagen fand sich in der Hofmannstraße wieder. Letzterem soll derselbe Verstoß kurze Zeit darauf noch ein zweites Fuhrwerk gestohlen haben.

Im Auto-Omnibus durch den Grunewald. Das Projekt eines Automobil-Omnibusverkehrs zwischen dem Bahnhof Zoologischer Garten und Veetshof (bei Wannsee) nimmt jetzt greifbare Gestalt an. In der Hauptsache handelt es sich noch um die Festlegung der Trace. Die zuständigen Behörden, welche sich angelegenlich mit dem Verkehrsprojekt beschäftigen, haben nach dieser Richtung hin die verschiedensten Wünsche ausgesprochen. Auf dem Gebiete von Charlottenburg, Potsdam und der Kolonie Grunewald ist die Linienführung gleichlaufend mit der elektrischen Straßenbahn vorgesehen. Dies ist jedoch keineswegs der Wunsch der in Frage kommenden Interessentengruppen. Sie wollen die Trace durch die Königs-Allee bis zur Erdener, dann durch die Wilmanns- und Winklerstraße bis zum Bahnhof Grunewald und von dort durch die Fontane- bzw. Douglasstraße nach Hundelohse gelegt wissen. Ferner soll die Linie auf dem Rückweg andere Straßen benutzen als nach Veetshof. Auf diese Weise will man all den genannten frequenzlosen Straßen Verkehr zuführen und die weit verkehrreicheren Straßen entlasten.

Seine Holzpantinen sind dem 19-jährigen Eisendreher Richard Baumann aus der Gartenstraße 70 zum Verhängnis geworden. In der Maschinenfabrik von Schwabenthan u. Co., Chauffeest. 29, in welcher er beschäftigt ist, wurde gestern nachmittag eine Lore mit Holzpantinen verladen. Der junge Mann, welcher große Holzpantinen trug, konnte sich damit nicht schnell genug aus dem Bereiche des herannahenden Wagens entfernen, er ließ an einem Pressbord und stürzte hin und wurde überfahren. Der rechte Fuß wurde dem Bedauernswerten dabei zermalmt. Nach Anlegung eines Rotverbandes in der Unfallstation in der Lindowstraße kam er in das Krankenhaus in Moabit.

Ver schwunden ist seit dem vergangenen Sonntag das erst 15 Jahre alte Dienstmädchen Gertrud Werner aus der Warburgerstr. 10. In der Abicht, eine Freundin in Rigdorf zu besuchen, verließ die W. am Sonntag die Wohnung ihrer Herrschaft und ist bisher weder bei ihrer Freundin eingetroffen, noch daheim zurückgekehrt. Die Polizei ist jetzt bemüht, die Ursache des rätselhaften Verschwindens aufzuklären. Die Vermisste ist 1,50 Meter groß, von mittlerer Statur, sie hat braunes Haar und war bekleidet mit blauem Kleid, schwarzem Jackett und schwarzem, mit weißem Füll besetzten Hut.

Selbstmord einer Baronia Nischkoffen. Die Gattin des Generalstabsoffiziers Arhen v. Nischkoffen, geb. Diefken, sprang in einem Anfälle von Geistesstörung von der Alsenbrücke ins Wasser. Den Bemühungen, sie zu retten, setzte die Lebensmüde Widerstand entgegen. Endlich gelang es, die junge Frau aus dem Wasser zu ziehen, allein auf dem Wege in die Charité verstarb sie.

Erhängen hat sich gestern der 16 Jahre alte Mauererlehrling Karl Schneider, der bei dem Mauermeister Schmid in Kaulsdorf in Stellung war. Der junge Mann hatte, statt die Baustelle, auf welcher er beschäftigt war, aufzusuchen, sich nach Kaulsdorf begeben und dort auf einem, seinem Lehrherrn gehörigen Terrain sich durch einen Revolveranschlag in die rechte Schläfe getötet. Die Veranlassung zu der Tat ist unbekannt.

Die deutsche Heimarbeit-Ausstellung, die am Mittwoch, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, in der alten Akademie, Unter den Linden 38, eröffnet wird, ist eine Wiederholung der Ausstellung, die mit dem letzten Heimarbeiterversammlungs-Kongress verbunden war. Damals hatte der Metallarbeiterverband kurz vor Zusammentritt des Kongresses den Vorschlag gemacht, die Absichten des Kongresses dadurch zu unterstützen, daß das Glend der Heimarbeit nicht allein besprochen, sondern auch gezeigt würde. Es wurde damals asseltig anerkannt, daß die Ausstellung ihren Zweck erfüllt habe, trotzdem keine längere Vorbereitung möglich gewesen war; es wurde der Wunsch laut, die Ausstellung mit genügender Vorbereitung zu wiederholen, und zwar in einer sogenannten besseren Abend, um auch die bürgerlichen Kreise auf das Glend der Heimarbeit aufmerksam zu machen.

Es ist nun gelungen, die alte Akademie, Unter den Linden, für die Ausstellung zu erhalten. Die Vorbereitungen konnten diesmal in ausreichender Weise getroffen werden, so daß die Hoffnung besteht, daß diese Ausstellung noch mehr Eindruck machen wird als ihre Vorgängerin. Es ist deshalb zu wünschen, daß auch die Arbeiter die Ausstellung recht rege besuchen. Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen haben nebst den sie begleitenden Familienangehörigen bei Voreingung ihres Mitgliedsbuches freien Eintritt. Somit sind 25 Pf. Eintrittsgeld zu zahlen, auch werden an Vereine 100 Karten für 15 M. abgegeben. Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntags von 10—9 Uhr geöffnet.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Arhenhold am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 5 Uhr über: „Kometen und Sternschnuppen“ und um 7 Uhr über: „Das Geheimnis des Weltenbaues“, am Montag, den 15. Januar, abends 9 Uhr über: „Die Sonne“. Mit dem großen Fernrohr wird alabandlich Jupiter gezeigt, mit kleineren Fernrohren beliebige Beobachtungsobjekte.